Queers in Bewegung – Kampf dem Backlash

Außerdem ▸ Angriff aufs Asylrecht
▸ 30 Jahre Zapatista-Aufstand
▸ Kolonialismus und Kino

März/April 2024
Ausgabe □ 401
Einzelheft € 7,–
Abo € 42,–

iz3w ◀

iz3w ▸ informationszentrum 3. welt

Titelbild: Teilnehmender der Pride 2008 in New York City (gespiegelt)

Foto: 2008 See-ming Lee 李思明 SML
CC BY-SA 2.0 DEED

In dieser Ausgabe

3 **Editorial**

Politik und Ökonomie

4 **Migration: Autoritäre Eskalation**
Der Schutz von Geflüchteten wird immer weiter ausgehöhlt
von Christian Jakob

6 **Flucht: Wenn Boote Geschichten erzählen**
Archäologie und Fluchtrouten übers Mittelmeer
von Geesche Wilts

8 **Afghanistan: »Unislamische Abschiebungen«**
Pakistan und Iran schieben massenhaft nach Afghanistan ab
von Thomas K. Gugler

10 **Sahel: Aufgeputscht und aufgeschoben**
Drei Militärregime streiten mit der ECOWAS
von Bernard Schmid

12 **EU: Ein Monster geht um in Europa**
Das EU-Lieferkettengesetz kommt trotz Gegenwind voran
von Eva-Maria Reinwald

14 **Chile: »Nichts gewonnen und nicht alles verloren«**
Interview zum zweiten Verfassungsplebiszit

16 **Chiapas: Die Autonomie und ihre Zukunft**
Die EZLN ändert ihre Strukturen
von Thomas Bobo

18 **Venezuela: Die Qual der Wahl**
Der Esequibo-Konflikt und die venezolanische Innenpolitik
von Tobias Lambert

Dossier: Queere Bewegungen

20 **Editorial**

21 **Globalisierter Backlash**
Queerfeindlichkeit und Antifeminismus
von Judith Goetz und Stefanie Mayer

24 **Eine Hochzeit, viele Hindernisse**
Queere Menschen in Iran
von Azadeh H.

26 **»Verhaftungen, Folter und Gefängnisaufenthalte sind an der Tagesordnung«**
Interview mit der NGO North Caucasus Crisis Group

28 **»Viele Lücken im Recht müssen noch geschlossen werden«**
Mauri Balanta Jaramillo zur Situation in Kolumbien

30 **»The Joke's on you«**
Genre- und Gendergrenzen werden in der brasilianischen Musikszene überschritten
von Derek Pardue und Lea Arafah aka Blua Discódia

32 **Widerstandsfähigkeit inmitten der Tragödie**
LGBTIQ-Rechte in Israel
von Ruby Magen

34 **»Ich werde nur als queere Person akzeptiert«**
Interview mit Rosa Jellinek über Queerness und Judentum

36 **An queeres Leben glauben**
LGBTIQ-Aktivismus in Mombasa
von Antonia Vangelista

38 **»Die Gefahren folgen dir auf dem Fuß«**
Sean Shibolo Awali über Verfolgung in Uganda

40 **»Die Ehe für alle könnte vielen helfen«**
Queere Ukrainer*innen kämpfen gegen die Invasion
von Svetlana Boltovska

Kultur und Debatte

43 **Film I: »Würde deine Familie dich töten?«**
Eine queere Liebesgeschichte aus Pakistan
von Lilith Raza

44 **Film II: Der afrikanische Patient**
Das Kino in Afrika krankt an seiner Kolonialgeschichte
von Oliver Schulten

47 **Rezensionen**

50 **Szene / Impressum**

Kriegszeiten

Es heißt, dass sich jeder Krieg erschöpft und dann Friedensverhandlungen folgen. In der aktuellen Weltlage sieht es nicht so aus. Vor gut 14 Monaten wurde der Bürgerkrieg zwischen Äthiopien und seiner Provinz Tigray in einen Waffenstillstand ohne Aussicht auf ein Friedensabkommen versetzt. Er hinterlässt neben 600.000 Todesopfern zahlreiche Fragen zu Kriegsverbrechen auf beiden Seiten. Die Kriege in Israel/Gaza und der Ukraine halten an. Jener im Sudan eskaliert weiter und wird von der Weltöffentlichkeit, wenn überhaupt, nur am Rande wahrgenommen. Der jahrelang vergessene Krieg in Jemen erhält nun wieder Aufmerksamkeit, weil die Huthi-Rebellen die Eskalation in Israel und Gaza als Anlass nehmen, Schiffe im Roten Meer anzugreifen.

Die globale autoritäre Wende gibt bei den fünf Kriegen den Takt vor. Zugleich haben die fünf Kriege ihre eigenen fünf Geschichten. In Tigray/Äthiopien und in Jemen ist, eingedenk unfähiger und inzwischen kriegsverbrecherischer Zentralregierungen, je ein sezessionistischer Nationalismus kriegsauslösend: In Tigray wollten sich die alten Honoratioren der Volksbefreiungsfront ‚angestammte' Privilegien sichern, woraufhin es Äthiopiens Streitkräfte nicht scheuen, Hunger als Kriegswaffe für ihren Nationalismus einzusetzen.

In Jemen wollen die schiitischen Huthi-Rebellen ein Islamisches Emirat errichten. Seit 2013 lösen sie mit ihrem, von Iran unterstützten, Bürgerkrieg die Binnenflucht von über vier Millionen Menschen und eine humanitäre Katastrophe aus. Die Aufständischen betrachten das kalt lächelnd, denn sie haben höhere Ziele. Sie nennen sich Ansar Allah (Helfer Gottes) und ihre Losung heißt »Gott ist groß, Tod den USA, Tod Israel, Verdammnis den Juden, Sieg dem Islam«. Friedensverhandlungen sehnen sie sich nicht herbei. Vielmehr steigen sie als Teil der »Achse des Widerstands« zusammen mit Iran, Hamas, Hisbollah und anderen Gotteskriegern in den aktuellen Krieg um Israel ein. Beim aktuellen Gazakrieg war die Hamas mit dem Terrorangriff am 7. Oktober 2023 kriegsauslösend. Jetzt führt Israel die meisten tödlichen Militärschläge durch. Der unlösbar erscheinende Krieg gegen die Hamas prägt die Region und die Zahl der getöteten Palästinenser*innen im Gazastreifen steigt in Tausenderschritten.

Beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht ein anderer Nationalismus im Vordergrund. Dabei zerstört das autoritäre Regime unter Präsident Wladimir Putin täglich die Infrastruktur und Menschenleben des kleineren Nachbarlandes. Das von der putinistischen Partei Einiges Russland dominierte Regime folgt einer extrem rechten Agenda nach außen und innen. Das Anwachsen autoritärer Bewegungen und Regierungen (iz3w 396) im globalen Neoliberalismus macht Kriegsführung zunehmend zu einer Politikform unter anderen.

In Sudan konnten wir noch vor einem Jahr vom Demokratisierungsprozess nach dem Sturz von Militärdiktator Umar al-Baschir 2019 berichten (iz3w 394). Jetzt herrscht Bürgerkrieg. Der erste Kriegsgrund ist die Weigerung des Militärs insgesamt, die Macht in die Hände einer zivilen Regierung zu geben. Kriegsauslösend war aber die Spaltung zweier Militärfraktionen und die Weigerung der Rapid Support Forces (RSF), sich in die Armee eingliedern zu lassen. Deren Chef Hemeti ist schon jetzt einer der reichsten Menschen in Sudan. Dieser Reichtum wie auch der Krieg der RSF knüpft an eine grausame Vorgeschichte an. Die RSF sind aus den islamistischen Dschandschawid-Milizen hervorgegangen, die im Darfur-Konflikt seit 2003 die schwarzafrikanische Bevölkerung massakrierten.

Trotz tausender Todesopfer schafft es der Krieg im Sudan kaum in die deutschsprachigen Schlagzeilen. Auch nicht, als Ende Januar die Vermittlungsbemühungen der Staaten am Horn von Afrika, IGAD, krachend scheiternden. Sudans Militärregierung hat nun ihre Mitgliedschaft eingefroren. Die zwei Kriegsparteien führen ihren Bürgerkrieg gegeneinander weiter. Etwa 25 Millionen Menschen sind laut der UN auf humanitäre Hilfe angewiesen. Wie so oft in solchen asymmetrischen Kriegen ist dieses Leid von den Kriegsparteien einkalkuliert – so kapern die RSF von Anfang an die Hauptstadt und nutzen die Bevölkerung dort als Schutzschild. Gleichzeitig richten sie Massaker an und bereichern sich, während das Land verarmt. Es kämpfen heute seltener zwei Armeen gegeneinander, sondern es ist die Logik von Rackets, der Bandenherrschaft am Werk. Für die Rackets ist die Bevölkerung eine Beute, die im Krieg taktisch eingesetzt und ausgebeutet wird.

So verschieden die Kriege sind: die Vorstellung, dass überall ‚der Krieg' herrscht und alle beteiligten Parteien gleich verantwortlich seien, ist eine Legende. Nicht viel besser ist jedoch die Vorstellung, dass dort der Kampf zwischen Gut und Böse tobt. Stimmt es wenigstens, dass sich jeder Krieg erschöpft und es zu Friedensverhandlungen kommt? Es fragt sich, wie man die Verhältnisse schaffen kann, die diese Kriege nicht beginnen lassen.

die redaktion

Gute Frage. Graffiti in Berlin | Foto: Julia Tulke CC BY-NC-SA 2.0

Autoritäre Eskalation

Der Schutz von Geflüchteten wird immer weiter ausgehöhlt

Während in ganz Deutschland Hunderttausende gegen die Abschiebepläne der AfD auf die Straße gehen, überbieten sich die Ampelkoalition und die Union (auch CSU) mit flüchtlingsfeindlichen Vorschlägen. Gleichzeitig wurde das europäische Asylrecht verschärft.

von **Christian Jakob**

► Dass die seit Jahren laufenden Asylrechtsverschärfungen als »endgültige' Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes skandalisiert werden, ist keine Seltenheit. Ohne schrille Töne ist gegen den Anti-Flüchtlings-Diskurs vielfach kaum noch anzukommen.

Auf seiner Sitzung in Heidelberg Mitte Januar 2024 fällte der Parteivorstand der CDU indes einen Beschluss, der das Recht auf Asyl so weit untergräbt, dass derartige Superlative hierfür durchaus treffend erscheinen: »Wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren«, heißt es darin. »Jeder, der in Europa Asyl beantragt«, solle »in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen.« Im Falle eines positiven Bescheids solle der ‚sichere Drittstaat' dem Antragsteller »vor Ort Schutz gewähren«. Dazu werde »eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen.«

Zwar wird der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Partei – in dem die zitierte Formulierung enthalten ist – noch bis Ende März auf Regionalkonferenzen vorgestellt. Bis dahin sind Änderungen möglich. Doch der Beschluss geht weit über alles hinaus, was bis dahin in Sachen Asylrechtsverschärfung in Deutschland auf dem Tisch lag.

Europäische Verschärfungen

► Mit ‚sicheren Drittstaaten' waren bisher in der Regel Staaten gemeint, durch die Asylsuchende auf dem Weg in die EU reisen. Dieses Verständnis ist Grundlage des im Dezember 2023 angenommenen sogenannten Grenzverfahrens als Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Es sieht vor, alle Ankommenden in geschlossene Lager direkt an den Außengrenzen zu stecken und unter bestimmten Voraussetzungen ihre Asylanträge nur noch in Schnellverfahren zu prüfen. Unter anderem soll als erstes geprüft werden, ob die Ankommenden zuvor in einem ‚sicheren Drittstaat' waren, in dem sie auch Asyl beantragen könnten. Dann sollen sie direkt dorthin abgeschoben werden können.

Ein Grundproblem: Keiner der Staaten, die dafür theoretisch infrage kommen – die Türkei, Tunesien, Marokko oder manche Balkanstaaten –, hat Lust, dabei mitzumachen. Ohne sie funktioniert das Ganze aber nicht. Ein weiteres Problem: Schutzgarantien wären schnell ausgehebelt. Staaten wie etwa die Türkei schieben massenhaft in Regionen ab, in welche die EU selbst viele Flüchtlinge nicht abschieben darf, etwa Syrien oder Afghanistan.

Das Konzept der Schnellverfahren geht auf einen Vorschlag des damaligen deutschen Innenministers Horst Seehofer (CSU) von 2019 zurück. In Griechenland wird das Modell seit Jahren bereits in Pilotprojekten praktiziert. EU-weit sollte es ab Januar 2026 greifen. Doch vielen geht das nicht schnell und nicht weit genug.

Die Ampel hatte in der Zwischenzeit einen ‚Migrationsbeauftragten' – den FDP-Politiker Joachim Stamp – ernannt. Er will, dass »auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach

Nordafrika gebracht werden«, wie er der FAZ sagte. Stamps wichtigste Aufgabe ist, dafür einen Partnerstaat zu finden. Bisher hatte er dabei aber keinen Erfolg. Sein Konzept sieht vor, dass anerkannte Flüchtlinge nach einem Verfahren in Nordafrika nach Deutschland ausreisen dürfen.

Deutscher Ruanda-Plan

► Der Union aber genügt auch das nicht. Ihr jüngster Beschluss für das Grundsatzprogramm will, dass sowohl die Verfahren als auch die spätere Aufnahme komplett in andere Staaten ausgelagert werden. Das entspricht jenem Modell, das die britische Regierung seit 2019 in Verhandlungen mit Ruanda verfolgt. London will alle Ankommenden nach Kigali ausfliegen und sie dort ein ruandisches Asylverfahren durchlaufen lassen. Wer anerkannt wird, soll in Ruanda bleiben dürfen. Ruanda erhält dafür eine finanzielle Kompensation. Schon jetzt sind über 120 Millionen Pfund nach Kigali überwiesen worden. Bisher haben britische Gerichte die Abschiebungen nach Ruanda allerdings ausnahmslos unterbunden.

Völlig offen und ungeklärt ist bei all diesen Ansätzen, was mit Abgelehnten geschehen soll, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschoben werden können. Bleiben sie in dem Land des outgesourcten Asylverfahrens? Wenn nicht – wo dann? Es ist nach derzeitigem Stand der Dinge völlig illusorisch, dass die Bundesregierung einen Staat finden kann, der auf Dauer Zehn- oder Hunderttausende Asylsuchende aus Deutschland nimmt, auf dem eigenen Territorium Asylverfahren durchführt und danach, wie es die Union will, die Menschen behält. Die Afrikanische Union etwa hat schon 2019 einen Grundsatzbeschluss gefällt, nachdem keines ihrer Mitglieder bei Asyl-Externalisierungsmodellen mitzieht. Ruanda setzt sich freilich über diesen Beschluss hinweg.

Dass die Union ein derartig windiges und praktisch undurchführbares Konzept in den Mittelpunkt ihrer Asylpolitik stellt, zeigt, wie blank die Nerven bei ihr liegen. Bei Fraktionsvize Jens Spahn wurde das kürzlich sehr deutlich: »Entweder beendet die demokratische Mitte die illegale Migration nach Deutschland – oder illegale Migration beendet die demokratische Mitte in Deutschland«, schrieb er auf Twitter. Wenn wir mit den Flüchtlingen nicht aufräumen, räumt die AfD mit uns auf – so sieht man es mittlerweile in der Union und auch in anderen Parteien. So gab es in den vergangenen Monaten einen regelrechten Überbietungswettbewerb immer neuer Anti-Flüchtlings-Vorschläge.

Die AfD rechts überholen

► Spahn forderte, irreguläre Migration sei gegebenenfalls mit »physischer Gewalt« aufzuhalten – eine Formulierung die fraglos weiter enthemmende Wirkung auf staatliche Knüppeltrupps am Evros, an den Zäunen von Melilla oder im Süden Kroatiens hat.

Nach dem Angriff der Hamas auf Israel befand CDU-Chef Friedrich Merz, dass Deutschland keine Flüchtlinge aus Gaza aufnehmen könne. »Wir haben genug antisemitische junge Männer im Land.« So missbrauchte er den islamistischen Terror des 7. Oktober, um Antisemitismus als Migrationsproblem zu zeichnen – und so die ohnehin verfolgte härtere Gangart gegen Einwanderung als angeblichen Beitrag zum Schutz jüdischen Lebens zu adeln.

Der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete Maximilian Mordhorst forderte ein »politisches Betätigungsverbot für Nicht-EU-Ausländer« – also »kein Wahlrecht (auch nicht in Kommunen), keine Mitbestimmung in Parteien oder anderen Gremien, keine Versammlungsfreiheit«. Autoritärer geht es kaum. Und FDP-Vize Wolfgang Kubicki machte den völlig abstrusen Vorschlag einer »Obergrenze für den Migrantenanteil pro Stadtteil von 25 Prozent«. Wie das möglich sein soll – Zwangsumsiedlung? Vermietungsverbot? Wohnungsenteignung? –, sagte er nicht. Doch darauf kommt es nicht an. Es ist das populistische Signal, das für Kubicki und andere derzeit zählt: Wir machen auch was gegen die Ausländer, dafür braucht es keine AfD.

Und so ist schon jetzt das, was vor Jahren noch kaum denkbar war und nur von Hardlinern wie Ungarns Premierminister Viktor Orbán gefordert wurde, Konsens in Europa, dem selbsternannten »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«: Wer hier ankommt und Aufnahme sucht, ob alt, ob krank, ob jung, ob unbegleitet, wird erst einmal eingesperrt. Darauf verlassen, dass sein Schutzanspruch noch geprüft wird, kann er oder sie sich nicht mehr.

> Wer hier ankommt und Aufnahme sucht, wird erst einmal eingesperrt

Umso irritierender ist, wie die grüne Außenministerin Annalena Baerbock im Dezember das GEAS-Paket auf Twitter lobte, welches schlichtweg nichts von dem enthält, wofür ihre Partei angetreten ist: Die Einigung auf das neue GEAS sei »dringend notwendig & längst überfällig«. In »unserem gemeinsamen Europa« brauche es »für alle verlässliche Regeln für Migration & Asyl«, und für diese seien »Humanität und Ordnung« die »Leitplanken, die für alle gelten.«

Kriminalisierung von Solidarität

► Die neuen Gesetze richten sich indes nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen jene, die ihnen helfen. NGOs können auf Grundlage der neuen Bestimmungen als »nichtstaatliche feindliche Akteure« eingestuft werden, die die EU »destabilisieren«. Welche Möglichkeiten der Repression das eröffnet, ist leicht vorstellbar.

Nur wenige Wochen später, im Januar 2024 stimmten die Ampel-Fraktionen im Bundestag für das Gesetz »zur Verbesserung der Rückführung«, das »Abschiebehemmnisse« beseitigen soll. »Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen ohne Bleiberecht schneller unser Land verlassen müssen", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Unter anderem bekommt die Polizei deutlich ausgeweitete Befugnisse bei der Suche nach Ausreisepflichtigen und der Identitätsfeststellung von Betroffenen. Zudem wird die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage verlängert.

Vor allem aber sieht das Gesetz die Verschärfung von Strafen für Schleuser vor. Bestraft werden soll nicht nur wer Personen gegen Bezahlung in den Schengen-Raum bringt, sondern auch wenn die Schleusungshandlung »wiederholt« oder »zugunsten von mehreren Ausländern vorgenommen wird«. Handelt es sich um Minderjährige gilt dies als strafverschärfend. Greifen soll die Strafbarkeit allerdings nur, wenn über Land geschleust wird. Das Innenministerium will so klargestellt haben, dass die Rettung Schiffbrüchiger nicht vom Gesetz erfasst ist. Die Seenotrettungs-NGOs indes fürchten eine Ausweitung der Kriminalisierung.

► **Christian Jakob** ist Reporter bei der taz.

Wenn Boote Geschichten erzählen

Archäologie und Fluchtrouten übers Mittelmeer

Jedes Jahr sterben Tausende Menschen bei Fluchtversuchen über das Mittelmeer. Doch was genau auf dem Mittelmeer passiert, ist nahezu unbekannt. Nun forschen Archäolog*innen dazu auf der italienischen Insel Lampedusa. Sie untersuchen die Boote der Geflüchteten und dokumentieren, wie sich die Flucht im Laufe der Zeit verändert.

von **Geesche Wilts**

► Seit über zwei Jahrzehnten ist ein kleiner Flecken Erde im italienischen Mittelmeer einer der wichtigsten Ankunftsorte für Geflüchtete aus Afrika. Die Insel Lampedusa liegt 130 Kilometer vor dem afrikanischen Festland. Sie ist ein Ort der Hoffnung für jene, die die gefährliche Überfahrt wagen – und zugleich ein Symbol für das Sterben im Mittelmeer und die mangelnde Solidarität der europäischen Regierungen mit den Geflüchteten. Wir erfahren davon meist in Form von Zahlen und Statistiken – über die Lebensrealität auf der Flucht hingegen wissen wir wenig. Hinzu kommt, dass jene, die die Flucht überlebt haben, oft nicht von ihren Erlebnissen erzählen möchten. Sie haben Angst vor Menschenhändler*innen, Angst selbst einer Straftat bezichtigt zu werden, oder sind traumatisiert. Nur Wenige schildern ihre Fluchterfahrung so detailliert, dass man sich als Europäer*in ein Bild von der Situation machen kann.

Am Institut für Ur- und Frühgeschichtliche Archäologie der Universität Kiel wollten wir uns nicht länger damit abfinden, dass wir über eine seit Jahrzehnten bestehende Krise so wenig wissen. Im Rahmen eines Promotionsprojekts breche ich im September 2023 mit einem Team aus freiwilligen Archäolog*innen nach Lampedusa auf. Als prähistorische Archäolog*innen haben wir es gewöhnlich mit Kulturen und Geschehnissen aus einer Zeit zu tun, aus der es keine schriftlichen und mündlichen Überlieferungen gibt. Mit den gleichen Methoden wollen wir uns die Boote der Geflüchteten, die auf Lampedusa ankommen, anschauen. Jedes Detail kann ein Hinweis auf die Geschichte der Flucht und die Lebensrealität bei der Flucht über das Mittelmeer sein.

Gegen die Verdrängung

► Die Ankunft von Geflüchteten ist auf der Insel längst Routine: Sie werden aus dem Meer geborgen, an die Mole gefahren und von Sanitäter*innen betreut. Dann werden sie mit einem Bus in das Lager gebracht, wo die Behörden sie registrieren. Ein bis zwei Tage später geht es mit Fähren weiter aufs Festland oder nach Sizilien. Unterdessen beschlagnahmt die italienische Regierung die Boote und registriert sie mit einer Nummer. Der Hafenmeister holt sie ab und bringt sie in eines der Zwischenlager. Von dort aus werden die Boote nach Sizilien gebracht und zerstört.

All das passiert wenige Meter neben den zahlreichen Bars, Badestränden und Hotelanlagen. Manchmal wird die touristische Routine von der Ankunft neuer Boote unterbrochen – und dennoch koexistieren Fluchtalltag und Tourismus auf der Insel: Nicht selten sieht man am Vormittag Tourist*innen zwischen den nachts angekommenen Fluchtbooten schnorcheln. In dieser Routine scheint zunächst gar nicht aufzufallen, dass sich die Boote seit 2022 nach und nach verändert haben. Zunächst erreichten die Insel nur vereinzelt Boote aus dünnem Metall, die wie selbst gebaut wirken. Im Laufe des letzten Jahres wurden solche Boote immer häufiger.

2023 verläuft die Route fast ausschließlich über Tunesien. Das lässt sich archäologisch durch Untersuchung der Wasserversorgung an Bord rekonstruieren. Anhand der Marke der Wasserflasche lässt sich ungefähr eingrenzen, aus welcher Region das Boot aufgebrochen ist. Auch über den Verlauf der Flucht geben die Flaschen Aufschluss: Je kürzer der Abstand zwischen dem Abfülldatum in Tunesien und dem Fund der Flasche auf Lampedusa, desto wahrscheinlicher ist, dass hier ein direkter Weg eingeschlagen wurde. Als wir Mitte September die Wasserflaschen mehrerer neu angekommener Boote untersuchen, liegt der längste Zeitraum zwischen Abfüllung und Fund bei fünf Tagen. Die Boote kamen also direkt aus Tunesien.

> Die Flüchtenden nutzen Autoreifen als Rettungswestenersatz

Sie sind Teil einer größeren Fluchtbewegung, die im September die Insel erreicht: Am 12. September 2023 landeten dann 112 Boote auf Lampedusa – 10.000 Flüchtende in drei Tagen. Italiens rechtsextremer Verkehrsminister Matteo Salvini fabulierte angesichts dieser Zahlen von einem vermeintlich geplanten Kriegsakt. Tatsächlich erklärt ein Blick auf die Wetterdaten die hohe Zahl: In den drei Tagen zuvor war es beinahe windstill auf dem Meer – das sind vergleichsweise günstige Bedingungen für die gegenwärtig genutzten Metallboote, die bereits bei leichtem Wellengang schnell sinken. Als unser Team am 12. September einige der Boote am Ufer findet, stehen die Geflüchteten noch daneben. Es handelt sich zum Großteil um junge Menschen. Fragt man sie, erinnern sie sich nicht einmal ob ihnen heiß oder kalt war, in der prallen Sonne. Sie wollen nach vorne blicken, in eine bessere Zukunft. Nur wenige hundert Meter entfernt erwartet sie mit dem überfüllten Lager die Ernüchterung. Im September 2023 sind die Lager überlasteter denn je – und die Lampedusani haben einmal mehr das Gefühl, die Probleme dieser Welt alleine lösen zu müssen.

Als Mitte September erneut ein 15 Monate altes Kind vor der Küste der Insel stirbt, organisieren die Inselbewohner*innen eine Trauerveranstaltung. Sie sind wütend auf die Politiker*innen in Brüssel, für die ihre Insel am Rande der Welt zu liegen scheint. Beim Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen macht sich Zynismus unter den Bewohner*innen breit. Noch während sie auf dem Weg ist, bringen Militärflieger und Schiffe die Geflüchteten von der Insel. Die Lampedusani sprechen vom »größten Kasperle-

Archäologin Geesche Wilts dokumentiert ein Metallboot | Foto: Jonathan Kündiger

theater der EU«. Am Sterben im Mittelmeer ändert der Staatsbesuch nichts. An der Belastung, für die Inselbevölkerung auch nicht. Ebenso wenig an der Situation, dass viele Geflüchtete in Italien kaum Unterstützung finden und sich in den Großstädten auf der Straße wiederfinden. Anstelle einer großen Diskussion über die Ursachen der Flucht, wird von mehr Militär geredet. In diplomatischen Formulierungen umgeht man die damit in Zusammenhang stehenden Menschenrechtsverbrechen geschickt.

Boote aus dem Hinterhof

► Die neuen Boote aus Metall entpuppen sich als Todesfallen: Die Boote werden aus millimeterdünnen Metallplatten gebaut, die in Form gebogen und an einen Rahmen geheftet werden. Die Schweißnähte haben eine minderwertige Qualität. Die Boote verbiegen während der Fahrt und können zerbrechen. Auf einem zwischen 6,5 bis 8 Meter langen Boot sind bis zu fünfzig Personen. Diese Überladung führt dazu, dass sich die Bootsoberkante meist nur wenige Zentimeter über dem Wasser befinden. Das Risiko zu kentern ist entsprechend groß. Die von Flüchtenden als Rettungswestenersatz verwendeten ausrangierten Autoreifen helfen im Ernstfall wenig. Augenzeugen, die in der Ferne ein Bootsunglück beobachtet haben, beschrieben ein lautes Blubb-Geräusch, dann war das Boot und alle fünfzig Menschen einfach weg. Ob sie jemals gefunden werden, ist fraglich. Hunderte Leichen wurden im vergangenen Jahr in der tunesischen Küstenstadt Sfax angespült – sie zu bergen ist mittlerweile Routine für tunesische Fischer.

Und auch für die Überlebenden ist die Fahrt gefährlich: Am Boden der Boote bildet sich ein stinkendes Gemisch aus Meerwasser, Rost und Treibstoff, welche die Füße der Flüchtenden verätzt. Aufgrund der gefährlichen Flüssigkeit lassen die Geflüchteten oftmals ihre Schuhe zurück. Dadurch kann das Forschungsteam grob rekonstruieren, wer auf dem Boot war. Schuhgrößen von meist 34 bis 36 und Kinderschuhe sprechen von einem jungen Durchschnittsalter. An Bord gibt es nur selten Bänke, die Flucht verbringen die Flüchtenden drei bis vier Tage lang stehend, oder an die Bordwände gelehnt. Eine der häufigsten Verletzungen sind Verbrennungen durch das heiße Metall der Boote. Auch Seenotretter*innen sind in Gefahr, weil die scharfkantigen Metallplatten Rettungsboote versenken können.

Unser Archäologie-Team stellt bei den Untersuchungen bald fest: Die Boote sehen nicht nur aus wie selbstgebaut, sie sind selbstgebaut. Dass immer häufiger derartige Metallboote auf Lampedusa ankommen, hängt auch mit der schweren politischen und ökonomischen Krise in Tunesien zusammen. Seit Präsident Saied den schwarzen Bevölkerungsanteil zum Sündenbock für die wirtschaftliche Misere auserkoren hat, treibt der Rassismus Menschen massenweise in die Flucht. In der wirtschaftlich prekären Lage sehen viele tunesische Familien in der Massenflucht ein Geschäft. Auf dem Land schweißen sie die Metallboote aus günstigem Material in Hinterhöfen zusammen. Oft arbeiten die Flüchtenden daran selbst mit. Ein Platz auf einem solchen Boot kostet rund 300 Euro. Zudem machen sich auch immer mehr Tunesier*innen selbst auf den gefährlichen Weg nach Europa.

Von all den Booten die aus Tunesien aufbrechen, kann unser Team lediglich jene untersuchen, die auch auf Lampedusa ankommen. Oft zeigt sich dabei, wie knapp es war, dass die Geflüchteten überhaupt angekommen sind. Es ist fraglich, wie man bei diesen Umständen überhaupt noch seriös schätzen kann, wie viele Menschen 2023 bei der Flucht vom Meer verschluckt wurden. Damit all dies niemals vergessen wird, versuchen wir mit unseren archäologischen Methoden genau zu dokumentieren, was am Rande Europas passiert.

► **Geesche Wilts** ist Prähistorische Archäologin und Bloggerin (www.miss-jones.de) aus Hamburg und Promotionsstudentin in Kiel. Seit 2015 beschäftigt sie sich mit Fluchtbooten auf Lampedusa.

Busverkehr auf der Khyber-Pass-Straße an der afghanischen Grenze, 2010 | Foto: Martin Prochnik CC BY-NC-ND 2.0 DEED

»Unislamische Abschiebungen«

Pakistan und Iran schieben massenhaft nach Afghanistan ab

Ausgerechnet in die Taliban-Diktatur: In den letzten drei Monaten des Jahres 2023 schieben Pakistan und Iran rund 800.000 geflüchtete Afghan*innen in deren krisengebeuteltes Herkunftsland ab. Die Abschiebungen dauern an und finden in beiden Ländern breite Unterstützung in der Bevölkerung. Das afghanische Taliban-Regime ist von der Herausforderung, die mittel- und wohnungslosen Menschen wiederaufzunehmen, überfordert.

von **Thomas K. Gugler**

► Am 3. Oktober 2023 ruft die militärnahe Übergangsregierung der Islamischen Republik Pakistan alle Ausländer*innen ohne Aufenthaltserlaubnis auf, das Land bis zum Monatsende zu verlassen. Der *Illegal Foreigners' Repatriation Plan* betrifft fast ausschließlich afghanische Geflüchtete. Das im August 2021 installierte Islamische Emirat Afghanistan befindet sich seit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Taliban in der Dauerkrise. Den Abschiebungen vorangegangen waren ähnliche Vorgänge in der Islamischen Republik Iran. Dort entschied man sich Ende September für organisierte Abschiebungen nach Afghanistan. In Iran leben rund 4,5 Millionen Afghan*innen. Im gesamten Jahr 2023 vollzog Iran mehr als 630.000 Abschiebungen nach Afghanistan – davon rund 350.000 im letzten Quartal.

Probleme zwischen Pakistan und Afghanistan

► Innerhalb Pakistans wird die Zahl afghanischer Geflüchteter auf knapp vier Millionen geschätzt: 1,4 Millionen von ihnen genießen offiziellen Flüchtlingsstatus, 840.000 haben afghanische Ausweispapiere von pakistanischen Behörden und rund 1,7 Millionen besitzen keine offiziellen Dokumente und damit auch keine Aufenthaltserlaubnis. Von diesen 1,7 Millionen folgten bis 1. November Zehntausende fristgerecht der Ausreiseanordnung. Die Regierung betreibt eine Telefon-Hotline, bei der Afghan*innen oder deren Vermieter*innen/Arbeitgeber*innen anonym gemeldet werden können. Seit November werden Hunderttausende zur Ausreise gezwungen. Im November und Dezember 2023 vollstreckt Pakistan über 500.000 Abschiebungen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR erwartet 280.000 weitere Abschiebungen für das erste Halbjahr 2024. Für die Rückkehrenden gilt ein Freibetrag von umgerechnet rund 150 Euro für Geld und Besitz, der nach Afghanistan ausgeführt werden darf. Das heißt, sie müssen praktisch mittellos zurückkehren.

Am 15. August 2021 begrüßte Pakistan die Machtübernahme der Taliban in Kabul. Zum Ausgleich rechnete Pakistan mit einem Entgegenkommen seitens der pakistanischen Terrororganisation Taliban TTP (Tahrik-e Taliban Pakistan). Die Rechnung ging nicht auf. In Pakistan töten TTP-Angehörige seit November 2022 2.867 Menschen. Die Regierung in Islamabad beschuldigt nun die afgha-

nischen Taliban, diesen Terrorismus zu unterstützen. Afghanistans Innenminister kontert, die pakistanischen Taliban seien ein internes Problem Pakistans. Außerdem sei die Abschiebung von afghanischen Geflüchteten unislamisch.

Afghanistan ist auf diese Massenrückkehr von Hunderttausenden mittel- und wohnungslosen Geflüchteten aus Iran und Pakistan nicht vorbereitet. Das international weitgehend nicht anerkannte Emirat befindet sich in einer Versorgungskrise und ist stark isoliert. Deutschland war in den letzten Jahrzehnten Afghanistans zweitwichtigster Geldgeber nach den USA. Für die Geberländer aus der EU stehen derzeit die Ukraine und Gaza für humanitäre Hilfen im Vordergrund. Afghanistans größter Handelspartner, Pakistan, beschloss im Oktober 2023 Exportverbote für 212 Güter, etwa für Nüsse und frisches Obst. Der größte Beschäftigungssektor in Afghanistan, die Landwirtschaft, litt zuletzt unter Überflutungen und Dürre, sowie unter dem von den Taliban erlassenen Verbot der Opiumproduktion. Mitte Januar schloss Pakistan den zentralen Grenzübergang zu Afghanistan in Torcham für den Güterverkehr, nachdem afghanische Grenzbeamte Visa für pakistanische LKW-Fahrer verlangten. In der Vergangenheit waren Reisedokumente an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan nicht erforderlich.

Ruhe im Emirat Afghanistan

► Nun droht eine humanitäre Katastrophe. Im Oktober 2023 zerstört eine Serie von Erdbeben Teile der Infrastruktur rund um Herat (iz3w 400). Der Winter ist klirrend kalt, Nahrungsmittel sind nach den pakistanischen Exportbeschränkungen noch rarer. Derzeit sind in Afghanistan vier Millionen Menschen akut unterernährt. Neben dem Hunger ist der Medikamentenmangel der erbarmungsloseste Mörder am Hindukusch. Hinzu kommt ein Exodus von medizinischen Fachkräften. Matin Baraki kritisiert in seinem Buch »Afghanistan: Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg« (2023) den »Menschenraubzug« in Afghanistan, also, dass Deutschland Ärzt*innen über die Liste der für Deutschland tätigen Ortskräfte evakuierte: »Das kam für Afghanistan einer medizinischen Katastrophe gleich und war ein Verbrechen an der am Boden liegenden medizinischen Infrastruktur.« Auch Kriegsberichterstatter Wolfgang Bauer nennt das gescheiterte westliche Demokratieprojekt in seiner Reportage »Am Ende der Straße« (2022) »die Fortsetzung des Kolonialismus mit mildtätigen Mitteln«. Nach Bauers Analyse scheiterte Afghanistan an der westlichen Entwicklungspolitik: Das Geld nährt die Korruption, die Korruption »degradiert das Recht zur Ware«. Der Preis der Korruption war ein Autoritätsverlust des vergangenen Regimes. So wurden die Taliban zum Nutznießer westlicher Entwicklungshilfe.

Afghanische Geflüchtete werden in Pakistan anonym bei einer Telefon-Hotline gemeldet

Trotz der tiefgreifenden Probleme im Land, wie der tobende Kulturkampf gegen Frauen, das im Oktober 2022 erlassene Verbot für Mädchen zu studieren oder die Schließung der Schönheitssalons durch das Sittenministerium, trotz der internen Machtkämpfe und endlosen Stammesstreitereien sitzt das Islamische Emirat fester im Sattel, als es in der westlichen Berichterstattung oft scheint. Die Korruption ist in Afghanistan deutlich zurückgegangen. Ebenso ist der Gewaltpegel im Land, wenn man von den Körperstrafen des Regimes absieht, signifikant gesunken. Das gilt trotz des laufenden Kampfes gegen den Islamischen Staat beziehungsweise wegen der Erfolge der Taliban in diesem Kampf, bei dem sie der iranische Geheimdienst unterstützt. Der Islamische Staat tötet gegenwärtig in keinem anderen Land ähnlich viele Menschen wie in Afghanistan und rekrutiert vor allem nicht-paschtunische ethnische Minderheiten etwa usbekischer und tadschikischer Herkunft. Der bewaffnete Regimewechsel 2021 bildet keinen Volkswillen ab. Doch auch die Rede von einer liberalen Mehrheit im Land gehört in das Reich der Legende. Die Alternative zu den Taliban in Afghanistan wäre heute der Islamische Staat – und der ist in seiner Terrordimension betrachtet die noch größere Katastrophe. Die Situation in Afghanistan ist komplizierter als gedacht. Aber von einem Land, das hunderttausenden Rückkehrer*innen eine Perspektive bietet, ist das Islamische Emirat meilenweit entfernt.

Nachbarschaftsstreit mit Iran

► Umgekehrt stehen die zwei Länder, die jetzt Afghan*innen abschieben, selbst unter Druck und die Abschiebungen sind ein Ventil. Ein Beispiel: Am 16. Januar verüben iranische Revolutionsgarden einen Raketenschlag gegen die Terrorgruppe Dschaisch al-Adl (Armee der Gerechtigkeit) im pakistanischen Panjgur, Belutschistan. Die Bewegung kämpft für die Unabhängigkeit der iranischen Provinz Sistan-o-Belutschistan. Sie übernahm die Verantwortung für einen vorangegangenen Terroranschlag im iranischen Rask mit elf getöteten Polizisten.

Nach pakistanischen Angaben werden in Panjgur zwei Kinder getötet und drei verletzt. Islamabad protestiert scharf gegen die Verletzung pakistanischen Luftraums und zieht seinen Botschafter aus Teheran ab. Pakistan und Iran teilen eine rund 900 Kilometer lange Grenze – zwischen der pakistanischen Provinz Belutschistan und der iranischen Provinz Sistan und Belutschistan. Irans Raketenbeschuss erfolgt im Rahmen vergleichbarer Angriffe auf Stellungen im Irak und Syrien. Im Kontext der militärischen Konfrontationen im Jemen demonstriert Iran mit diesen Angriffen auch gegenüber den USA, dem Vereinigten Königreich und Israel, dass Iran auf Angriffe antwortet – auch gegen eine Atommacht wie Pakistan.

Am 18. Januar führte Pakistan die Militäroperation *Marg Bar Sarmachar* (Tod den Aufständischen) auf iranischem Territorium durch. Der grenznahe Luft- und Artilleriebeschuss auf sieben Ziele in Saravan gilt der Befreiungsarmee Belutschistans und der Belutschistan Befreiungsfront. Irans Innenminister bestätigt neun Todesopfer ausländischer Nationalität, darunter drei Kinder. Dann entspannen sich die iranisch-pakistanischen Beziehungen wieder. Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian besucht Islamabad und die beiden Botschafter kehren wieder in ihre Botschaften im Gastland zurück. In Afghanistan verfolgen Iran und Pakistan jedoch weiterhin unterschiedliche Interessen. Keine davon gereichen Afghanistan zum Vorteil. Und die Abschiebungen nach Afghanistan kommen in beiden Ländern innenpolitisch gut an und gehen im Gleichtakt weiter.

► **Thomas K. Gugler** ist Mitgründer des Südasien-Konsortium e.V. und Mitglied des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam an der Goethe-Universität.

Aufgeputscht und aufgeschoben

Drei Militärregime im Sahel streiten mit der ECOWAS

Die Militärputsche in Mali, Burkina Faso und Niger haben zu einem Zerwürfnis innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) geführt. Aber auch dort ist es um demokratische Verfahren nicht immer gut bestellt. So wurden in Senegal aus innenpolitischem Kalkül die Präsidentschaftswahlen verschoben.

von **Bernard Schmid**

► Der Trend hin zu einer funktionierenden Demokratie ist derzeit nicht die Haupttendenz in der Politik in Westafrika. Das betrifft zuerst einmal die drei Staaten Mali, Burkina Faso und Niger, die im September die AES (Allianz der Staaten des Sahel) gegründet haben. Alle drei Länder werden von Militärregierungen geführt. In Bamako (Mali) wurden 2020 und 2021, in Ouagadougou (Burkina Faso) 2022 und in Niamey (Niger) im Juli 2023 die mehr oder weniger demokratisch gewählten Regierungen weggeputscht. Deren Ende durch eine mehrjährige Transition oder einer ‚Übergangsphase zur Demokratie' lässt auf sich warten. Die Militärregime setzen vor allem auf publikumswirksame außenpolitische Maßnahmen wie auf die Abkehr vom postkolonialen Hauptbündnispartner Frankreich und auf die Suche nach neuen Verbündeten, insbesondere auf eine Allianz mit der Russischen Föderation, um Rückhalt in der Bevölkerung zu finden.

Raus aus der ECOWAS

► Am 28. Januar 2024 verkündeten die drei AES-Mitgliedsstaaten nun gemeinsam ihren Austritt aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – landesüblich auf Französisch als CEDEAO und Englisch ECOWAS abgekürzt. Das bedeutete faktisch die Spaltung dieser Regionalorganisation. Der Hintergrund ist, dass die Militärputsche auf Kritik und Gegenmaßnahmen seitens der ECOWAS stießen. Im Vorjahr hatten einige der treibenden Kräfte innerhalb der ECOWAS, darunter die Staaten Nigeria, Côte d'Ivoire und Senegal, nach dem nigrischen Militärputsch auf eine militärische Interventionsdrohung gegen Niger gedrungen. Sie wurde nicht umgesetzt – nicht nur aufgrund der Risiken eines eventuellen militärischen Eingreifens. Zudem schätzten Mitgliedsstaaten wie Togo ihre Handelsinteressen durch Interventionen und Sanktionen als gefährdet ein. Küstenstaaten wie Togo und Benin wickeln über ihre Häfen einen Großteil des Außenhandels Nigers ab.

Der gemeinsame Austritt der drei AES-Länder könnte man ungefähr damit vergleichen, dass Frankreich, Italien und Spanien am selben Tag aus der Europäischen Union austreten würden. Die politischen und ökonomischen Folgen sind noch nicht absehbar. Investoren sorgen sich nun um die finanzpolitische Stabilität im westafrikanischen Währungsraum, denn die drei AES-Staaten dürften wohl in näherer Zukunft auch die an die französische Zentralbank und über dieselbe an den Euro angebundene Gemeinschaftswährung *franc CFA* verlassen. Auch für die rund 2,5 Millionen überwiegend aus Mali und Burkina Faso stammenden Arbeitsmigrantinnen und -migranten im reicheren Nachbarland Côte d'Ivoire heißt das nichts Gutes. Seit dem Jahr 2007 brauchen sie innerhalb der ECOWAS keine Aufenthaltstitel mehr – aber damit dürfte es bald vorbei sein.

Jenseits solcher Realpolitik ist der Kurswechsel weg vom französischen Einfluss in den drei Staaten ausgesprochen populär. Allerdings macht die anfangs breitere Unterstützung der Putschregierungen inzwischen der Furcht vor Repression durch die Militärregime Platz.

Keine Wahl in Senegal

► Der Trend hin zur funktionierenden Demokratie ist auch bei den Widersachern der drei durch Militärputsche an die Macht gekommenen Regierungen nicht unbedingt gegeben. So verschob der Staatspräsident des Senegal, Macky Sall, die Präsidentschaftswahlen vom 25. Februar – drei Wochen vor dem Wahltermin und zunächst ohne eine weitere Zeitangabe. Ein solches Ereignis kommt zum ersten Mal in der Geschichte des 1960 von Frankreich unabhängig gewordenen westafrikanischen Staates vor. Auch wenn es in der Vergangenheit sowohl politische Kurswechsel als auch phasenweise autoritäre Tendenzen gab, etwa als der damalige Noch-Präsident Abdoulaye Wade 2012 seine Abwahl nicht anerkennen mochte und unter dem ‚Druck der Straße' aus dem Amt vertrieben wurde, konnte doch von einer halbwegs funktionierenden parlamentarischen Demokratie gesprochen werden.

Seit zwei Jahren haben allerdings die innenpolitischen Spannungen zugenommen und in den Jahren 2021 und 2023 gab es auch Tote bei Demonstrationen. Es gibt eine tief sitzende Unzufriedenheit mit der sozialen und ökonomischen Situation im Land. Und aus tagespolitischen Gründen protestieren viele gegen den Ausschluss von der Wahl des Oppositionspolitikers Ousamane Sonko. Der Politiker genießt aufgrund seiner Beteiligung an der Aufdeckung von Korruptionsskandalen in breiten Kreisen Anerkennung und befindet sich wegen »Verführung der Jugend« in Haft. Ihm wird eine Sex-Affäre mit einer unter 21-jährigen Frau in einem Massagesalon vorgeworfen. Der Vorsitzende der inzwischen verbotenen Partei Pastef bezeichnet seine Verurteilung als Komplott.

Bei seiner Agitation gegen die französischen neokolonialen Interessen im Lande bedient Sonko teilweise einen eher rechten Antikolonialismus. So tritt er für eine Verschärfung der Strafen für Homosexuelle ein (bereits jetzt können für männliche Homosexualität Haftstrafen bis zu drei Jahren verhängt werden). Weiter befürwortet Sonko die Todesstrafe und unterhielt oder unterhält Beziehungen zu den Muslimbrüdern sowie zum menschenrechtlich hoch problematische Emirat Katar.

Zugleich erklärt sich Sonkos starke Basis in der Stadt Ziguinchor, deren Bürgermeister er ist, auch aus regionalen Konflikten: Die südliche Provinz Casamance (iz3w 345), die zwischen Gambia und Guinea eingekeilt fernab vom übrigen senegalesischen Staatsgebiet liegt und zu der Ziguinchor zählt, war vor allem in den

Protest in London gegen das harte Vorgehen Senegals gegen die Opposition | Foto: Alisdare Hickson CC BY-SA 2.0 DEED

1980er- und 90er-Jahren Bürgerkriegsgebiet und Schauplatz separatistischer Aktivitäten.

Die Absage trifft auf Widerstand

► Präsident Macky Sall kandidiert aufgrund der verfassungsrechtlichen Begrenzung auf zwei Amtszeiten nicht erneut. Dafür kandidierte sein amtierender Premierminister Amadou Ba, aber der Wahlkampf verlief nicht gut. Darin dürfte der Grund für die Absage der Präsidentschaftswahl liegen. Offiziell wird noch ein weiteres, vorgeblich formales Problem um den Präsidentschaftsbewerber Karim Wade – Sohn von Salls Amtsvorgänger Abdoulaye Wade – genannt: Dessen französisch-senegalesische Doppelstaatsangehörigkeit sei unzulässig. Ferner werden angebliche Korruptionsfälle im Verfassungsgericht angeführt.

Am 4. Februar kam es zu ersten Protesten, die unter Tränengaseinsatz aufgelöst wurden, während die Oppositionspolitikerin und frühere Premierministerin Aminata Touré festgenommen wurde. Auch am folgenden Tag wurden die Proteste sowie der Tränengaseinsatz fortgesetzt, das Internet war blockiert und der Motorrollerverkehr wurde »aus Sicherheitsgründen« eingeschränkt. Zwischenzeitlich wurde die Opposition wurde aus dem Plenarsaal geräumt. Am Abend stimmte das Parlament in Dakar für den 15. Dezember dieses Jahres als neuen Wahltermin. Zuvor hatten Gerüchte die Stimmung angeheizt, wonach das Mandat von Präsident Sall um zwei Jahre ausgeweitet werden sollte. Bis zum 12. Februar waren bei den Protesten bereits drei Tote zu verzeichnen.

Wenn Oppositionelle verschwinden

► Im Fall eines Machtwechsels zugunsten der zurzeit heftig protestierenden Fraktion um Sonko (aber vielleicht auch bei anderweitigen politischen Veränderungen) könnte sich Senegal ebenfalls stärker von Frankreich abgrenzen. Allerdings verläuft die innenpolitische Verhärtung im Senegal anders als jene in den drei (ebenfalls früher zu Französisch-Westafrika gehörenden) AES-Staaten Mali, Burkina Faso und Niger. So setzte sich der senegalesische Oppositionsführer Sonko gerade kritisch mit dem Militärregime von Burkina Faso auseinander. Sonko intervenierte Anfang Februar aus der Haft heraus für seinen Anwalt burkinischer Nationalität Guy-Hervé Kam. Dafür schrieb Sonko einen Brief an den jungen Interimspräsidenten von Burkina Faso, den Offizier Ibrahim Traoré.

Guy-Hervé Kam war in der Nacht zum 25. Januar auf dem Flughafen von Ouagadougou durch Personen in Zivil aufgegriffen und offenbar entführt worden. Er ist seitdem an einem geheim gehaltenen Ort inhaftiert. Das ist nicht der einzige Fall von ‚Verschwindenlassen' in Burkina Faso. Von dieser Praxis waren zuletzt auch andere oppositionelle Strömungen betroffen, etwa der Gewerkschaftsbund CGT-B. Dabei werden Personen oft ohne Anklageerhebung festgehalten, einige scheinen zum Militärdienst an der nördlichen Front gegen dschihadistische Milizen gezwungen worden zu sein. Rechtsanwalt Kam gehörte der Vereinigung Balai citoyen (wörtlich: Bürgerrechts-Besen) an, die beim Sturz von Autokrat Blaise Compaoré im Oktober 2014 eine wichtige Rolle spielte.

Repression hält auch in Mali Einzug

Repression hält auch in Mali Einzug, wo die Übergangsregierung etwa im Januar 2024 ihr Vorhaben ankündigte, die aus marxistisch-leninistischer Tradition kommende Partei SADI (Afrikanische Solidarität für Entwicklung und Unabhängigkeit) des früheren Präsidentschaftskandidaten Oumar Mariko zu verbieten. Ihr Einfluss war begrenzt, doch war Mariko, in den frühen 1990er-Jahren als ‚Studentenführer' aktiv, wohl einer der prominentesten Politiker des Landes.

► **Bernard Schmid** lebt als Rechtsanwalt in Paris und arbeitet publizistisch unter anderem zu Ländern der Sahelzone.

Die Wirtschafts- und Finanzlobby bekämpft das EU-Lieferkettengesetz als »Bürokratiemonster«

Foto: Philipp Messner
CC BY-NC 2.0 DEED

Ein Monster geht um in Europa

Das EU-Lieferkettengesetz kommt trotz Gegenwind voran

Lieferkettengesetze sollen den Schutz von Menschenrechten oder der Umwelt entlang von Produktionsketten gewähren. Ein Anstoß dafür war vor zehn Jahren der Zusammensturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch aufgrund nicht eingehaltener Sicherheitsbestimmungen. Nach Deutschland ist es jetzt auch in der Europäischen Union soweit: Ein EU-Lieferkettengesetz ist auf dem Weg. Der Weg dahin war und bleibt schwierig.

von **Eva-Maria Reinwald**

► Nach langen Verhandlungen einigten sich EU-Kommission, Rat und Parlament am 14. Dezember 2023 auf die Inhalte des EU-Lieferkettengesetzes. Der Prozess war begleitet von hartem Gegenwind der Wirtschafts- und Finanzlobby, die die Regulierung als bürokratisches Monster darstellte. Zwischen den beteiligten EU-Institutionen wurde intensiv um eine Einigung gerungen. Am Ende steht ein Kompromiss, der die rechtliche Position von Betroffenen entlang der Lieferketten wesentlich verbessert. Trotzdem mussten die Befürworter*innen des Gesetzes bei den Pflichten für den Finanzsektor und beim Klimaschutz Federn lassen. Am 9. Februar verschob die EU-Ratssitzung die Abstimmung letztlich auf Druck der deutschen, wirtschaftsliberalen FDP.

Die »Richtlinie für nachhaltige Sorgfaltspflichten für Unternehmen«, kurz EU-Lieferkettengesetz, verpflichtet Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen Euro zur Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards. Auch Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden sind betroffen, wenn sie in Risikosektoren wie etwa dem Bergbau mindestens 20 Millionen Euro im Jahr verdienen.

Wichtige Perspektiven für Betroffene

► Anders als das Anfang 2023 in Kraft getretene deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz setzt die EU-Regulierung bei der Durchsetzung nicht allein auf behördliche Kontrolle und Bußgelder. Es sieht auch zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene vor. So sollen in Zukunft etwa Fabrikarbeiter*innen, deren Gesundheit durch toxische Dämpfe geschädigt wurde, gegen das auftraggebende Unternehmen in Europa auf Schadensersatz klagen können. Es geht dann um die Frage, ob das Unternehmen wider besseren Wissens Maßnahmen für den Gesundheitsschutz unterlassen hat. Neu ist, dass die Betroffenen vor Gericht nun auch die Herausgabe von Informationen von Unternehmen erwirken können, ohne die erfolgreiche Klagen oft gar nicht möglich sind.

Auch bei den Pflichten der Unternehmen ist die Betroffenenperspektive verankert: Wenn Unternehmen Risiken in ihren Lieferketten ermitteln und Maßnahmen entwickeln und umsetzen, müssen sie Betroffene dazu konsultieren. Denn diese können am besten beurteilen, welche Probleme bestehen. Eine Einschränkung dabei ist allerdings, dass die Pflichten nicht für die Verwendung von Produkten gelten, wie beim Export gefährlicher Pestizide.

In der Kompromissfindung zwischen Rat, Parlament und Kommission forderte die Durchsetzung dieser essentiellen Rechte wiederum die Abschwächung anderer Regulierungen. Besonders deutlich wird dies beim Klimaschutz und dem Finanzsektor.

Konflikte um den Finanzsektor und Klimaschutz

► Immer wieder hoben Umweltverbände die Chancen hervor, die das EU-Lieferkettengesetz auch für den Klimaschutz bringt. Doch das Ergebnis ist ernüchternd: Unternehmen und auch Finanzakteure müssen in Zukunft zwar einen Klimaplan erstellen. Dieser legt dar, wie Unternehmen ihre Emissionen so reduzieren, dass sie im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens stehen. Doch die zuständigen Behörden sollen lediglich kontrollieren, ob ein Unternehmen einen solchen Plan erstellt hat und ob dieser den inhaltlichen Anforderungen entspricht. Um die verbindliche Umsetzung geht es nicht. In dieser Form ist die Regelung ein Einfallstor für Greenwashing.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird auch weiter notwendig sein

Im Finanzsektor ist der Konflikt ähnlich gelagert. Freiwillige internationale Standards zu der Frage, wie Finanzdienstleister bei Kreditvergaben oder Investitionen Menschenrechte und Umweltstandards achten sollen, gibt es schon lange. Aber verbindliche Regeln existieren nicht. Ob und wie mit dem EU-Lieferkettengesetz Regeln für diesen Sektor geschaffen werden sollen, wurde eines der größten Streitthemen. Während das Parlament genau ausformulierte, wie die Pflichten für Finanzgeschäfte gestaltet sein sollen, setzte sich der Rat vor allem unter dem Druck Frankreichs dafür ein, den Finanzsektor allenfalls freiwillig und auf nationaler Ebene zu regulieren. Später plädierte der Rat für den Ausschluss des gesamten Finanzsektors aus der Richtlinie. EU-Politiker*innen berichteten immer wieder, dass sie für das EU-Lieferkettengesetz massiv von Finanzlobbyist*innen kontaktiert und auf die Ausnahme des Sektors gedrängt wurden. Doch es gab auch Fürsprecher: So stellte Frank Elderson, Vorstandsmitglied der Europäischen Zentralbank, klar, dass er keinen Grund sehe, warum Finanzinstitutionen im EU-Lieferkettengesetz anders behandelt werden sollten als Unternehmen aus anderen Sektoren.

Das Ergebnis ist, dass Finanzakteure nun zwar prinzipiell durch die Richtlinie erfasst sind. Ihre Pflichten gelten jedoch nur für vorgelagerte Stufen ihrer Lieferkette, nicht für das Kerngeschäft der Kundenbeziehung. Konkret: Banken oder Investitionsgesellschaften sollen sich damit beschäftigen, ob bei der Herstellung ihrer Büromöbel die Menschenrechte geachtet wurden. Sie müssen aber nicht prüfen, ob bei der Vergabe eines Großkredits für den Ausbau einer Mine Menschen von ihrem Land vertrieben werden. Die größten Risiken im Sektor werden nicht adressiert. Eine Perspektive zeichnet sich jedoch ab: Eine Revisionsklausel sieht vor, dass die Kommission zu einem späteren Zeitpunkt einen Vorschlag für die Pflichten des Finanzsektors vorlegen soll.

Bürokratiemonster versus Menschenrechte?

► Bis zuletzt versuchten Wirtschaftsverbände, die Regulierung zu verhindern oder abzuschwächen. So machten etwa der Bund Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) oder der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Stimmung gegen die EU-Regulierung. Es hieß, das Gesetz würde unzumutbare bürokratische Belastungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen mit sich bringen. Diese Bemühungen erreichten eine starke Medienresonanz. Deutsche Magazine und Sendungen griffen im Herbst mehrere Einzelfälle auf, die darlegten, wie kleine und mittlere Unternehmen mit für sie schwer erfüllbaren Anforderungen konfrontiert wurden, weil große Unternehmen im Rahmen vom deutschen Lieferkettengesetz ihre Verpflichtungen weitergegeben hätten. Eine solche Weiterreichung der Pflichten mag vorkommen. Erlaubt ist sie nicht. So machte die zuständige deutsche Behörde in zwei Leitfäden klar, dass die großen Unternehmen selbst die Verantwortung für die Lieferketten-Risikoermittlung und folgende Maßnahmen tragen. Ein schlichtes Weiterreichen der Pflichten ist unzulässig. Auch die europäische Regulierung sieht vor, dass Unternehmen die eigene Einkaufspraxis anpassen müssen sowie dass sie insbesondere kleine und mittlere Zulieferer bei der Umsetzung von Anforderungen unterstützen müssen.

Auch der kolportierte Vorwurf, Unternehmen könnten sich wegen schwieriger Auflagen aus risikoreichen Gebieten etwa in afrikanischen Staaten zurückziehen, ist nicht belegt. Die Regulierung verpflichtet Unternehmen zur Bemühung um Verbesserungen, nicht zum Erfolg. Auch praktisch wäre der Rückzug aus afrikanischen Staaten schwer möglich. Beispielsweise kommen von dort über 70 Prozent der weltweiten Kakaoernte. Trauben oder Orangen wachsen zu bestimmten Jahreszeiten nur auf der Südhalbkugel. Beim Kaffeebezug würde ein Verzicht auf afrikanische Produktion die Abhängigkeit von den Hauptanbauländern Brasilien und Vietnam verstärken.

Errungenschaft trotz Lobbysturm

► Trotz des harten Gegenwinds der Wirtschaftsverbände konnte sich die EU am Ende auf eine Regulierung einigen, die trotz der skizzierten Einschränkungen einen Meilenstein für den Menschenrechtsschutz darstellt. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt viele Stimmen von Einzelunternehmen, die entgegen der Verbandspositionen darlegten, dass eine gemeinsame EU-Regulierung ihnen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsbemühungen hilft. Auch die unnachlässige Arbeit der europäischen Zivilgesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften, die die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes der Betroffenen deutlich machten, stärkten jenen politischen Kräften den Rücken, die in den EU-Verhandlungen für eine wirksame Regulierung eintraten.

Das zivilgesellschaftliche Engagement wird weiter notwendig sein. Die Zustimmung der deutschen Bundesregierung steht noch im Februar aus, weil das Präsidium der wirtschaftsliberalen FDP zurückrudert und die Einigung als »unverhältnismäßige bürokratische Hürden« ablehnt. Und auch bei der Begleitung einer ambitionierten Umsetzung eines EU-Lieferkettengesetzes oder bei der EU-Debatte um eine nachträgliche Schaffung von Pflichten für den Finanzsektor wird es zivilgesellschaftlichen Rückenwind brauchen.

► **Eva-Maria Reinwald** ist Referentin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte beim Südwind-Institut in Bonn (www.suedwind-institut.de) und verantwortet den Schwerpunkt »Nachhaltigkeit und Menschenrechte im Finanzsektor stärken« mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg.

»Nichts gewonnen und nicht alles verloren«

Interview zum zweiten Verfassungsplebiszit in Chile

Mit 55,76 Prozent Nein-Stimmen lehnte am 17. Dezember eine Mehrheit in Chile einen Entwurf einer neuen Verfassung ab. Vorgelegt hatte ihn der von den rechten Parteien dominierte Verfassungsrat. Umgekehrt war 15 Monate zuvor ein linksprogressiver Verfassungsentwurf abgelehnt worden. Claudia Vera von der Fundación ANIDE in Santiago beantwortet der iz3w dazu einige Fragen.

iz3w: *Die zurückliegenden vier Jahre seit dem Estallido Social, der Rebellion gegen das neoliberale Gesellschaftsmodell und gegen die Hinterlassenschaften der autoritären Pinochet-Verfassung von 1980, glichen einem Wechselbad der Gefühle. Chile wirkte wie ständig unter Strom. Vor dem zurückliegenden Verfassungsreferendum vom 17. Dezember irritierte jetzt aber ein scheinbares Desinteresse an dem, worüber entschieden wurde. Wie lässt sich das erklären?*

Claudia Vera: Diese Achterbahnfahrt der Gefühle begann mit den brutalen Auseinandersetzungen während der Massenproteste 2019/2020 und der Polizeirepression, die 34 Menschen das Leben kosteten. Dann folgte der auf der Straße erkämpfte Volksentscheid vom 25. Oktober 2020 mit einer euphorisierenden Zustimmung von fast 80 Prozent: Ein aus der Zivilgesellschaft gewähltes Verfassungskonvent sollte einen Entwurf für ein neues Grundgesetz erarbeiten. Dies zog Monate des intensiven Engagements an der gesellschaftlichen Basis nach sich, um diesen Verfassungsprozess mitzugestalten: Da war ganz viel Aufbruchsstimmung zu spüren! Aber dann kam der brutale Absturz vom 4. September 2022, als eine deutliche Mehrheit den Entwurf ablehnte. Dabei wäre es die demokratischste Verfassung gewesen, die sich ein lateinamerikanisches Land je gegeben hätte. All das hat unglaublich Kraft gekostet. Dennoch wagte die Regierung Boric in einem breiten politischen Parteienbündnis noch einen zweiten Reformanlauf. Allerdings sicherten sich diesmal bei den Wahlen im Mai 2023 die rechten Parteien die Mehrheit im Verfassungsrat. Die Diskussionen um den zweiten Entwurf verfolgten dann nur noch ein paar Spezialist*innen.

Plakat einer Umweltinitiative für ein »Nein« beim zweiten Verfassungsplebiszit | Foto: Ximena Galleguillos

Was ist die Quintessenz dieses Verfassungsentwurfs, über den am 17. Dezember abgestimmt wurde?

► Dieser Entwurf war in weiten Teilen noch extremer als die undemokratische Pinochet-Verfassung von 1980. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Sachen Geschlechtergerechtigkeit wären wir damit um mindestens ein halbes Jahrhundert zurückkatapultiert worden. Es ging der Mehrheit im Verfassungsrat um ein nationalistisch-konservatives Gesellschaftsbild – eingebettet in eine marktradikale Wirtschaftsordnung, die keine Einschränkungen etwa beim Schutz von Ressourcen, Natur und Umwelt kennt.

Trotzdem hatten sich die rechten Parteien in Chile im Vorfeld des Plebiszits verstritten. Um was ging es bei diesem Konflikt?

► Die extreme Rechte hatte Probleme damit, dass der ultranationalistische Ex-Präsidentschaftskandidat José Antonio Kast von der Partido Republicano bei den Beratungen über den Verfassungsentwurf die Formulierung »sozialer Rechtsstaat« durchgehen ließ. Deswegen rief ein Teil dieses Sektors zur Ablehnung des Textes auf. Ob das für den Ausgang des Volksentscheids ins Gewicht fiel, lässt sich im Nachhinein kaum beurteilen.

*Beim ersten Verfassungsplebiszit am 4. September 2022 und der Niederlage der Unterstützer*innen des fortschrittlichen Verfassungsentwurfs spielten mit viel Geld orchestrierte Fake News-Kampagnen in den sozialen Medien eine wesentliche Rolle. Wie war das vor der folgenden Abstimmung am 17. Dezember 2023?*

► Auch diesmal spielte die Musik in den sozialen Medien. Diejenigen, die für den neuen Verfassungstext trommelten, behaupteten: »Wir werfen alle Flüchtlinge und Migranten raus!« Sehr beliebt war auch dieses an den neugewählten argentinischen Kettensägen-Präsidenten Javier Milei erinnernde Versprechen, Steuern abzuschaffen. Noch mehr Wirkung erzielte das Argument, mit der Zustimmung zum Verfassungsprojekt die Regierung von Gabriel Boric und die den Konservativen verhasste kritische Zivilgesellschaft abzustrafen. Das Thema Kriminalität wurde instrumentalisiert, um jede Rücksichtnahme auf rechtsstaatliche Beschränkungen bei Polizeieinsätzen zu delegitimieren.

Trotzdem konnte das Schlimmste verhindert werden?

► Beim ersten Plebiszit wurde der fortschrittliche und beim zweiten der rechte Verfassungsentwurf abgelehnt. Ja, da ist ein Gefühl von Erleichterung, gleichzeitig aber auch von Erschöpfung und Resignation. Die Wahrheit ist, wir haben nichts gewonnen, stattdessen standen wir waren kurz davor, alles zu verlieren.

Claudia Vera im ANIDE-Büro in Santiago de Chile | Foto: Jürgen Schübelin

Wie geht es jetzt weiter?

► Zunächst werden wir weiter mit der Verfassung von 1980 leben müssen, die den autoritär-nationalistischen Geist der Pinochet-Diktatur kombiniert mit ihrem marktradikalen Wirtschaftsmodell atmet. Zwar gab es Anfang der 2000er-Jahre unter dem damaligen Präsidenten Ricardo Lagos einige Verfassungsänderungen, etwa die Abschaffung der Institution der Senatoren auf Lebenszeit. Aber die Substanz der Verfassung des Militärregimes wurde nie angetastet. Sie legitimiert weiter die Spaltung zwischen extremem Reichtum und prekären Lebensbedingungen. Immerhin war es ein Lichtblick, dass sich Ende 2023 vor dem zweiten Verfassungsreferendum ein breites Parteienspektrum von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten sowie zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft für eine Ablehnung des zweiten Verfassungsentwurfs ausgesprochen hatten. Überall im Land mit Ausnahme der wohlhabendsten Kommunen gab es mehr Nein- als Ja-Stimmen. Unter den in Europa lebenden Chilen*innen fiel die Ablehnung des ultra-konservativen Verfassungsentwurfs überdeutlich aus. In Deutschland, Belgien und Frankreich stimmten jeweils über 80 Prozent der Wähler*innen gegen diesen Text.

»Auch diesmal spielte die Musik in den sozialen Medien«

Wie kann es gelingen, einen ausreichend langen Atem zu bewahren und perspektivisch doch noch einen demokratischen und sozialen Neuanfang zu beginnen?

► Das mit dem langen Atem ist ein gutes Stichwort. In einer der Umfragen wurde vor kurzem gefragt, was der Begriff »langfristig« bedeutet. In den allermeisten Antworten reicht dieser Zeithorizont maximal bis zu 90 Tagen. Welche Hoffnungen und Perspektiven es für die Menschen jenseits dieser Zeitmarke gibt, dazu konnten die Befragten nichts sagen. Das ist symptomatisch. Bei unserer NGO Fundación ANIDE sehen wir keinen anderen Weg, als den, der über den Zugang zu Bildung mit Qualität führt. Das haben wir schon angesichts der rechten Fake-News-Kampagne beim ersten Verfassungsplebiszit gesagt, Stichwort Kritikfähigkeit und Medienkompetenz. Dem endemisch schlechten Zustand des in fünf Jahrzehnten heruntergewirtschafteten öffentlichen Schulsystems muss eine Bildungs- und Sozialarbeit mit Qualität entgegengestellt werden.

Was heißt das konkret?

► Es geht darum, Kindern mehr Selbstbewusstsein und Sicherheit zu geben – und die Freude am Lernen neu zu wecken! Gerade besuchten wir in Concepción, der Hauptstadt der Bío-Bío-Region im Süden Chiles, das Projekt Agüita de la Perdiz. Dort werden neben den sozialen Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen auch deren Schulerfolge unterstützt. Natürlich müsste das alles in der Schule geschehen. Tut es aber nicht. Doch wir sind davon überzeugt, dass es nur dann eine Perspektive für eine demokratischere und sozialere Gesellschaft in Chile geben kann, wenn das Recht auf Bildung eingelöst wird. Dafür leisten Organisationen aus der Zivilgesellschaft auch angesichts des politischen und medialen Gegenwindes einen wichtigen Beitrag.

Heißt das, dass vor allem soziale Organisationen und zivilgesellschaftliche Bewegungen die entscheidenden Akteure beim Ringen um einen neuen Verfassungsrahmen für Chile sind?

► Natürlich geht es nicht ohne eine demokratisch legitimierte, änderungsbereite Mehrheit im Parlament und eine couragierte Regierung. Wir geben die Hoffnung nicht auf, das alte Korsett der autoritären, unsozialen Verfassung irgendwann abzustreifen. Aber vielleicht wird erst die nächste Generation wieder eine solche Chance bekommen, wie wir sie nach dem Estallido Social, der Massenrebellion von 2019/2020 gegen das ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, hatten.

Das scheint jetzt weit entfernt zu sein.

► Vielleicht hilft in unserer Lage etwas Galgenhumor: Lange Zeit seit dem 4. September 2022 und der schmerzhaften Ablehnung dieses fortschriftlichen, ambitionierten Verfassungsentwurfs dachten wir, dass die Chilen*innen in ganz Lateinamerika die Leute mit den wenigsten Tassen im Schrank wären. Ende November, nach den Präsidentschaftswahlen in Argentinien mit Kettensägen-Milei als Gewinner, mussten wir anerkennen, dass uns unsere Nachbarschaft auf der anderen Seite der Anden in dieser Disziplin überholt hat. Jetzt, mit dem Ausgang des vorweihnachtlichen Verfassungsreferendums haben wir uns diesen imaginären Nicht-alle-Tassen-im-Schrank-Pokal zumindest nicht wieder zurückgeholt.

► **Claudia Vera** ist Germanistin und seit 1991 bei der ökumenischen Stiftung Fundación ANIDE, der Kindernothilfe-Partner- und Koordinationsstruktur in Chile, als Programm- und Projektkoordinatorin engagiert.

Das Interview führte Jürgen Schübelin.

EZLN-Kämpfer*innen bei den Jubiläumsfeiern im Dezember 2023

Foto: Netz der Rebellion

Die Autonomie und ihre Zukunft

Die EZLN ändert ihre Strukturen in Chiapas

Kurz vor dem 30. Jahrestag ihres Aufstands verkündet die EZLN die Auflösung ihrer bisherigen Verwaltungsstrukturen. Für manche außenstehende Beobachter*innen war das ein Schock. An der Entscheidung zeigt sich jedoch die kontinuierliche Weiterentwicklung eines lang andauernden Kampfes.

von **Thomas Bobo**

► 30 Jahre nach ihrem ersten Aufstand im Südosten Mexikos und mehr als 40 Jahre nach ihrer Gründung hat die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional; Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) grundlegende organisatorische Reformen angekündigt. Zentrale Veränderung der im November 2023 in Kommuniqués vorgestellten, neuen Regierungsstruktur ist die Abschaffung der »Räte der guten Regierung«.

Nach einer Zeit des Schweigens und vor dem Hintergrund eskalierender Gewalt und Unsicherheit in Chiapas beginnt für die zapatistische Autonomie eine neue Phase. Von Anfang an haben die Zapatistas die indigenen Rechte, soziale Gerechtigkeit, die Rechte der Frauen, den Kampf um Land und gegen den Neoliberalismus in den Vordergrund gestellt. Ihre Bewegung wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt der internationalen Antiglobalisierungsbewegungen, zu einem Symbol des Widerstands gegen die kapitalistische Hegemonie und zu einem Beispiel für Autonomie und alternative Regierungsmodelle.

Ein Blick zurück

► Die Gründung der EZLN geht auf Anfang der 1980er-Jahre zurück, als revolutionäre Aktivist*innen im lakandonischen Urwald auf indigene Gemeinschaften trafen, die um ihre Rechte und ihr Land kämpften. Um die Popularität und den politischen Einfluss des Zapatismus im Mexiko des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu verstehen, muss man ihn in eine längere Geschichte der Kolonisierung und Landkonflikte einordnen. Die »Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald« schrieb den Aufstand in einen mehr als 500 Jahre alten Widerstand ein – gegen die Kolonialisierung, die Diskriminierung, Unterdrückung und Evangelisierung der indigenen Gruppen. Territorium und Landrechte waren zu Beginn der 1990er-Jahre in der ressourcenreichen Region bereits Gegenstand politischer – manchmal gewaltsamer – Konflikte, die durch die Verschiebung der Agrargrenze und Migration in den lakandonischen Urwald ausgelöst wurden. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA und eine Reform des Artikel 27 der mexikanischen Verfassung bedrohten das Gemeinschaftsland der indigenen Gemeinschaften,

der sogenannten Ejidos, indem sie deren Privatisierung ermöglichten. Als das NAFTA-Abkommen am 1. Januar 1994 in Kraft trat, erhob sich die EZLN und forderte »Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden«. Seither hat sich die Bewegung weiterentwickelt, doch die Themen Würde und territoriale Autonomie sind eine Konstante geblieben.

Von den ersten Jahren des Aufstands bis in die 1990er-Jahre hinein entwickelte die zapatistische Bewegung ihr Autonomiemodell und vernetzte sich mit progressiven Menschen in Mexiko und weltweit. Eine Delegiertenreise durch 17 Bundesstaaten im Jahr 2001, der Auftritt von Comandanta Esther vor dem mexikanischen Kongress oder die »Andere Kampagne« von 2006 veranschaulichen die Strukturierung eines zapatistischen politischen Raums. Die lokalen Zentren der JBG (Juntas de Buen Gobierno; Räte der guten Regierung) waren die Caracoles – Schneckenhäuser, die zugleich als Begegnungsort zwischen Zapatistas und Zivilgesellschaft fungieren. Seit 2003 symbolisierten zudem die Autonomen Gemeinden das Ideal der partizipativen Demokratie der Bewegung. Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung wurden selbstorganisiert und waren für alle frei zugänglich, ökologische Landwirtschaft spielte eine große Rolle. Veranstaltungen zielten darauf ab, den Zapatismus Interessierten näher zu bringen.

Der Zapatismus besteht aus vielen verschiedenen Strukturen, der militärischen EZLN, den Unterstützungsbasen, autonomen Institutionen und nationalen und internationalen Netzwerken. Dies hat dazu geführt, dass die Unterstützergemeinschaften manchmal kritisch gegenüber ihren inneren Abläufen und dem Verständnis oder dem Beitrag von Außenstehenden zum Widerstand waren. In diesem Sinne ist jede Annäherung an den Zapatismus von außen voreingenommen. Deshalb verwundert es auch nicht, dass die jüngsten organisatorischen Ankündigungen Außenstehende überraschten. Sie sind allerdings keine plötzliche radikale Veränderung, sondern das Ergebnis der ständigen kritischen Selbstreflexion einer Bewegung, die sich selbst erneuert.

2023: Ungewissheit und Politik der Hoffnung

► Die Reform ist eine Antwort auf die zunehmend angespannte Lage in Chiapas, besonders in den ländlichen Gebieten und an der Grenze zu Guatemala. Die Zapatistas bezeichnen dies als »desorganisierte Kriminalität« und beschreiben damit eine Situation, in der Konflikte zwischen Unternehmen, Kartellen und der Regierung von Chiapas um die Kontrolle von Drogenhandelsrouten, natürlichen Ressourcen und Territorien toben. Die Militarisierung der Grenze durch den Staat erhöht von allen Seiten den Druck auf das autonome Gebiet der Zapatistas, deren Gemeinden zunehmend in den Blick des organisierten Verbrechens fallen. Sie wehren sich nicht mehr gegen eine kleine Zahl identifizierbarer Feinde – den Staat und die Paramilitärs –, sondern gegen zahllose existenzielle Bedrohungen durch das organisierte Verbrechen, Unternehmen sowie große Infrastrukturprojekte oder die Umweltzerstörung. Die neue Organisation passt die Verbindung zwischen militärischen und zivilen Bereichen an, um der EZLN zu ermöglichen, die Sicherheit ihrer Gemeinden zu gewährleisten. Mit dezentralisierten Regierungen sind Antworten auf lokale Probleme leichter möglich. Dies gilt insbesondere für geografisch weit entfernte Gemeinden, die durch Zonen der Gewalt getrennt sind.

Die Umstrukturierung resultiert aber auch aus der Erkenntnis, dass das bisherige Regierungsmodell unzureichend ist. Zwischen den JGB und den Bedürfnissen der Gemeinden bestand manchmal eine Kluft, die dem zapatistischen Schlüsselkonzept *mandar obedeciendo* (gehorchend befehlen) zuwiderläuft, wonach die JBG Entscheidungen im Sinne des Willens der Basis umsetzen sollen. Die Reform kehrt die Pyramide um und stellt die Verbindung zur Basis wieder her. Zahlreiche lokale autonome Regierungen sind über die Gemeinden verteilt, um die täglichen Angelegenheiten zu regeln. Sie berufen kollektive Versammlungen der autonomen Regierungen ein, um gemeinsame Themen zu diskutieren. Darüber hinaus können sich die Kollektive zu Versammlungen zusammenschließen, um auf breiter angelegte, gebietsbezogene Probleme zu reagieren. Die Reform integriert und befähigt die Gemeindemitglieder in allen Phasen und stellt sicher, dass die Regierungsbehörden gegenüber ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind.

> Für die zapatistische Autonomie beginnt eine neue Phase

In diesem Sinne ist es nicht überraschend, dass die 20 Kommuniqués, die im November und Dezember 2023 veröffentlicht wurden, die bekannten Geschichten und Metaphern, die zentralen politischen Forderungen und die wesentlichen Entwicklungen vermischen. Sie reflektieren über die zapatistische Geschichte, Zukunftsperspektiven und neue Formen der Autonomie. Drei zusätzliche Elemente müssen hervorgehoben werden. Erstens: Das politische Ideal bleibt der rote Faden des zapatistischen Diskurses und der zapatistischen Organisation, die sich in vierzig Jahren voller Erfolge und Misserfolge entwickelt hat. Zweitens sind diese Veränderungen das Ergebnis eines kritischen Prozesses, bei dem frühere Regierungsstrukturen und ihre Fähigkeit, mit den heutigen Herausforderungen wie Repression, Gewalt und organisierter Kriminalität umzugehen, in Frage gestellt wurden. Drittens ist die Struktur zukunftsorientiert, die Kommuniqués erzählen sie anhand der Geschichte eines jungen Mädchens, das in 120 Jahren auf zapatistischem Gebiet geboren wird.

Die Auswirkungen der Reform sind ungewiss. Die Zapatistas stellen sie als einen Versuch dar, das Überleben und die Entwicklung der Gemeinden in einem unbeständigen Umfeld zu sichern und die Aufrechterhaltung des mandar obedeciendo zu gewährleisten. Die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag Ende Dezember 2023, bei denen die Zapatista die Unterzeichner*innen der »Erklärung für das Leben« von 2021 in ihren Territorien willkommen hießen, markieren das Ende eines Zyklus und den Beginn eines neuen.

Die neue Autonomiestruktur ist Teil der Entwicklung und Umsetzung von Modellen, die glaubwürdige Alternativen zum hegemonialen Kapitalismus bieten. Sie ist auch ein Beleg für die katastrophale sozioökonomische und sicherheitspolitische Lage im Südosten Mexikos. Diese ist das Ergebnis einer von privaten Interessen getragenen Politik, die Ungleichheiten, Gewalt und organisierte Kriminalität verstärkt. Während die zapatistischen Gemeinden seit langem der mexikanischen Politik misstrauen, könnten die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen die Art und Weise, wie der Krieg mit geringer Intensität geführt wird, beeinflussen und zu noch mehr Instabilität und Gewalt führen.

► **Thomas Bobo** promoviert an der Universität Birmingham. Er untersucht den Umweltdiskurs in Bürgerkriegen am Beispiel der Zapatista und war im November 2023 in Chiapas.

Die Qual der Wahl

Der Esequibo-Konflikt und die venezolanische Innenpolitik

Venezuelas Regierung erhebt Anspruch auf die Esequibo-Region des Nachbarlands Guyana. Dabei geht es vor allem um Innenpolitik. Denn dieses Jahr stehen Präsidentschaftswahlen an. Regierung, Opposition und die USA streiten darüber, unter welchen Bedingungen.

von **Tobias Lambert**

► Für kurze Zeit wirkte es Ende vergangenen Jahres so, als stünden Venezuela und Guyana kurz davor, einen Krieg zu beginnen. Nach einem umstrittenen Referendum, in dem Venezuela Ansprüche auf das Esequibo-Gebiet erhob, hatte das venezolanische Parlament Anfang Dezember ein Gesetz verabschiedet, das die Schaffung des Bundesstaats »Guayana Esequiba« vorsieht. Mitte Dezember jedoch vereinbarten Venezuelas Präsident Nicolás Maduro und der guyanische Präsident Irfaan Ali einen Gewaltverzicht.

Mit Ausnahme einer Flussinsel wird das dünn besiedelte und 160.000 Quadratkilometer große Esequibo-Gebiet (etwa so groß wie Tunesien) von Guyana verwaltet. Es macht etwa zwei Drittel von dessen Staatsgebiet aus. Die knapp 130.000 Einwohner*innen, darunter viele Indigene, spielen in dem alten Konflikt bislang kaum eine Rolle. Einst gehörte die Region zum spanischen Kolonialreich. Guyana beruft sich darauf, dass ein Schiedsgericht die Esequibo-Region 1899 der damaligen Kolonie British Guyana zusprach. Venezuela pocht hingegen auf den »Vertrag von Genf« aus dem Jahr 1966. Darin erkannte Großbritannien kurz vor der Unabhängigkeit Guyanas an, dass der Konflikt durch Verhandlungen gelöst werden solle. An Brisanz gewann die Frage ab 2015, als ein Konsortium um den US-Konzern ExxonMobil große Erdölvorkommen vor der Küste des Esequibo entdeckte und Guyana dem Unternehmen Förderlizenzen erteilte.

Ein Wahlmanöver

► Ende Dezember hielt Venezuela eine Militärübung entlang der Grenze zum Esequibo ab. Zuvor hatte Großbritannien zur Unterstützung Guyanas ein Kriegsschiff in die Region geschickt. Und auch die US-Regierung steht hinter Guyana. Aber dass der Konflikt nun militärisch eskaliert, ist unwahrscheinlich. Zwischen Venezuela und dem Esequibo gibt es bislang nicht einmal eine direkte Straßenverbindung. Der einzige Weg verläuft über brasilianisches Staatsgebiet.

Zum guten Teil geht es in dem Konflikt um venezolanische Innenpolitik. Denn dieses Jahr sollen verfassungsgemäß die Präsidentschaftswahlen stattfinden. Mit dem Referendum und den Gebietsansprüchen scheint Maduro ein Thema gefunden zu haben, mit dem er die Venezolaner*innen im Wahlkampf mobilisieren will. Die venezolanischen Gebietsansprüche sind innerhalb des Landes weitgehend unumstritten – und über einen außenpolitischen Gegner spricht es sich im Wahlkampf leichter als über innenpolitische Probleme.

Ein Thema, mit dem sich die Wähler*innen mobilisieren lassen, hat Maduro zudem dringend nötig: Die Zustimmungswerte zu seiner Politik sind durchgehend niedrig. Im vergangenen Oktober sah es zunächst so aus, als würden die kommenden Präsidentschaftswahlen unter breit akzeptierten, transparenten Bedingungen stattfinden. Darauf deutete zumindest das Abkommen hin, welches die Regierung und das rechtsgerichtete Oppositionsbündnis »Plataforma Unitaria Democrática« in Barbados unterzeichneten. Die Vereinbarungen beruhen auf diskreten Vorverhandlungen zwischen Venezuela und der US-Regierung.

Das Abkommen sieht vor, dass die Präsidentschaftswahl in der zweiten Hälfte dieses Jahres durchgeführt werden soll. Die politischen Lager bestimmen ihre jeweiligen Kandidaturen demnach nach eigenen Regeln und setzen sich beim Nationalen Wahlrat (CNE) gemeinsam für umfassende Wahlgarantien und eine glaubhafte Wahlbeobachtung ein. Beide Seiten erklären, dass sie die Wahlergebnisse öffentlich anerkennen werden. Darüber hinaus geht es um einen respektvollen öffentlichen Diskurs, Gewaltverzicht und den gleichberechtigten Zugang zu den Medien. Seitens der Opposition gab es vereinzelt Kritik an dem Abkommen. So spielte dort etwa die zukünftige Besetzung staatlicher Institutionen keine Rolle. Auch die vergangenen juristischen Eingriffe in die Führung mehrerer Parteien (darunter auch der Kommunistischen Partei Venezuelas) wurden nicht thematisiert. Die Regierung unterbindet systematisch die Möglichkeit, dass linke regierungskritische Parteien bei Wahlen antreten, um die eigene Reihen geschlossen zu halten. Aber trotz der Kritik handelt es sich um das weitreichendste Abkommen zwischen Regierung und Opposition seit dem Amtsantritt von Nicolás Maduro 2013.

Zaghafte Fortschritte

► In den vergangenen Jahren waren mehrere Dialogversuche zwischen der venezolanischen Regierung und Opposition auch an der Haltung der USA gescheitert, die an umfassenden wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Land festhielten. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist man in den USA jedoch wieder am Import venezolanischen Öls interessiert. Unmittelbar nach dem Abkommen von Barbados lockerte die US-Regierung die Sanktionen deutlich. Sowohl der Handel als auch Investitionen in Erdöl, Gas und Gold waren zunächst temporär wieder erlaubt, solange sich die venezolanische Regierung an die vereinbarten Schritte hält. Die US-Regierung erhielt zudem die Erlaubnis, Abschiebeflüge aus den USA nach Venezuela durchführen zu können.

Wenige Monate später gilt das Abkommen von Barbados vielen bereits als gescheitert. Zwar gab es zunächst zaghafte Fortschritte bei der Umsetzung, wie etwa bei der Frage der Freilassung inhaftierter US-Bürger und einiger politischer Gefangener. Ein Wahltermin jedoch stand bis Ende Januar noch nicht fest. Und die oppositionelle Wunschkandidatin darf bei den Wahlen gar nicht antreten. Ein Großteil der Regierungsgegner*innen hat sich um die Rechtsaußen-Politikerin María Corina Machado gesammelt. Am 22. Oktober hatte diese eine von der Opposition selbst organisierte Vorwahl ohne ernstzunehmende Konkurrenz gewonnen.

Allerdings ist Machado derzeit für alle öffentlichen Ämter gesperrt. Derartige Antrittsverbote kann der Rechnungshof in Fällen von

Nicht zur Wahl zugelassen: Die rechte Oppositionelle María Corina Machado | Foto: Alexcocopro CC BY-SA 4.0

Korruption oder der Veruntreuung öffentlicher Gelder ohne Gerichtsbeschluss verhängen. In der Praxis setzt die Regierung dieses Instrument willkürlich ein. Davon betroffen sind nicht nur Politiker*innen der rechten, sondern auch der linken Opposition. Machado zählt seit über zwanzig Jahren zum rechten Rand der Opposition, hat sich in den vergangenen Jahren offen für eine US-Militärintervention in Venezuela ausgesprochen und will vor allem staatliche Unternehmen privatisieren. Seit Beginn von Maduros Präsidentschaft stand sie für den konfrontativen Flügel der Opposition, der (teils gewalttätige) Straßenproteste der Teilnahme an Wahlen vorzog.

Opposition vor einem Dilemma

► In dem Abkommen von Barbados heißt es, dass alle Kandidat*innen, die »die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen«, an den kommenden Wahlen teilnehmen dürften. Die Regierung machte zwar wiederholt deutlich, dass bestehende Antrittsverbote weiter gelten. Dennoch einigten sich Regierung und Opposition Ende November auf ein Verfahren, um diese zu prüfen, nachdem die US-Regierung Fortschritte bei der Umsetzung des Abkommens angemahnt hatte. Das Verfahren sah vor, dass alle, die ihr Antrittsverbot prüfen lassen wollen, einen Antrag beim Obersten Gericht (TSJ) stellen müssen. Die Antragsteller*innen müssen aber erklären, Verfassung und Institutionen anzuerkennen, auf Gewalt zu verzichten, die Interessen des Landes zu verteidigen und das Urteil des TSJ zu akzeptieren.

Entgegen vorheriger Ankündigungen erschien Machado am 15. Dezember aber vor dem Obersten Gericht, um das Antrittsverbot überprüfen zu lassen. Ende Januar dann bestätigte das Gericht die Antrittsverbote für Machado und den ebenfalls prominenten Oppositionspolitiker Henrique Capriles. Zudem geht die Generalstaatsanwaltschaft wegen angeblicher Destabilisierungspläne juristisch gegen das Umfeld Machados vor. Die USA setzten als Reaktion darauf bereits die Sanktionen im Goldsektor wieder ein und drohten damit, auch die Sanktionen im Erdölsektor zu erneuern, sollte es bis April keine Fortschritte zu transparenten Wahlen geben. Die venezolanische Regierung droht ihrerseits damit, die Abschiebeflüge aus den USA nach Venezuela wieder zu verbieten.

> Einige befürchten, dass sich Machado als Gegenkandidatin verrennt

Die Opposition steht bei der Kandidatinnenfrage nun vor einem Dilemma. Um doch noch an den Wahlen teilnehmen zu können, will Machado gesellschaftlichen und internationalen Druck aufbauen. Tatsächlich befürchten nicht wenige, dass Machado sich verrennt und die Regierungsgegner*innen am Ende ohne aussichtsreiche Kandidatur dastehen. Die venezolanische Regierung kalkuliert offensichtlich darauf, ihre Gegner*innen erneut zu spalten. Es ist denkbar, dass sie den Wahltermin nun möglichst zeitnah ansetzt, um die Opposition zu überrumpeln. Diese braucht dringend einen Plan B. Sie muss wohl auf weniger bekannte Kandidat*innen setzen und versuchen, bis zur Wahl die bestmöglichen Bedingungen auszuhandeln. Mit dieser Strategie gewann die Opposition bei den letzten Regionalwahlen den Gouverneursposten im für den Chavismus symbolisch wichtigen Bundesstaat Barinas. Im Falle eines Teilboykotts der Wahl würde Maduro ziemlich sicher wiedergewählt. Die oppositionelle und internationale Strategie, die Präsidentschaftswahlen zu delegitimieren und im Anschluss daran eine US-gestützte Parallelregierung einzusetzen, scheiterte bereits in den Jahren nach 2018.

► **Tobias Lambert** arbeitet als freier Autor, Redakteur und Übersetzer überwiegend zu Lateinamerika. Seit Jahren beschäftigt er sich intensiv mit Venezuela.

Die Angst geht wieder um

What is straight? A line can be straight,
or a street, but the human heart,
oh, no, it's curved
like a road through mountains.

Tennessee Williams

Noch nie war eine Altersgruppe so wenig heteronormativ. Laut Umfragen der letzten Jahre bezeichnen sich 15 bis 39 Prozent der Gen Z als queer. In Politik, Literatur, Wissenschaft, Serien, Popkultur oder Arbeitswelt: Queerness ist präsent wie noch nie. Und das gilt bei weitem nicht nur für westliche Popkultur – im Krieg gegen die Ukraine etwa kämpfen Queers explizit sichtbar gegen Russland (Seite 40). Queere Beziehungsformen, Lebensentwürfe und Identitäten gehören zunehmend zum sichtbaren Leben.

Das gefällt nicht allen. Die globale Rechte holt schon länger zum Backlash aus; religiöse Fundamentalist*innen fabulieren von Sünde, Frühsexualisierung und Sittenverfall; Sexist*innen und Homofeind*innen aller Couleur mobilisieren bürgerliche Ängste für queerfeindliche Kampagnen: Die Familie sei in Gefahr, das Volk sterbe aus, queere Wokeness und Identitätspolitik würden den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen, die ‚Trans-Lobby' mache Kinder queer usw.

Besonders drastisch manifestiert sich dies derzeit in den USA. In vielen Staaten wurde in den letzten Jahren Sexualaufklärung zu queeren Themen kriminalisiert, unliebsame Bücher werden aus Bibliotheken entfernt und der rechte Mob attackiert queere Veranstaltungen wie etwa Auftritte von Dragqueens. Besonders im Fokus der Angriffe stehen trans Personen: Mehrere republikanisch geführte Staaten haben Änderungen an offiziellen Dokumenten verboten – so können Geschlechtseinträge nicht geändert werden. Gender-Affirming Care wie etwa Hormontherapien (die nicht nur von trans Personen in Anspruch genommen werden) ist aktuell in 15 Bundesstaaten massiv eingeschränkt. Mit sogenannten »Bathroom Bills« wird die Nutzung öffentlicher Toiletten reglementiert – ein Gesetz aus Florida ermöglicht gar die Verhaftung von trans Personen, wenn sie die zu ihrer Geschlechtsidentität passende Toilette benutzen.

In Kiambu in Kenia wiederum bestätigte ein Gericht die Entscheidung, eine Schülerin von der Schule zu verweisen. Das Gericht war der Auffassung, die Schule sei berechtigt, der Schülerin aufgrund ihrer sexuellen Orientierung – sie hatte geäußert, dass sie lesbisch sei – einen Verstoß gegen die Schulordnung vorzuwerfen.

Diese Entwicklungen sind nicht neu, wurden aber lange unterschätzt. Im Globalen Norden schien es einen beständigen (wenn auch in Teilen langsamen) Fortschritt in Bezug auf die Rechte von Frauen und queeren Menschen zu geben. Nun zeigt sich deutlich: Dieser Fortschritt ist nicht unumkehrbar. In den USA wurde das Recht auf Abtreibung gekippt, in Großbritannien wurde die trans Teenagerin Brianna Ghey von ihren Mitschüler*innen ermordet. Und was eine Regierungsbeteiligung der AfD für queere Menschen in Deutschland bedeuten würde, will man lieber nicht herausfinden. Die Angst geht wieder um. An vielen Orten war sie nie weg.

In Afrika kriminalisieren 31 Länder einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen, obwohl dies in klarem Widerspruch zu den von der Afrikanischen Union sowie international etablierten Menschenrechtsstandards steht. Weltweit sind es 61 Länder. In Uganda, wo gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen bereits verboten waren, hat sich 2023 die Situation mit der Verabschiedung des drakonischen Anti-Homosexualitätsgesetzes weiter verschlimmert (Seite 38). Es sieht unter anderem die Todesstrafe für »schwerwiegende Homosexualität« und eine Gefängnisstrafe für die Unterstützung von Homosexualität vor. Das Inkrafttreten des Gesetzes hat zu Gesetzinitiativen in mehreren anderen afrikanischen Ländern geführt, deren Inhalte ähnlich formuliert sind.

Auch Amnesty International stellt in einem Bericht vom Januar 2024 fest, dass Queers in ganz Afrika mit einem beängstigenden Rückschritt bezüglich LGBTIQ-Rechten konfrontiert sind – bis hin zur absoluten Leugnung ihrer Existenz. Die NGO beobachtet einen beängstigenden Anstieg an homophoben Einstellungen, Handlungen und Gesetzen. Und betont auch, dass sich in diesen Entwicklungen ein weltweiter Angriff auf die Rechte von Queers spiegelt. Angetrieben wird dieser von einer zunehmend einflussreichen Anti-Gender-Bewegung – auch und gerade im Globalen Norden (Seite 21).

In diesem Dossier schauen wir darauf, wie queere Menschen weltweit mit dem Angriff auf ihre Existenz umgehen, wie und wofür sie kämpfen und Widerstand leisten. Aber auch auf das, was sie bisher erreicht haben. Unsere Autorin aus Teheran schildert, wie es trotz massiver Repression auch in Iran Hoffnungsschimmer gibt (Seite 24). Das LGBTIQ-Center Tel Aviv schreibt zu seiner Neueröffnung über Erfolge der queeren Bewegung in Israel (Seite 32) und die NGO Caucasus Crisis Group berichtet im Interview von Evakuierungen bedrohter Queers aus dem Nordkaukasus (Seite 26). In diesem Sinne minimal zuversichtlich gestimmt …

die redaktion

Das iz3w dankt dem Gunda-Werner-Institut der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V. für die Förderung dieses Dossiers.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
GUNDA WERNER INSTITUT

Angst vor dem Mob: Liz (Rose Njenga) sorgt sich um sich und ihre Partnerin

Filmstill aus »Stories of Our Lives«, 2014
© The Nest Arts Company Limited

Globalisierter Backlash

Queerfeindlichkeit und Antifeminismus verbinden autoritäre Bestrebungen weltweit

LGBTIQ-Rechte und feministische Errungenschaften stehen derzeit in vielen Ländern im Zentrum nationalistischer, konservativer und extrem rechter Angriffe und Kampagnen. Antifeminist*innen sind global durch ihr Bestreben nach Durchsetzung einer vermeintlich ‚natürlichen Ordnung' verbunden. Das steht im Widerspruch zu Menschenrechten und Demokratisierungsbestrebungen.

von **Judith Goetz** und **Stefanie Mayer**

► Die Feindbilder Queerness und Feminismus funktionieren weltweit: Von Russland, das an der LGBTIQ-Bewegung ‚westliche Dekadenz' bekämpft (Seite 26 und 40) und damit auch den Überfall auf die Ukraine legitimiert, über Ghana, wo Sexualerziehung an Schulen zur Bedrohung der Nation stilisiert wird, oder Ecuador, wo konservative Katholik*innen mit Evangelikalen gemeinsame Sache gegen alles machen, was ihrer Vorstellung von angeblich ‚natürlichen' Familien widerspricht. Auch wenn sich konkrete Äußerungsformen sowie politische Zielsetzungen unterscheiden und einzelne Hass-Kampagnen stets in ihren lokalen Kontexten verstanden werden müssen, zeigen sich auch viele Gemeinsamkeiten. Zentral ist dabei der Diskurs um eine angebliche ‚Gender-Ideologie', der in den 1990er-Jahren im Vatikan entwickelte wurde. An diesem lässt sich zeigen, wie einige dieser transnationalen diskursiven Muster mit je unterschiedlichen Nationalismen und/oder autoritären politischen Projekten verbunden werden.

Die Erfindung der ‚Gender-Ideologie'

► Geprägt wurde der Begriff ‚Gender-Ideologie' als antifeministischer Kampfbegriff Mitte der 1990er-Jahre vom Vatikan in Reaktion auf die Integration des Gender-Konzepts in die Abschlussdokumente der UN-Konferenzen in Kairo 1994 und Beijing 1995. Die Themen, die den Vatikan und seine Verbündeten dabei bewegten, waren keineswegs neu – im Vordergrund standen Angriffe auf sexuelle und reproduktive Rechte, konkret besonders Abtreibung und Homosexualität. Neu war allerdings der Fokus auf den Begriff Gender, der zu einem Werkzeug der Zerstörung ‚natürlicher' Geschlechter(ordnungen) und ‚der Familie' umgedeutet wurde. Neu war auch die offensive Positionierung des Vatikans, der sich als wahrer Vertreter *der* Frauen, insbesondere der Frauen aus der sogenannten Dritten Welt, sowie als Kämpfer gegen eine vermeintliche Übermacht feministischer NGOs, westlicher Regierungen und der UN-Bürokratie zu positionieren versuchte. Die heute in antifeministischen Mobilisierungen gängigen Verschwörungsnarrative nahmen hier ihren Ausgangspunkt.

Es wird zudem bereits deutlich, warum diese Modernisierung des Antifeminismus den Hass auf queere Personen notwendig einschließt: Mit der Ablehnung von Gender rückte die (Re-) Etablierung starr binär gedachter Zweigeschlechtlichkeit ins Zentrum – Frauen und Männer seien ‚von Natur aus' gegensätzlich und würden sich daher in ihren Eigenschaften und ihren Aufgaben ergänzen, so das Credo. *Alle* Menschen, die dieser heteronormativen und patriarchalen Vorstellung einer einzigen möglichen Form von Geschlechtlichkeit widersprechen, gelten daher als Vertreter*innen der verhassten ‚Gender Ideologie' – zentral trifft das trans und nicht-binäre Personen, aber auch homosexuelle cis Personen und emanzipierte Heteras, die traditionelle Erwartungen an Frauen verweigern. Der Diskurs der ‚Gender-Ideologie' betreibt in gewisser Weise eine Umkehrung queerfeministischer Analysen, die den Zusammenhang von Geschlecht und Sexualität dekonstruierten, und setzt dagegen

eine (Re-)Naturalisierung eben dieses Zwangsverhältnisses, das im nächsten Schritt zur Grundlage von Gesellschaft überhaupt erklärt wird. Antifeminismus beinhaltet daher immer auch Queerfeindlichkeit.

Bis in die erste Hälfte der 2000er-Jahre wurde die Position der katholischen Kirche in einer Reihe von Schriften gefestigt, die zunächst in konservativ-katholischen und evangelikalen Kreisen auf Widerhall stießen. 2004 erreichte sie mit dem »Schreiben an die Bischöfe der katholischen Kirche über die Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Kirche und in der Welt« erstmals eine breitere internationale Öffentlichkeit. Christliche Organisationen, wie etwa das internationale Netzwerk *World Congress of Families*, sowie eine Vielzahl einschlägiger Lobbygruppen, NGOs und Kampagnenplattformen spielten und spielen bis heute eine wesentliche Rolle für die transnationale Verbreitung der antifeministischen und queerfeindlichen Ideen.

Die zweite Hälfte der 2000er-Jahre brachte jedoch eine wichtige Neuerung: Die säkulare extreme Rechte ‚entdeckte' den Diskurs der ‚Gender-Ideologie' für sich. Mit Publikationen des FAZ-Autors Volker Zastrow (2006) und der österreichischen FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz (2008) vollzog sich beispielsweise im deutschsprachigen Raum eine Säkularisierung und Zuspitzung des bis dato christlichen Diskurses – ein Wandel, der sich auch in anderen Teilen der Welt beobachten lässt. Aus ‚Gott' und ‚Schöpfung' wurde nun ‚Natur'. Der angeblich drohende Verfall christlicher Werte avancierte zur vermeintlich drohenden demographischen Katastrophe. Hier wird auch deutlich, warum der Anti-Gender-Diskurs solche Anziehungskraft auf rechtsextreme Akteur*innen ausübt: Mit ihm lässt sich die alte rassistische, antisemitische und sozialdarwinistische Bevölkerungspolitik sprachlich neu verpacken. Die Politisierung, Reglementierung und Kontrolle der Fortpflanzung im Dienste der ‚Volksgemeinschaft' lässt sich als ‚Verteidigung unserer Familien' gegen den drohenden Zerfall der ‚natürlichen Ordnung' – herbeigeführt durch Feminist*innen, trans Personen, die ‚Homo-Lobby' und andere fantasierte Mächte – rebranden.

Der hier in aller Kürze beschriebene neuere Antifeminismus ist daher heute als Allianzprojekt erzkonservativer, religiös-fundamentalistischer und säkularer extrem rechter Akteur*innen anzusehen. Er erweist sich jedoch mit seiner Berufung auf die vermeintliche ‚Natur' der Geschlechter und die sogenannte ‚Tatsache' der Zweigeschlechtlichkeit als anschlussfähig für angebliche Gewissheiten, die auch tief im Alltagsverstand vieler Menschen verankert sind.

Von der Familie zur Nation

► Erster Bezugspunkt des hier beschriebenen Anti-Gender-Antifeminismus ist die heteronormativ-patriarchale Kleinfamilie, in der die ‚natürliche' Ordnung der Geschlechter gelebt und tradiert wird. Insbesondere in ihrer säkularisierten Version ist diese Familie allerdings Mittel zum Zweck: Für autoritäre Bewegungen und Regime quer über den Globus nimmt sie in ihrer Funktion als Schnittstelle von biologischer (Geburtenrate) und symbolischer (Werteordnung) Reproduktion der autochthonen Bevölkerung eine zentrale Rolle ein. Die Familie ist damit nicht so sehr ein Wert an sich – wie im christlichen Konservativismus – sondern vor allem Vehikel zur Reproduktion der ‚reinen' Nation. Über den Scharnierbegriff der Familie finden damit nicht nur religiöse und säkulare rechte Akteur*innen zusammen, es werden auch antifeministische, queerfeindliche und (ethno-)nationalistische Diskurse verzahnt.

Wie schon die einleitenden Beispiele andeuten: Der aktuelle Antifeminismus ist ein vielgestaltiges Phänomen, das von unterschiedlichen Akteur*innen mit der jeweiligen politischen Agenda verbunden wird. Dementsprechend unterschiedlich fällt auch die Verknüpfung zu unterschiedlichen Nationalismen aus. Die Bandbreite reicht von den rechtsextremen Terroristen der letzten Jahre (etwa die Täter von Christchurch, El Paso oder Halle), die neben Antisemitismus und Rassismus immer auch Antifeminismus als Motiv nannten, über Anti-EU-Positionen, die sich gegen die – angeblich ‚durch Brüssel aufgezwungene' – gesellschaftliche Liberalisierung wenden, bis hin zur hinduistisch-nationalistischen Regierungspartei BJP in Indien, die in ihrer anti-muslimisch rassistischen Agitation eine ganz ähnliche Rhetorik bedient. Die Reihe ließe sich noch lange fortsetzten. Und während jedes Beispiel in seinem eigenen gesellschaftlichen Kontext zu analysieren wäre, können doch deutliche Gemeinsamkeiten in der starken Ablehnung von Gender sowie der geschlechts- und sexualitätsbezogenen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken festgestellt werden.

Verbotenes Begehren auf einer Farm in Kenia | Filmstill aus »Stories of Our Lives«, 2014
© The Nest Arts Company Limited

Im Kontext nationalistischer Politik gewinnen diese Feindbilder besondere Brisanz, denn die angebliche ‚Gender-Ideologie' wird nicht einfach als (abzulehnendes) politisches Projekt beschrieben, sondern von antifeministischen Akteur*innen als existenzielle Bedrohung imaginiert. Bereits in ihrer religiösen Form sprechen Anti-Gender-Diskurse von einem Angriff auf den Menschen, dem – so der Vorwurf – mit dem Mann- beziehungsweise Frau-Sein auch das Mensch-Sein abgesprochen werde. In der Verknüpfung mit nationalistischen Positionen wird daraus ein Angriff auf die Nation, die

in ihrer Essenz bedroht werde. So wird etwa die Frage, was Kinder welchen Alters über Sexualität lernen sollten, von einem bildungs- und gesellschaftspolitischen Detail zu einer nationalen Überlebensfrage. Oder der Schwangerschaftsabbruch wird von einer medizinischen Leistung zu einem zentralen Marker politischer Identität. Das permanente Erzeugen von Dringlichkeit durch die Konstruktion einer existenziellen Bedrohung dient nicht zuletzt der Legitimation von Aggression und Gewalt, wie die oben angesprochenen Beispiele rechtsextremer Anschläge in besonderer Deutlichkeit vor Augen führen. Neben den rassistisch und antisemitisch definierten ‚Anderen' sind es daher auch emanzipierte Frauen, LGBTIQ-Personen – kurz alle, die der heteronormativ-patriarchalen Norm widersprechen – die besonders durch antifeministische Nationalismen bedroht sind.

Antikoloniale Rhetorik

► Sogenannte westliche Gesellschaften spielen sowohl bei der Erfindung als auch der Verbreitung antifeministischer Denkmuster eine entscheidende Rolle. Es sind vor allem christliche Akteur*innen und deren Netzwerke aus Europa sowie den USA, die diese reaktionären Ideologien ausbuchstabieren und die argumentativen Blaupausen liefern, welche dann in die restliche Welt exportiert werden. Quer über den Globus nutzen unterschiedliche Spektren – von religiös motivierten Akteur*innen, über Anhänger*innen von Verschwörungsmythen bis hin zu rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien – ähnliche antifeministische Strategien. Gender wird, wie bereits beschrieben, als ‚Ideologie' delegitimiert und als Bedrohung für traditionelle Familienkonzepte, Heteronormativität und für daraus abgeleitete binäre und komplementäre Gender-Vorstellungen dargestellt. Diese gefährdet angeblich – je nach Kontext – entweder die vermeintlich göttliche Ordnung oder die angeblich natürliche Konstitution der Gesellschaft. In postkolonialen Kontexten zeigt sich zudem, dass entsprechende Diskurse zwar aus dem Westen übernommen, jedoch häufig in eine antiwestliche Rhetorik verpackt werden.

Die Frontstellung gegen ‚den Westen' und vermeintlich westliche Importprodukte wie (Queer-)Feminismus fungierte hierbei als eine zentrale Triebfeder antifeministischer Politiken. Dies wird sowohl von religiösen als auch politischen Akteur*innen in ihre jeweiligen antifeministischen und queerfeindlichen Erzählungen eingebettet, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Während im sogenannten Westen Antifeminist*innen Feminismus, Political Correctness und Queer-Theorien sowie LGBTIQ-Rechte nicht selten als Bedrohung von innen oder als schlechten ‚Import' liberaler Kräfte aus den USA betrachten, dominiert in Osteuropa in vergleichbaren Spektren die Vorstellung, sie seien ein ‚Diktat aus Brüssel'. In Russland werden dieselben Phänomene als Ausdruck des ‚dekadenten Westens', im globalen Süden als ‚koloniale Zumutung' verhandelt. Die antiwestlichen Rhetoriken teilen dabei die Vorstellung, dass eine – staatliche oder auch durch Lobby-Organisationen zusammengesetzte – teilweise internationale Elite ‚da oben' den Ton angibt und ‚uns', den einfachen Menschen, ihre (queer-)feministische und LGBTIQ-freundliche Weltanschauung ‚aufzwingen' würde.

Obgleich antifeministische Akteur*innen in postkolonialen Gesellschaften ihre diskursiven Strategien also großteils auf Denkmustern aufbauen, die sie aus Europa und/oder den USA ‚importieren', delegitimieren dieselben Personen (Queer-)Feminismus nicht selten mit der Behauptung, dass es sich dabei um ein westliches, koloniales Importprodukt handeln würde. Der ‚westlichen Kultur' wird die Glorifizierung der vermeintlich authentischen, nationalen Kultur gegenübergestellt. Feministische Ideen avancieren dabei zum Inbegriff ‚westlicher Werte'. So werden lokale (queer-)feministische Bewegungen unsichtbar gemacht und antifeministische Argumente mit antiwestlicher Rhetorik aufgeladen, die Feminismus und/oder Homosexualität als ‚fremd' und somit unvereinbar mit den jeweiligen vermeintlich traditionellen und nationalen Werten konstruiert. Diese werden dann wiederum gegen ‚westlichen' Feminismus und Liberalismus in Stellung gebracht.

> Der ‚westlichen Kultur' wird die vermeintlich authentische, nationale Kultur gegenübergestellt

Menschenrechte in Gefahr

► Anhand des vom Vatikan erfundenen antifeministischen Feindbilds beziehungsweise Verschwörungsmythos ‚Gender Ideologie' lässt sich die Modernisierung antifeministischer Ideologie nachzeichnen. Auch die Relevanz christlicher Akteur*innen aus Europa sowie den USA, die die argumentativen Blaupausen für transnationale antifeministische Argumentationsmuster und Strategien liefern, wird dabei sichtbar. Durch die Übernahme entsprechender Rhetoriken durch die säkulare extreme Rechte und ihre Einbettung in völkische Bedrohungs- und Untergangsfantasien konnten sich antifeministische Denkmuster weiterverbreiten und neue Allianzen geschaffen werden. In dieser extrem rechten und religiösen Sorge um Geschlechtervorstellungen und -identitäten werden antifeministische und queerfeindliche Anliegen mit nativistischer und nationalistischer Bevölkerungspolitik und konservativer Familienpolitik verbunden. Zusätzlich werden aus der beschworenen ‚natürlichen' Ordnung auch Normen für Sexualität und Begehrensformen abgeleitet.

Die aktuelle Gefahr, die von antifeministischen Politiken weltweit ausgeht, zeigt sich in der Gewaltförmigkeit antifeministischer Ideologie und in der direkten Anwendung von Gewalt gegen Feministinnen und LGBTIQ-Personen oder -Bewegungen, die beispielsweise die Form von Einschüchterungen, Gewaltfantasien und Bedrohungen annehmen. Sie kann aber auch von sogenanntem Corrective Rape bis hin zu organisierten Mordanschlägen reichen. Gerade, weil Antifeminismus auch eine wichtige Funktion innerhalb eines größeren Hegemonieprojekts rechter Akteur*innen zukommt, die auf den systematischen Umbau der Gesellschaft in ihrem Interesse abzielt (iz3w 396), stellen antifeministische Bestrebungen auch eine grundsätzliche Bedrohung für die demokratische Verfasstheit von Gesellschaften dar. Dadurch wird nicht zuletzt deutlich, dass Queerfeindlichkeit und Antifeminismus alles andere als eine bloße Reaktion auf Erfolge feministischer und LGBTIQ-Bewegungen sind. Sie dienen vielmehr als Mittel zur Durchsetzung einer auf aggressiver Heteronormativität und patriarchalen Geschlechterverhältnissen basierenden ‚natürlichen Ordnung', die sich insgesamt gegen Menschenrechte und Demokratisierungsbestrebungen richtet.

► **Judith Goetz** und **Stefanie Mayer** veröffentlichten 2023 den Sammelband »Global Perspectives on Anti-Feminism. Far-Right and Religious Attacks on Equality and Diversity«, der unter https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9781399505413/html#contents kostenlos heruntergeladen werden kann.

Das queere Paar Elham Choubdar und Zahra Sedighi Hamedani, die in Iran zu Tode verurteilt wurden | Foto: @SebastienTULLER

Eine Hochzeit, viele Hindernisse

Queere Menschen in Iran

In Iran ist Queerness lebensgefährlich. Traditionelle Vorurteile und mehr noch der ‚revolutionäre' Islamismus des Mullah-Regimes drängen queere Menschen in die Illegalität. Ein Hoffnungsschimmer ist die Protestbewegung unter der Losung »Frau, Leben, Freiheit« seit dem September 2022.

von **Azadeh H.**

► »In Iran gibt es keine Homosexuellen. Das ist nicht wie bei euch.« Dieser Satz des damaligen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschād im Jahr 2007 an der Columbia University ist vielleicht die bekannteste Aussage eines iranischen Politikers zur Homosexualität in Iran. Die Botschaft ist klar: Homosexuelle haben hier keinen Platz.

Das iranische Regime unterstützt diese Haltung gegen Homosexuelle bis heute – eine Änderung ist nicht in Sicht. Das zeigte sich bei einem Treffen von Revolutionsführer Ali Khamenei mit Frauen am 27. Dezember 2023 im Vorfeld der Parlamentswahlen 2024. Bei dem Treffen zur Vorbereitung des Frauen- und Muttertags verwies Khamenei auf die ‚Natur' der Frau und des Mannes. Beide dürften nichts gegen die eigene Natur vornehmen. Jene Männer und Frauen, die sich in ihrem Verhalten, ihrem Make-up, ihren Bewegungen und ihren Worten abweichend von diesem Bild verhalten, begingen Fehler. Sie müssten demgegenüber ihren religiösen Pflichten folgen. Dabei definierte Irans politisches und religiöses Oberhaupt Khamenei die Rolle der Frau als die der Ehefrau und Mutter.

Im iranischen Alltag werden queere Menschen angefeindet, diskriminiert und für krank erklärt. Homosexuelle Paare können nur im Verborgenen leben. In der Islamischen Republik Iran existiert ein islamisches Recht, welches auf der vorgeblich von Gott gesetzten Scharia basiert. Danach können in Iran Homosexuelle verhaftet, ausgepeitscht und sogar hingerichtet werden. Das gilt vor allem für den ‚passiven' Partner in einer schwulen Beziehung. Bei Lesben kann beiden Partnerinnen die Todesstrafe drohen.

Recht versus Liebe

► So verurteilte das Revolutionsgericht in der Stadt Urumia im September 2022 zwei lesbische Frauen mit dem Vorwurf »Korruption auf der Erde« zum Tode: die LGBTIQ-Aktivistin Zahra Sedighi Hamedani, bekannt als Sareh, und Elham Choubdar, beide aus der Provinz West-Azerbaijan. Die staatlichen Medien warfen den Frauen »Förderung von Homosexualität« und »Verschleppung der iranischen Frauen« vor. Sven Lehmann, Queer-Beauftragter der deutschen Bundesregierung, übernahm eine politische Patenschaft für Sareh. Unter dem Druck der internationalen Medien wurden die beiden Verurteilten später gegen Kaution aus der Haft entlassen. Nun postete Sareh im Dezember 2023 auf Instagram einige Bilder von sich in der Stadt Köln.

Die queere Gesellschaft in Iran wird sowohl vom Regime als auch in der Gesellschaft unterdrückt. Es heißt, dass der Westen offensiv Werbung für queere Menschen mache. Das sei eine neue Strategie, um die Menschen von ihrer Bestimmung zu entfremden und sie so zu kontrollieren. Auch innerhalb von sehr vielen Familien wird Queerness nicht toleriert und nonbinäre Genderidentitäten werden totgeschwiegen. Queere Menschen selbst sprechen nur anonym über ihre Probleme. Zu denen gehört es, eine Arbeitsstelle zu finden, wenn sie der Queerness verdächtigt werden. Die meis-

ten müssen ihre Identität auch gegenüber den Familien verheimlichen. Viele werden zwangsverheiratet. Es gibt keine genaue Zahl der Festgenommen und Hingerichteten. Das Regime verurteilt sie mit Vorwürfen wie »uneheliche Beziehungen«, »Förderung der Korruption« oder, wie im Fall von Sareh, der »Verschleppung der Frauen ins Ausland«.

Von der Situation queerer Menschen im Gefängnis berichtet die ehemalige politische Inhaftierte und Menschenaktivistin Atena Daemi. Man habe zum Beispiel eine inhaftierte Frau, die in einer Beziehung mit einer anderen Inhaftierten stand, zur Heirat mit einem Mann gezwungen. Die betroffene Frau musste den Bruder ihrer Freundin heiraten. Die Freundin selbst musste als Augenzeugin an der Hochzeit teilnehmen.

Eine Besonderheit in Iran ist, dass Transgender-Menschen gemäß einem Erlass, einer Fatwa des ersten Revolutionsführers Ayatollah Khomeini, eine Genehmigung zur Geschlechtsumwandlung beantragen können. Das ist für ein muslimisches Land einmalig und ähnelt der Anerkennung des »dritten Geschlechts« der sogenannten Hirjas in Pakistan und einigen südasiatischen Ländern (iz3w 390). Laut dem iranischen Familienschutzgesetz von 2012 muss die Geschlechtsumwandlung bei einem Familiengericht beantragt werden. Dem schließen sich medizinische und psychologische Untersuchungen an. Die Absicht hinter dieser Fatwa ist jedoch, die trans Personen von ihrer ‚Krankheit' zu heilen, indem Menschen operativ an die ‚richtige' Genderidentität angeglichen werden. Dementsprechend bewerten viele LGBTIQ-Aktivist*innen den Eingriff auch als Zwangsoperation.

Queere Menschen besprechen ihre Probleme nur anonym

Es gibt Beispiele für Geschlechtsumwandlungen, die öffentliche Bekanntheit erlangt haben. Die ehemalige Schauspielerin Shohreh Lorestani und zugleich heutiger trans Schauspieler Maziar Lorestani ließ sich operieren und gab das bekannt. Nun trägt er Bart, hat einen neuen Ausweis und teilt seine Geschichte in den sozialen Medien.

Eine frühe Geschichte der Schwulenehen ...

► Homosexualität und Liebe zum gleichen Geschlecht haben eine lange Geschichte in der persischen Literatur, von der Antike bis zur Gegenwart. Schon der bekannte persische Dichter und Mystiker Hafez schrieb im Mittelalter Gedichte über die Liebe zwischen Männern. Das Thema ist aber gleichzeitig schon lange ein Tabu in der Gesellschaft. Selbst die Liebe zwischen zwei Männern in der klassischen Literatur wird dann als abstrakte Liebe zu Gott in der Mystik interpretiert.

Viel später und kurz vor dem Regimewandel zur Islamischen Republik Iran fand im Februar 1978 im Commodore Hotel, nahe der ehemaligen US-Botschaft in Teheran, eine erste Gay Marriage statt. Bijan Saffari und sein Freund Sorab Mahvi, beide Architekten beim Teheraner Niavaran-Palastkomplex, heirateten. Die spätere Ehefrau des herrschenden Schahs Pahlavi, Farah Diba, schickte ihre Glückwünsche. Viele andere Prominente nahmen an der Hochzeit teil. Wenngleich die Hochzeit nicht registriert wurde, hat sie angeblich ein Mullah abgenommen. Andere Quellen, etwa die Toghif und Ferdowsi Zeitschrift behaupten gar, dass die erste Gay-Marriage bereits neun Jahre zuvor stattgefunden habe.
Der Architekt Bijan Saffari war als Maler bekannt und war der Designer des Daneshjoo Parks in Teheran. Bis heute ist der Park ein Treffpunkt für Schwule oder trans Menschen. In breiten Teilen der Bevölkerung stieß so eine gleichgeschlechtliche Ehe auf Ablehnung. Auch in den Dokumenten des SAVAK, des Geheimdienstes vom Schah, wurde gefordert, die Echtheit dieser Ehe zu prüfen. Die Volksmudschahedin und die kommunistische Tudeh-Partei kritisierten die Schwulenehe scharf.

... und eine queere Zukunft?

► Shadi Amin ist die bekannteste iranische LGBTIQ-Aktivistin. Sie lebt in Frankfurt offen lesbisch und hielt ihre erste Rede über Homosexualität in Iran 1997 in Berlin. Sie ist die Direktorin des iranischen Lesben- und Transgender-Netzwerks 6Rang[1], welches queere Aktivist*innen wie Sareh unterstützt. 6Rang betreibt Aufklärung und teilt auf Instagram Informationen über Queers. Dafür ist sie in den sozialen Medien harten Anfeindungen ausgesetzt.

Aber es gibt eine Gegentendenz. Bei der großen Protestbewegung, nach dem gewaltsamen Tod von Mahsa Amini im September 2022, glühten Hoffnungsfunken für mehr Unterstützung von LGBTIQ-Rechten auf. Dagegen verbrannten im November 2022 Regimeanhänger vor der britischen Botschaft in Teheran Regenbogenfahnen. Sie protestierten gegen die oppositionellen iranischen Medien in England, die eine wichtige Rolle bei den Protesten spielten. Die LGBTIQ-Communitiy forderte in einem offenen Brief an den englischen Prime Minister, dass Teheran zu den verbrannten Regenbogenfahnen Stellung nehmen müsse. Und ein paar Tage später sieht man in Protestvideos Demonstrant*innen in Iran mit Regenbogenfahnen in der Hand.

In einem Manifest[2], veröffentlicht im Dezember 2022 und unterzeichnet von 70 LGBTIQ-Aktivist*innen in Iran, Afghanistan und anderen Orten, wird die Änderung der politischen und gesellschaftlichen Situation der Queers in der Gesellschaft gefordert, da sie neben der Geschlechterapartheid schlimmste Diskriminierung erleben. Die aktuelle Revolution in Iran gebe ihnen die Hoffnung für diese Veränderung.

Die heutige junge Generation, die in den sozialen Medien aktiv ist, lässt sich nicht mehr so leicht von der Propaganda des Regimes beeinflussen. Junge Menschen kleiden sich, ob Junge oder Mädchen, oft wie sie wollen. Sie haben weniger Angst vor der Familie oder dem Regime. Für die meisten von ihnen gibt es weniger Tabus als früher. Viele akzeptieren ihre Freund*innen wie sie sind. Die Mahsa-Amini-Bewegung mit ihrer Losung »Frau, Leben, Freiheit« zeigt, wie mutig diese Generation ist, die für sich selbst entscheiden will. So gibt es Hoffnung, dass sich die Situation der Queers zumindest gesellschaftlich verändert, also dass die Gesellschaft queere Personen akzeptiert und als Mitbürger*innen wahrnimmt.

Anmerkungen

1 Übersetzt: sechs Farben. https://6rang.org/english/about-us/

2 Auf Farsi: کنشگران کوییر در مانیفستی خطاب به اپوزیسیون ایران مطالبات انقلابی این جامعه را مطرح کردند

► **Azadeh H.** lebt in Teheran.

»Verhaftungen, Folter und Gefängnisaufenthalte sind an der Tagesordnung«

Interview mit der NGO North Caucasus Crisis Group

Die North Caucasus Crisis Group unterstützt und evakuiert Personen aus Provinzen in der Nordkaukasus-Region, primär aus den russischen Republiken Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan. Dort ist das Leben für queere Menschen oft noch gefährlicher als in anderen Provinzen Russlands.

iz3w: *Wie ist die Situation für Queers und Frauen im Nordkaukasus? Welchen Schwierigkeiten sind sie ausgesetzt?*
NC SOS Crisis Group: Die Probleme fangen schon damit an, dass sich die Betroffenen nicht frei äußern können. Sie müssen ein Leben im Verborgenen führen, denn Russland akzeptiert sie nicht. In Tschetschenien werden Schwule von der Polizei verfolgt, verhaftet, gefoltert und manchmal sogar getötet. Oder sie werden gegen Geld an die Familien ausgeliefert. Auch in den autonomen Republiken Dagestan und Inguschetien ist ihre Lage sehr desolat, wenngleich nicht ganz so verheerend. Dennoch sind Verhaftungen, Folter und Gefängnisaufenthalte an der Tagesordnung. Viele werden in Kliniken gebracht, um dort von ihrer Homosexualität ‚geheilt' zu werden. Als wir uns gegründet haben, haben wir zunächst nicht mit heterosexuellen Frauen gearbeitet. Das hat sich inzwischen geändert, denn auch ihre Lage ist inzwischen verheerend. In der patriarchalen Gesellschaft im Nordkaukasus sind Frauen sehr verwundbar, sie werden zwangsverheiratet oder erleiden physische und psychische Gewalt, und selbst die Polizei schlägt sich auf die Seite der Angreifer und nicht der Opfer.

Wie funktionieren eure Hilfsangebote und wie können sich Betroffene an euch wenden?
► Wir sind per E-Mail und vor allem über verschlüsselte Messenger erreichbar. Meist teilen uns die Leute ihre Geschichte darüber mit und suchen Hilfe. Wir erfragen dann weitere Details und überlegen, was wir anbieten können. Manchmal ist es irritierend, wenn dann der Kontakt plötzlich abbricht, denn vielleicht ist die Person untergetaucht oder verschleppt worden. Es ist ein furchtbares Gefühl zu wissen, dass die Person, mit der du gestern noch gesprochen hast, heute vielleicht nicht mehr lebt. In der Regel erarbeiten wir einen Plan, zum Beispiel für eine Evakuierung, raus aus dem Kaukasus oder sogar raus aus Russland. Das ist kompliziert, denn die Nordkaukasus-Republiken, vor allem Tschetschenien, halten ihre Grenzen sehr dicht. Man kann da nicht einfach einreisen, sich der Person annehmen und zusammen wieder raus. Ein Fluchtplan enthält sehr viele Details und Stationen. Wenn man gefasst wird, hat das für alle Beteiligten harte Konsequenzen, weshalb wir sehr versteckt arbeiten müssen.

Als wir vor zwei Monaten eine Frau aus Inguschetien evakuierten, wurde einer der Fahrer eine Woche später verhaftet. Ihm wurde damit gedroht, dass seine Familienangehörigen getötet würden, wenn er die Frau nicht wieder zurückbrächte. Wir sind mit dieser Geschichte an die Öffentlichkeit gegangen und wollten versuchen, den Fahrer und seine Familie zu schützen. Alle Familienmitglieder sind in Tschetschenien und leben, aber die Angst bleibt und sie wissen nicht, was als nächstes kommt. Denn die Frau wird nicht zurückkommen, für sie ist das viel zu unsicher.

Wie viele Leute unterstützt ihr derzeit?
► Seit wir unsere Arbeit 2017 aufgenommen haben, haben wir mehrere hundert Menschen unterstützt. Einige sind noch in Russland, andere außerhalb, einige leben jetzt ihr eigenes Leben in einem anderen Land, doch wir begleiten sie nach wie vor psychologisch.

Gibt es im Nordkaukasus eine queere Bewegung?
► Nicht mehr. Bevor in Tschetschenien Ramzan Kadirov 2007 Präsident wurde, gab es auch dort eine queere Community, auch als noch sein Vater Achmat Kadirov regierte. Es gab Cafés und andere Orte, an denen sich die Leute trafen. Die tschetschenische Gesellschaft war sicher nicht queerfreundlich, doch obwohl sie muslimisch ist, war es recht friedlich, ein normales Leben eben. Auch findet man im Vergleich zu anderen Regionen immer noch Spuren davon. In Dagestan gibt es Treffs in Cafés, allerdings recht heimlich, denn es ist gefährlich. In Tschetschenien ist das heute nicht mehr möglich, sogar Menschen, die sich über Dating-Apps treffen, haben Angst. Du weißt nie, ob es nicht vielleicht ein Polizist oder Agent ist, den du kontaktierst.

Was hat in den letzten Jahren zur Verschärfung der Situation beigetragen? Welche Rolle spielt Religion dabei?
► Diese Veränderungen haben eher politische Gründe, weniger religiöse. Tschetschenien war schon immer eine muslimische Region, die Gesellschaft war nicht homofreundlich, aber auch nicht ausgesprochen homofeindlich. Oft wird von politischen Problemen abgelenkt, indem man gegen Minderheiten hetzt. Ramsan Kadyrow machte LGBTIQ-Personen zur Zielscheibe.

Jedenfalls ist die Lage inzwischen so zugespitzt, dass die Regierungszeit von Achmat Kadyrow viel besser war als das, was wir heute erleben. Auch damals war das Land sicher kein demokratisches Paradies, aber es gab ein irgendwie normales Leben, die Community war legal, konnte kommunizieren, chatten. Mittlerweile ist es für heterosexuelle Frauen bereits lebensgefährlich, einen russischen Mann zu daten. Eine Beziehung zu einem Russen oder einem Mann irgendeiner anderen Nationalität konnte tödlich enden. Erst kürzlich wurde eine Tschetschenin, die in Moskau einen Mann gedatet hatte, von Verwandten nach Tschetschenien entführt und ermordet. Weil es die Ehre der Familie nicht zulässt, dass eine tschetschenische Frau eine Beziehung mit einer Person einer anderen Herkunft eingeht.

North Caucasus Crisis Group auf dem Pride in Warschau, 17. Juni 2023 | Foto: NC SOS

Manche Mädchen werden bereits im Alter von drei bis vier Jahren dieser Praxis unterzogen. Die betroffenen Frauen, die wir begleiten, sind oft völlig verstört. Wir bieten psychosoziale Hilfe an. Ein großes Problem ist die starke Familienorientierung: von Kindheit an lernt man in Tschetschenien, dass die Familie alles ist, dass sie dich beschützt, immer an deiner Seite steht. Daher ist es tief verletzend, wenn die Familie sich abwendet oder man die Familie verlassen muss, um zu überleben.

Habt ihr Kontakt zu Personen, die jetzt im Ausland leben? Viele Leute in Russland denken, wer erst einmal in Deutschland ist, sei seines Lebens sicher.

► Personen aus Tschetschenien sind nirgendwo sicher. Leider werden sie überall verfolgt, die Hetze hört nicht an der russischen Landesgrenze auf. Wir sind mit vielen Geflüchteten nach wie vor in Kontakt, viele leiden vielfach unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Nach alldem, was sie durchgemacht haben, ist es nicht leicht, einfach ein neues Leben zu beginnen.

»Von jung auf lernt man, dass die Familie alles ist«

Hinzu kommen Schwierigkeiten mit den lokalen Behörden. Schwule werden im Nordkaukasus oft zwangsverheiratet. Ein tschetschenischer Mann, der in eine deutsche Großstadt geflüchtet war, hatte dort Probleme, weil die Behörden nicht verstehen konnten, warum er mit einer Frau zusammenlebt und Kinder hat. Sie hatten keine Vorstellung davon, wie gefährlich die Lage sowohl für ihn als auch für seine Familie ist.

Das müssen wir ausländischen Behörden oft erklären: Es gibt die Vorstellung einer kollektiven Verantwortung in Tschetschenien. Demnach ist die Familie mitverantwortlich. Auch die zwangsverheiratete Frau wird als mitschuldig betrachtet, wenn ihr schwuler Mann das Land verlässt. Daher ist auch das Leben der Frauen und Kinder schwuler Ehemänner gefährdet, der Mann kann seine Familie nicht einfach so zurücklassen.

Ihr unterstützt auch in Fällen weiblicher Genitalverstümmelung. Wie ist die Situation diesbezüglich im Nordkaukasus?

► Niemand spricht darüber, dass weibliche Genitalverstümmelung auch in Russland praktiziert wird. Es gibt keine Daten zum Ausmaß, daher wissen wir nicht, wie viele Frauen betroffen sind. Im ländlichen Raum in Dagestan ist Genitalverstümmelung besonders verbreitet.

Welche Rolle spielt Öffentlichkeit in eurer Arbeit?

► Die Öffentlichkeit ist so wichtig, weil die tschetschenische Regierung vor nichts anderem so viel Angst hat. Sie will nicht, dass man über die tatsächliche Lage informiert ist. Die offizielle Haltung ist, dass es in Tschetschenien keine queeren Menschen gibt – und das soll auch so bleiben. Je mehr Menschen sich also an die Öffentlichkeit wenden, desto mehr geraten die Behörden unter Druck. Wenn eine*r unserer Klient*innen verhaftet wird, gehen wir oft an die Öffentlichkeit und konnten so auch schon Leute retten. Dieses Glück haben wir nicht immer, viele sind trotz öffentlichen Drucks in Schwierigkeiten. Dennoch setzen wir auf öffentlichen Druck, denn eine andere Form der Unterstützung haben wir in unserer Arbeit nicht.

Wie blickt ihr in die Zukunft?

► Das ist eine schwierige Frage, es ist nicht vorhersehbar. Die Republiken im Nordkaukasus haben unterschiedliche Dynamiken. So werden Betroffene aus Tschetschenien ihren Weg nicht durch Russland wählen, weil es seit langem ihr Wunsch ist, dem russischen Einfluss zu entkommen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Tschetschenien in vielleicht zehn Jahren nicht mehr Mitglied der Russischen Föderation ist, vor allem dann, wenn Russland den Krieg in der Ukraine verliert. Zudem hoffe ich natürlich, dass die Stimmung in Russland kippt, dass das antidemokratische Regime fällt. Doch es ist ebenso wahrscheinlich, dass sich die Situation in zwei bis drei Jahren nochmal zuspitzt.

► *Das Interview führten Lena Kircheisen und Swetlana Boltovska. Übersetzung aus dem Englischen: Martina Backes.*
Mehr Infos: https://ncsos.io/

Mauri Balanta Jaramillo, Kolumbien 2023 | Foto: CEAF (Centro de Estudios Afrodiaspóricos / Universidad Icesi)

»Viele Lücken müssen noch geschlossen werden«

Mauri Balanta Jaramillo zur LGBTIQ-Perspektive in Kolumbien

Kolumbiens LGBTIQ-Gemeinschaft setzt große Hoffnungen in die 2022 neu gewählte linke Regierung. Das geltende Diskriminierungsverbot ist dabei nicht genug, meint Mauri Balanta Jaramillo im Interview. Als trans Person engagiert sich Jaramillo im Kulturzentrum El Chontaduro im Stadtteil Aguablanca der Großstadt Cali: Hier leben vor allem binnenvertriebene Afrokolumbianer*innen.

Klaus Jetz: *Was zeichnet die seit August 2022 amtierende Regierung von Gustavo Petro und Francia Márquez aus?*

Mauri Balanta Jaramillo: Die neue linke Regierung verfolgt eine liberalere, inklusivere und partizipativere Politik. Es geht ihr darum, den traditionell marginalisierten Teilen der Gesellschaft, Afrokolumbianer*innen, Indigenen, Frauen oder LGBTIQ-Personen, mehr Sichtbarkeit und Teilhabe zu verleihen. Starke Vorsätze also. Allein die Tatsache, dass mit Francia Márquez, die im ländlich geprägten Cauca aufgewachsen ist, eine Schwarze, Vertriebene und Umweltaktivistin nun Vizepräsidentin wurde, spricht für sich. Das sorgte jedoch auch für Spannungen und rassistische Reaktionen. Die Regierung beschleunigt Reformen im sozialen, politischen und kulturellen Bereich und fordert so demokratiefeindliche politische Kräfte heraus, die ihre Macht nicht verlieren wollen.

Welche Hoffnungen und Versprechen hatte es im Wahlkampf für die LGBTIQ-Gemeinschaft gegeben?

► Voraussetzung für die Regierungsbildung von Gustavo Petro war das progressive Bündnis *Pacto histórico* (historischer Pakt). Der Pakt positionierte sich von Beginn an gegen die Schaffung einer traditionellen Parteienplattform und favorisierte die Teilnahme einer vielstimmigen Zivilgesellschaft in Dialogformaten und Veranstaltungen, um gemeinsam ein Regierungsprogramm zu definieren. Die LGBTIQ-Gemeinschaft hat sich in diesem Prozess sehr engagiert, ebenso Francia Márquez. So entstanden Aktionspläne, Gesetzesvorhaben und Regierungspläne wurden formuliert. Die LGBTIQ-Gemeinschaft setzte große Hoffnungen in das Ministerium für Gleichstellung (Ministerio de Igualdad), dem die Vizepräsidentin vorsteht. Im Kern geht es um die politische Teilhabe und Vertretung von Frauen und Jugend, von marginalisierten Gruppen, und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sollen gefördert werden. Grundlegend dafür ist eine intersektionale Perspektive. Innerhalb des Ministeriums für Gleichstellung kommt ihr in den Vizeministerien für Frauen, Jugend und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt eine große Bedeutung zu. Gesetzesprojekte etwa, die von Transorganisationen entwickelt wurden, konnten so auf die politische Ebene gehievt werden. Das war vorher undenkbar.

Die Ehe für Alle gibt es in Kolumbien bereits seit 2016. Was bleibt auf der rechtlichen Ebene zu tun?

► Ein großes Problem sind die fehlenden Statistiken: Wie viele trans Personen leben im Land, wie sind die Lebensbedingungen von LGBTIQ, welche Zahlen gibt es zu Diskriminierungserfahrungen in der Arbeitswelt, wie sieht der Zugang zu Dienstleistungen, zu Wohnungen und zur Gesundheitsversorgung aus? Die wenigen vorliegenden Daten sind besorgniserregend und zeigen den hohen Grad an Verwundbarkeit von LGBTIQ in unserer Gesellschaft auf.

Das zeigt, dass gesetzliche Regelungen dringend nötig sind. Das Gleiche gilt übrigens für die afrokolumbianische oder die indigene Community. Bislang gibt es zwar viele Urteile, aber kein umfassendes Gesetz zum Schutz von trans Personen, viele Lücken im Recht müssen noch geschlossen werden. Hier setzt das als *Ley Integral Trans* bekannte Gesetzesvorhaben für trans und nichtbinäre Personen an. Es geht darin um mehr Schutz und Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen.

Wie begegnet die Regierung der weitverbreiteten Transfeindlichkeit und Homophobie im Land?

► Das sind in der Tat große gesellschaftliche Probleme. Dank zivilgesellschaftlicher Initiativen haben wir in Kolumbien ein Antidiskriminierungsgesetz, also auch ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität. Doch die Anwendung des Gesetzes ist sehr herausfordernd, denn unsere Gesellschaft ist sehr machistisch, sexistisch und rassistisch. Dazu kommt, dass die Staatsbediensteten die gleichen wie vor dem Regierungswechsel sind. Deswegen ist es wichtig, dass der Schutz funktioniert. Es braucht kulturellen Wandel, mehr Sensibilisierung und einen größeren politischen Willen in den öffentlichen Verwaltungen. Wir machen weiterhin Sensibilisierungsarbeit zum Beispiel in der Rechtsprechung und in den Parlamenten sowie durch kulturelle Angebote in den Schulen und Aufklärung in den Stadtteilen. Die Arbeit ist uferlos.

Welche Rolle spielt Religion dabei?

► In Lateinamerika sind es hauptsächlich religiöse Akteure, die gegen unsere Rechte vorgehen. Sie verfolgen eine Agenda der Gewalt und der Zerschlagung der LGBTIQ-Bewegung. In der kolumbianischen Politik nehmen sie eine zentrale Rolle ein. Wir erleben eine Zunahme von LGBTIQ-feindlichen Einstellungen. Deren Hauptakteur*innen sind in verschiedenen christlichen Bewegungen zu finden, die sogar politische Parteien gegründet haben. Es gibt Bewegungen, die mit viel Geld aggressive Lobbyarbeit betreiben. In vielen Ländern Lateinamerikas erfreuen sich rückwärtsgewandte Diskurse großer Beliebtheit: Die sogenannten traditionellen Werte sowie die heteropatriarchale Familie werden hochgehalten. Viele Regierungen, die diese Werte propagieren, wollen ihre Gesellschaften wieder ‚normalisieren'. Ihre Begründung ist, dass die vielen sozialen Krisen darauf zurückzuführen sind, dass uns die Gottesachtung abhandengekommen sei. Deswegen müssten wir zu Gott zurückkehren, damit unsere Gesellschaften wieder zu Entwicklung und Wohlstand zurückfinden könnten. Das lässt sich aktuell in Guatemala, Peru, Mexiko und Argentinien erleben. Sie bezeichnen LGBTIQ-Personen als wilde, kranke, verwirrte Wesen und wollen sie sogenannten Konversionstherapien unterziehen.

»Es gibt kein umfassendes Gesetz zum Schutz von trans Personen«

In Argentinien wurde Javier Milei gerade zum Präsidenten gewählt. Argentinien war Vorreiter auf dem Kontinent in Bezug auf LGBTIQ-Rechte und das erste Land in Lateinamerika mit einem Gesetz über die Geschlechtsidentität für trans Personen, nach dem jede Person ihr Geschlecht selbst bestimmen und im Personenstandsregister eintragen lassen kann, und der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

► Ich verfolge Argentinien mit großer Sorge. Und ich fühle mich bestätigt: Wir dürfen uns nicht ausruhen, sondern müssen wachsam bleiben. Milei steht für eine Bewegung, die seit der Pandemie erstarkt ist. Vorher gab es Aufbruch, Fortschritt, progressive politische, soziale und kulturelle Agenden. Seit der Pandemie hat die Ultrarechte die Kontrolle übernommen, um Heteronormativität, Patriarchat, Kolonialismus und Kapitalismus wieder ins Zentrum des Lebens zu rücken, wie ein Kreuzzug gegen gleiche Rechte und für die traditionelle Familie. Als ob durch eine massenhafte Menschenreproduktion ein Fortbestand des kapitalistischen Systems gesichert werden sollte.

Doch in Lateinamerika existiert eine Vielfalt an Familienformen: Familien, in denen die Großmütter oder Tanten, zwei Mütter oder mehrere Väter die Verantwortung für die Erziehung und das Wohlergehen der Kinder übernehmen, oder – wie in der kolumbianischen Pazifikregion – gar die Dorfgemeinschaft. Da sind unsere Gesellschaften weitaus vielfältiger aufgestellt, als das, was das heteronormative System predigt.

Venezuela hat eine lange Grenze mit Kolumbien und viele Geflüchtete von dort leben in deinem Land. Betrifft das auch LGBTIQ?

► Ja, vor allem viele trans Personen. LGBTIQ haben Venezuela vielfach verlassen und leben nun in Kolumbien. Sie erfahren eine doppelte Unterdrückung, als Migrant*innen und als Menschen, die in einer ihnen feindlich gesinnten, machistischen und patriarchalen Gesellschaft zu ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung stehen. Hierzulande existiert dafür kein Bewusstsein, kein Gefühl der Solidarität, obwohl das Land selbst eine migrantische Gesellschaft ist. Bei uns in Cali leben viele geflüchtete Venezolaner*innen auf den Straßen, in den Parks und rund um den Busbahnhof. Hunderte von Familien haben dort ihre Zelte aufgeschlagen. Sie flüchten in ein Land, wo die Lebensverhältnisse ebenfalls prekär sind, weil sie sich hier etwas freier fühlen und mehr Chancen sehen als in Venezuela, wo es keine Politik der gleichen Rechte für Frauen, LGBTIQ oder andere Minderheiten gibt, wo Schwule Opfer willkürlicher Razzien werden, wenn sie eine Hochzeitsparty feiern.

Wie sollte Kolumbien auf internationaler oder multilateraler Ebene in Bezug auf LGBTIQ agieren?

► Für unsere Gesetzesprojekte wie das *Ley Integral Trans* brauchen wir auch die Unterstützung aus dem Ausland. Kolumbien sollte daher Mitglied der Equal Rights Coalition werden, die sich auf UN-Ebene für die Menschenrechte von LGBTIQ stark macht. Der politische Wille ist da, das Ministerium für Gleichstellung und Francia Márquez könnten und sollten sich hier besonders engagieren. Internationale Unterstützung wäre zudem für die Fortsetzung des Friedensprozesses im Land wichtig. Das Sprechen über die Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes ist auch für die LGBTIQ-Community Thema. Es geht nicht nur um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, sondern auch darum, eine Wiederholung, ein Wiederaufflammen dieser Konflikte zu verhindern. Auch dafür brauchen wir die Unterstützung der multilateralen Plattformen.

► *Das Interview führte und übersetzte Klaus Jetz.*

Die brasilianische queere Rap- und Elektro-Musikszene ist breit aufgestellt und das ist gut so. Im besten Sinne von Queer werden hier konventionelle Gender- und Sexualitätsnormen sowie Kategorisierungen aufgebrochen.

Lea Blua und ihr Kontrabass treiben sich in den schmutzigen Ecken São Paulos rum

Foto: Leo Sombra

»The Joke's on you«

Genre- und Gendergrenzen werden in der brasilianischen Musikszene überschritten

von **Derek Pardue** und **Lea Arafah aka Blua Discódia**

► Der Titel dieses Essays zitiert den Refrain eines relativ vergessenen Songs des Punk-Künstlers Christian Lunch. Dieser findet sich auf dem ikonischen US-Punkrock-Sampler »Let Them Eat Jellybeans« von 1981 – eine Anspielung auf Ronald Reagan, den damals frisch amtierenden Präsidenten, dessen Vorliebe es war, im berühmten Oval Office Jellybeans an Besucher*innen zu verteilen. Lunchs genialer Refrain »The Joke's on you, if you think it goes« (Der Witz geht auf dich, wenn du denkst, es funktioniert) steht für eine bewusst unkonventionelle, seltsame und queere Denkweise. Lunch beschreibt eine globale Dystopie, hervorgerufen von der Reagan-Regierung, von Thatcher sowie von den zahlreichen Militärjuntas in Ländern Lateinamerikas der 1980er. Auch 40 Jahre später wirkt sie noch nach. »The Joke's on you« sprengte gleich mehrere Grenzen und Genres. Doch weder wurde der Song ein Hit (wenig überraschend), noch katapultierte er Lunchs Karriere auf das Level seiner Mitkünstler*innen auf dem Sampler, illustre Namen wie die Bad Brains, Black Flag oder die Dead Kennedys.

Doch Jahrzehnte später geht es wieder darum: Punk und Queerness (und auch Blackness) sind unumstößlich miteinander verwoben, immer unter Verdacht unecht, unnatürlich, keine Musik oder gar nicht menschlich zu sein. Als Rap auftaucht, wird er aus ähnlichen Gründen abgelehnt. Das Genre kommerzialisiert sich schnell und unterdrückt dabei seine queeren Wurzeln. Beide Genres haben eine gemeinsame Gewaltgeschichte: Künstler*innen erleben physische und diskursive Gewalt auf intersektionale Weise (Race, Gender, Sexualität, Klasse, Herkunft und anderes) und wandeln diese Erfahrung eindrucksvoll in Klänge und Geschichten um. So singt auch Lunch: »Fags and punks will be first to go. They'll die ugly and they'll die slow« (Schwuchteln und Punks werden die ersten sein, die gehen. Sie werden hässlich sterben, und sie werden langsam sterben).

Rap als Aufruf zur Transformation

► Lunchs Punksong ist unsere Einleitung, in der die Bedeutung von Stimme, (Nicht-)Dazugehören und Widerstand in queeren Ausdrucksformen sichtbar wird. In der queeren brasilianischen Elektro- und Rapszene kämpfen Künstler*innen und Fans für Akzeptanz, Anerkennung und Dekolonisierung. Sie fordern ein Ende des Patriarchats und lehnen Kategorien ab, die für sie fortdauernde,

existenzielle und epistemische Gewalt bedeuten. Wir schreiben diesen Beitrag in Partnerschaft: Wir, ein cis-queerer Mann aus den USA, ein Hochschulautor, und eine trans-queere Frau aus Brasilien, eine vielseitige Künstlerin. Wir trafen uns in São Paulo, einer Stadt in der wir beide viel geforscht, performt und gelebt haben.

Auf ihrem jüngsten Album »Trava Línguas« (Zungenbrecher, 2021) verwendet die afrobrasilianische trans Rapperin Linn da Quebrada ein subversives Wortspiel, das hilft zu verstehen, wie schwierig es für queere Menschen ist, sich zu artikulieren und die eigene Repräsentation zu bestimmen. Der Titel ist mehr als nur eine Anspielung. »Trava Línguas« ist auch ein Aufruf zur Veränderung, ein gewaltsames Aufbrechen der »travas« (Sperren) von »línguas« (Sprachen) bei der Neugestaltung des eigenen Selbst. Im Rap ging es schon immer darum, die Stimme zu erheben und sich selbst zu ermächtigen. Diesen Kampf teilen viele in der trans Community, als Teil der queeren Community, da sie nicht den konventionellen Gendernormen und binären Kategorisierungen entsprechen.

Was ist ‚echte' Musik in einem Land, dessen Promis Femizide und häusliche Gewalt bejubeln?

Sich selbst zu ermächtigen und die eigene Repräsentation zu bestimmen, war immer zentral im Rap und Hip Hop. In ihrem gemeinsamen Musikvideo »All you need is love« aus dem Jahr 2021 nehmen die queeren Künstler*innen Jup do Bairro, Linn da Quebrada und Rico Dalasam jeweils eine Strophe auf. Ihre Stile und Stimmfarben variieren, doch die seltsame Mischung aus elektronischen Ambient-Beats und Synthesizern mit einem Hauch von Bloco-Afro-Percussion verbindet die drei so unterschiedlichen Künstler*innen. Der Song handelt von der Stärke des Gebens, nicht des Beherrschens.

Jenseits von Kategorisierungen

► Lea und ich unterhalten uns. Wir sprechen über die Höhen und Tiefen der Beziehung zwischen Rap und Elektronischer Musik, wie sie rassifiziert, geschlechtsspezifisch und queer sind. Dann unterbricht mich Lea plötzlich. Sie hat genug von all diesen Kategorien…

»Ich hatte ein Problem mit Gender, lange bevor ich mich als trans Person verstanden habe. Ich mag schon immer Musik und es scheint, als ob Kultur Musikrichtungen voneinander trennt. Für mich gab es diese Unterscheidung nie. Die Einteilung in Genres ist für mich eine Form von Gewalt – musikalische Genres tun mir weh… Mir ist vielmehr der Klang von Musik wichtig. Ich höre also Musik, weil ich die Art und Weise mag, wie sie klingt – und ich sehe die Person dahinter jenseits von Geschlechtergrenzen.

Eine Abfolge von Noten ist nicht einfach eine bestimmte Musik und nicht dieses eine Musikgenre. Was wird aus einer Basslinie mit Quintensprüngen, wenn ich sie in Slaptechnik auf dem Kontrabass spiele? Es klingt auf einmal nach etwas Psychedelischem, etwas Mechanischem. Jemand hört eine Note, die ich spiele, und sagt: »Wow, das klingt wie ‚Bella Ciao', das klingt wie Kusturica« – so eine Art Pauschalisierung anhand von Oberflächlichkeiten.

Es ist sehr frustrierend für jemanden, der – kurz gesagt – kreativ ist und der von Möglichkeiten träumt, andere Arten sozialer, familiärer und affektiver Beziehungen aufzubauen. Und dann passe ich in die Kategorie Queer, unabhängig davon, ob ich ein Transvestit bin. Schon bevor ich mich selbst als trans Frau verstand, machte das Wort Queer absolut Sinn für mich, denn ich schien weder als schwuler noch als heterosexueller Mann dazu zu passen. Genauso wenig wie in der Musik. Ich hatte weder einen Platz im Punkrock, noch im Hip-Hop, Maracatu oder Elektro.«

Wir machen eine Pause. Für einen Augenblick. Kategorien verschwinden. Die Zeit scheint nicht mehr linear zu sein. Lea schickt mir Unmengen an Ton- und Videodateien, die außerweltlich wirken. KI, Kontrabass, Anime, Haut … Queeres Streben nach Einzigartigkeit. Ist das echt? Was ist ‚real' in einem Land, in dem mehr Schwarze und trans Menschen getötet werden als in jedem anderen Land der Welt? Was ist ‚echte' Musik und Kultur in einem Land, dessen Promis sogar Femizide und häusliche Gewalt bejubeln, ein Land, das Täter begnadigt? Lea antwortet:

»Will man das portugiesische Wort für Echtheit übersetzen, landet man in der englischen Übersetzung schließlich bei Authentizität. Ist es zum Beispiel authentisch, dass ein Instagramprofil verifiziert ist oder Instagram gar nicht zu nutzen? Um als queere Community zu überleben, müssen wir darüber nachdenken, wie wir etwas jenseits des Patriarchats und jenseits der Narrativblasen der Privilegierten aufbauen können. Dazu gehört der Aufbau neuer Beziehungsweisen zwischen Menschen – im Patriarchat wird das Familie genannt. Ich glaube nicht daran, dass es die eine queere Gemeinschaft gibt, die ein einheitlicher Safe Space ist. Unterstützungsnetzwerke sind lokal und vielfältig. Eine queere Person kann rechts, links, japanisch oder gar religiös sein. Es ist keine Frage der politischen Ideologie, sondern eine Frage eines anderen Verhaltens, das immer noch keinen Status hat.«

Weiße Vorherrschaft und Homophobie

► Queersein als noch nicht realisiertes, vielfältiges, nicht kategorisierbares Gefühl der Verbundenheit, zu dem kulturelle Ausdrucksformen wie Musik direkt sprechen. Trans sein bedeutet auch zu provozieren, geradeheraus und dreist zu sein sowie konventionelle Genre- und Geschlechtergrenzen zu überschreiten (auf Portugiesisch werden diese beiden Begriffe seltsamerweise durch das gleiche Wort »gênero« dargestellt). Währenddessen befinden wir uns in einer der repressivsten und gewaltvollsten Zeit in der republikanischen Geschichte Brasiliens. Trotz der jüngsten Präsidentschaftswahlen, bei denen die brasilianischen Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores wieder an die Macht kam, herrscht weiße Vorherrschaft und Homophobie.

Lea und ich halten erneut inne. Wir schauen auf unsere Handys und stellen fest, dass sich die Aufnahme-App aus unerklärlichen Gründen nach zehn Minuten abgeschaltet hat. Es spielt keine Rolle. Unser Austausch hat nicht (auf das Tonband) gepasst. Es ist irgendwie perfekt. Wir machen es direkt nochmal. Lea erstellt aus unserem aufgezeichneten Chat eine Collage. Sie manipuliert Geräusche und verwandelt Gesprächsfetzen in Musik. Ihre Stimme als KI. Diese Stimme, von so vielen vor ihr geprägt. Unsere Stimmen. Wir erfinden uns immer wieder neu. So brasilianisch, völlig queer.

► **Derek Pardue** ist außerordentlicher Professor für Global Studies an der Universität Aarhus. Er schreibt ethnografische Romane über Dunkelheit, Hip Hop und Migration. **Lea Arafah aka Blua Discódia** ist eine transdisziplinäre Künstlerin, autodidaktische Musikerin, Tech-Kreative und Cyberpunk-Meta-Diva.

Übersetzung aus dem Englischen: Julia Reiff

Widerstandsfähigkeit inmitten der Tragödie

LGBTIQ-Rechte in Israel

In Bezug auf die Rechte von queeren Personen wird Israel immer wieder sogenanntes Pinkwashing [1], vorgeworfen. Damit ist gemeint, dass die israelische Regierung sich nur als queerfreundlich darstelle, um Kritik an ihrer Politik bezüglich der Palästinenser*innen abzuwehren. Das wird Kämpfen vor Ort nicht gerecht. Ein persönlicher Kommentar.

von **Ruby Magen**

► Das verheerende Massaker, das sich am 7. Oktober im Süden Israels ereignete, erschütterte nicht nur das Land in seinen Grundfesten, sondern veränderte auch mein persönliches Leben tiefgreifend: Da meine Familie nur wenige Kilometer von der Grenze zum Gazastreifen entfernt wohnt, traf das Massaker auch mein persönliches Umfeld – mein Schwager und mein Cousin wurden ermordet, als sie versuchten, ihre Familien zu schützen. Nun sind meine Eltern, meine beiden Brüder, meine Schwester und meine 12 Neffen zu Geflüchteten im eigenen Land geworden. Nach diesem schrecklichen Terroranschlag wurde meine bescheidene Wohnung in Tel Aviv, in der ich mit meinem Mann und meinen Kindern wohne, zu einem Zufluchtsort für meine fliehende Familie.

Die Realität jenseits von Pink-Washing

► Als queerer Aktivist, der mit Widrigkeiten konfrontiert war, ist es besonders entmutigend, von Gruppen wie Queers for Palestine Vorwürfe über ‚Pinkwashing' in Israel zu hören. Die Rechte von LGBTIQ-Personen haben sich in Israel im Laufe der Jahre erheblich gewandelt, vor allem durch bahnbrechende Urteile des Obersten Gerichtshofs und eine lange Tradition von sozialem Aktivismus, Demonstrationen und Nichtregierungsorganisationen, die das gesellschaftliche Gefüge des Landes prägen.

Ende Dezember hat der Oberste Gerichtshof eine weitreichende Entscheidung getroffen, die es gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt, gemäß dem Adoptionsgesetz von 1981 Kinder zu adoptieren. Diese Entscheidung spiegelt nicht nur die Entwicklung unserer Rechte wider, sondern ist auch ein konkreter Schritt zur Anpassung des israelischen Rechts an die modernen Gegebenheiten. In dem Urteil stellt das Gericht fest, dass Kinder in Familien mit zwei Elternteilen adoptiert werden. Diese müssen nicht unbedingt heterosexuelle Paare sein – auch wenn in der ursprünglichen Fassung von »Mann und Frau« die Rede ist. Dieser rechtliche Fortschritt ist nicht nur symbolisch zu verstehen; er ermöglicht uns ein erfülltes Leben, einschließlich des Rechts auf Elternschaft für unser Kinder.

Ich bin 1983 geboren, im selben Jahrzehnt, als Israel das Gesetz zur Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen aufhob, und bin sehr stolz auf diese Entwicklungen. Israel ist das einzige Land im Nahen Osten, das zu diesem Zeitpunkt queere Beziehungen entkriminalisiert hat. Dies geschah lange vor ähnlichen Entscheidungen in westlichen Ländern und bis heute bleibt Israel ein sicherer Hafen für die LGBTIQ-Gemeinschaft in der Region.

Die israelische LGBTIQ-Gemeinschaft kann auf eine lange Geschichte zurückblicken und ist ein Leuchtturm der Widerstandsfähigkeit und des Fortschritts inmitten von Herausforderungen. Während westliche Länder mit Wellen des Populismus konfrontiert sind, die die Rechte von Minderheiten bedrohen, steht Israel an vorderster Front und wehrt sich aktiv gegen jeden Rückschritt bei den Fortschritten, die wir erreicht haben. Wir kämpfen weiter. All die gesetzlichen Verbesserungen, die massive zivilgesellschaftliche Beteiligung an Pride Paraden und die zehntausenden LGBTIQ-Familien in ganz Israel als ‚Pinkwashing' zu bezeichnen, ist ein grundlegendes Missverständnis unserer Bemühungen, denen so die Authentizität abgesprochen wird.

Wider dem Autoritarismus

► Es ist kein Geheimnis, dass die derzeitige rechtskonservative israelische Regierung eine erhebliche Gefahr für die Rechte von LGBTIQ darstellt. Die Absicht, den Obersten Gerichtshof zu untergraben und Gesetze zu erlassen, die unseren Fortschritt möglicherweise zurückwerfen könnten, ist zutiefst besorgniserregend. Diese Rechts- und Rückwärtsbewegung ist ein globales Problem, gegen das Aktivist*innen in der ganzen westlichen Welt ankämpfen. Als Aktivist bin ich der Ansicht, dass unsere Aktionen und unsere Beharrlichkeit im Kampf gegen diese Regierungsmaßnahmen nicht als ‚Pinkwashing' betrachtet werden können. Vielmehr sind unsere Kämpfe ein Beispiel dafür, wie Progressive gegen rechte Regierungen wie die unsere, die auch in Europa und den USA an Macht gewinnen, »die Stellung halten« sollten. Ich wünsche mir von meinen progressiven Aktivistenfreund*innen auf der ganzen Welt, dass sie die israelische Regierung nicht benutzen, um unseren Widerstand zu minimieren. LGBTIQ-Rechte stehen in der autoritären Wende als erste unter Beschuss, weshalb unsere Kämpfe zentral sind. Viele westliche Aktivist*innen könnten sich bald in der gleichen Situation wiederfinden, wenn Trump in den USA an die Macht kommt oder wenn sie mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert werden, wie es etwa gerade mit den lesbenfeindlichen Gesetzen der italienischen Regierung unter Georgia Meloni der Fall ist. Es wäre absurd, die USA als ‚pinkwashed' zu bezeichnen, wenn Trump an die Macht käme, und es wäre unfair, Europa aufgrund von Politiker*innen wie Viktor Orbán oder Marine Le Pen als unfrei zu bezeichnen. Das sollte auch für Israel gelten. Die Mehrheit der israelischen Gesellschaft lehnt sich gegen den rechten Backlash auf und die Statistiken sprechen für sich: Jedes Jahr werden uns mehr und mehr Rechte zugestanden, und wir leisten einen starken und lebendigen Widerstand gegen jeden, der versucht, LGBTIQ-Rechte zu beschneiden.

> Tel Aviv-Jaffa wird immer wieder als die »Gayest City« bezeichnet

Der Neubau des LGBTQ Center in Tel Aviv steht zu Redaktionsschluss kurz vor der Eröffnung | Foto: Guy Yechiely

Tel Aviv-Jaffa wird immer wieder als die »Gayest City« bezeichnet und ist ein einzigartiger liberaler Zufluchtsort im Nahen Osten. Strategische Maßnahmen in den letzten Jahren, die eine sektorübergreifende Zusammenarbeit – einschließlich staatlicher Behörden – erfordern, zielen darauf ab, die LGBTIQ-Gemeinschaften landesweit zu unterstützen. Die im Jahr 2021 gestartete Initiative des Ministeriums für soziale Gleichstellung bietet den Kommunen erhebliche staatliche Mittel für die Entwicklung von Aktivitäten und Dienstleistungen für LGBTIQ-Bewohner*innen vor Ort. Diese Initiative stellt sicher, dass LGBTIQ-Personen nicht nur in Tel Aviv-Jaffa, sondern auch in ihren Heimatstädten sicher leben können. Es gibt über 25 neue LGBTIQ-Zentren in ganz Israel, die teilweise von der Regierung finanziert werden, darunter auch ländliche Gebiete und religiöse Städte wie Beit Shemesh.

Wie es weitergeht

► Ich bin sehr stolz darauf, sowohl das TLV LGBTIQ Center als auch die Tel Aviv-Jaffa Pride Parade zu leiten. Trotz der Herausforderungen waren die letzten drei Monate darauf ausgerichtet, unserer Gemeinschaft zu zeigen, dass unsere Bemühungen – sei es Demonstrationen für Gleichberechtigung oder Aufklärungsarbeit – weiterhin von entscheidender Bedeutung sind, unabhängig davon, wie sie in Europa und Nordamerika wahrgenommen werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Gleichberechtigung von LGBTIQ-Personen und Frauen sowie unser Engagement für die Demokratie für den Nahen Osten von entscheidender Bedeutung sind.

Auch in Israel gibt es bezüglich LGBTIQ-Rechten noch viel zu tun. Dabei ist es aber wichtig, zu erkennen, dass der Status unserer Gemeinschaft nicht nur von Gesetzen und Budgets beeinflusst wird. Viele der Erfolge der letzten Jahre sind Ergebnis langer Kämpfe, die von unserer Community getragen wurden. Israel eine ‚Pinkwashing'-Strategie vorzuwerfen, macht die reale Geschichte eines lebhaften Kampfes um Akzeptanz und Freiheit unsichtbar.

Bei der Bewältigung der Herausforderungen, die das Jahr 2024 für unser Land mit sich bringt, liegt unser kollektiver Fokus auf der sicheren Rückkehr der Geiseln. Wir setzen uns außerdem für die Rückkehr der Geflüchteten des 7. Oktobers ein und träumen von einem friedlichen palästinensischen Staat, der von seinem Unterdrückungsregime befreit ist.

Es gibt auch Gutes zu berichten: Unser neues, vierstöckiges Zentrum steht kurz vor der Eröffnung. Im Juni findet dann die mit Spannung erwartete Pride Parade statt, ein herausragendes Ereignis in Tel Aviv-Jaffa. Ihre Bedeutung übersteigt die der vergangenen Jahre – sie wird ein wichtiges Fest für Hunderttausende sein, die zusammenkommen, um eine bessere, gerechtere Welt zu fordern.

Anmerkung

1 Der Begriff stammt aus dem Marketingbereich und bezeichnet im allgemeinen Strategien, die durch das Vorgeben einer Identifizierung mit der LGBTIQ-Bewegung darauf abzielen, fortschriftlich und tolerant zu wirken, ohne tatsächliche Bezüge zur Bewegung zu haben.

► **Ruby Magen** leitet das TLV LGBTIQ Center in Tel Aviv-Jaffa.
Übersetzung aus dem Englischen: Larissa Schober

»Ich werde nur als queere Person akzeptiert«

Interview mit Rosa Jellinek über Queerness und Judentum

Rosa Jellinek engagiert sich bei Keshet Deutschland, einer Organisation für Menschen, die sich als queer und jüdisch identifizieren. Die iz3w sprach mit ihr darüber, warum es Safer Spaces für queere Jüdinnen und Juden braucht, warum die queere Szene sich oft antizionistisch positioniert und was der 7. Oktober mit der Community gemacht hat.

iz3w: *Wie kam es zur Gründung von Keshet Deutschland?*
Rosa Jellinek: Unsere Gründung im November 2018 war eine Reaktion auf das Fehlen jüdischer queerer Vereinigungen in Deutschland. Damals waren wir nur zu zehnt. Aber auf das Angebot eines Raums für queere Jüdinnen und Juden hatten offenbar viele gewartet. Und das nicht nur in Berlin – inzwischen gibt es auch anderswo Regionalgruppen! Wir leisten Aufklärungsarbeit über die Belange von queeren Jüdinnen und Juden – innerhalb jüdischer und queerer Communities, aber auch in der Gesamtgesellschaft. Unser Kernanliegen ist es einen Safer Space für queere Jüdinnen und Juden zu schaffen. Keshet ist übrigens hebräisch für Regenbogen.

Was gibt es im Judentum für Sichtweisen auf Queerness?
► Das Judentum ist hier nicht einheitlich. Man muss unterscheiden zwischen dem, was in den Schriften steht, was die Rabbis diskutieren, und dem, wie die Mitglieder jüdischer Communities es sehen. In orthodoxeren Räumen hat Queerness eher keinen Platz. Aber auch da verändern sich Dinge, ohne das irgendwie schönreden zu wollen. Am Ende hängt es total von der jeweiligen Gemeinde ab, von der jeweiligen Person.

Es gibt verschiedene Auslegungen von jüdischen Texten wie etwa dieser Thorastelle: »Du sollst nicht bei einem Mann liegen wie bei einer Frau; es ist ein Gräuel.« (Lev 18,22). Das gibt es definitiv, allerdings ist das Judentum eine Auslegungsreligion. Da geht es immer auch sehr stark um Interpretation – und das spiegelt sich natürlich auch bei diesem Thema wieder.

Und wie seht ihr in eurer queeren Community das Judentum als Religion?
► Unsere Mitglieder definieren sich da ganz unterschiedlich. Das liegt daran, dass das Judentum nicht nur eine Religion ist, sondern eben auch Ethnie, Kultur, Tradition und so weiter. Manche würden sich definitiv als religiös oder sogar orthodox bezeichnen. Es gibt konservative wie auch liberale Jüdinnen und Juden, und auch solche, die gar nichts mit Religion am Hut haben. Sie glauben nicht an Gott, aber nehmen trotzdem gerne die Traditionen wahr, feiern gerne zusammen Hanukkah oder Pessach.

Wo haben jüdische Menschen in der queeren Community in Deutschland ihren Platz?
► Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es queere Organisationen gibt, die total offen für queere jüdische Menschen sind. Aber wir

Mit Davidstern und Regenbogen. Demonstrant*innen auf dem CSD in Berlin 2022 | Foto: Raphael Renter / Unsplash

haben noch einen langen Weg vor uns, weil Jüdinnen und Juden gerade in einer intersektionalen Betrachtung von Diskriminierung oft wenig mitgedacht werde. Das hat viel damit zu tun, dass Antisemitismus einfach nur als Unterform von Rassismus betrachtet wird. Dabei funktionieren diese beiden Diskriminierungsformen, auch wenn sie Ähnlichkeiten haben, doch anders.

Dabei sollte mit dem Begriff des Intersektionalismus doch gerade Mehrfachdiskriminierung benannt werden. Warum werden Jüdinnen und Juden dabei oft vergessen?

► Die antisemitischen Stereotype der mächtigen, reichen Jüdinnen und Juden stecken in den Köpfen der Leute. Jüdische Menschen werden als weiß und privilegierter angesehen. Was zum einen überhaupt nicht stimmt, denn beispielsweise ist Altersarmut bei sowjetischen Jüdinnen und Juden in Deutschland extrem verbreitet. Zum anderen gibt es auch sehr viele mizrachische Jüdinnen und Juden, gerade in Israel. Sie werden definitiv nicht als weiß gelesen. Hier stellt sich die Frage nach einem Begriff von Weißsein. Versteht man darunter einen politischen Begriff von ‚zur weißen Mehrheitsgesellschaft gehörend' oder versteht man darunter nur die Hautfarbe?

Es ist schmerzhaft, wenn man das Gefühl hat, man müsste eigentlich in einem Safe Space sein, umgeben von anderen Queers und dann aber merkt: Ich werde nur als queere Person akzeptiert, als jüdische Person wird mir aber abgesprochen, dass da nochmal eine andere Ebene hinzukommt.

Antizionismus – mit diesem Begriff bezeichnen viele Queers ihre Position im Nahostkonflikt. Kannst du den Begriff kurz umreißen und dann vielleicht erklären, was er speziell in der Queeren Community bedeutet?

► Zionismus verstehe ich als eine Bewegung, die erreichen möchte, dass Jüdinnen und Juden sicher dort leben können, wo ihr Ursprung ist – und zwar in Israel. Viele Antizionist*innen möchten nicht, dass dieser jüdische Staat existiert. Oder sie möchten nicht, dass ein jüdischer Staat an diesem Ort existiert. Andere wollen sich damit vielleicht auch nur gegen die Politik Israels äußern – wobei ich dann nicht verstehen würde, warum man diesen Begriff benutzt. Am Ende bedeutet der Begriff für mich als jüdische Person, dass sich als Antizionist*innen verstehende Menschen gegen die Möglichkeit der nationalen Selbstverwirklichung meiner Gruppe zu stellen.

*Von queeren Antizionist*innen hört man zudem oft den Vorwurf des ‚Pinkwashings': Israel stelle sich als besonders queerfreundlich dar, um über Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinenser*innen hinwegzutäuschen. Was würdest du dem entgegnen?*

► Das Absurde an diesem Vorwurf ist, dass dieses vermeintliche Pinkwashing dann wohl nicht besonders gut funktioniert. Denn über die Menschenrechtsverletzungen und über die Palästinenser*innen spricht doch alle Welt. Dass Israel im Gegensatz zu seinen Nachbarländern eine sehr progressive Politik hat, was Queers angeht, ist ein Fakt. In vielen Ländern der Region gibt es beispielsweise die Todesstrafe auf Queersein. Aber auch in Israel höre ich von Freund*innen, dass es unter der rechten Regierung immer schwieriger wird, offen queer zu sein.

*Auch von queeren Aktivist*innen wird häufig abstrakt von »Palästina-Solidarität« gesprochen. Was ist damit eigentlich gemeint? Warum heißt es nicht »Solidarität mit den Palästinenser*innen«?*

► In dieser Vagheit, die du beschreibst, liegt auch die Crux. Man kann da hineinlesen, dass Menschen Israel nicht als Israel als Staat anerkennen, sondern als Palästina betrachten. Man kann aber auch eine Unwissenheit hineinlesen. Ich glaube, es gibt genügend Menschen, die sich für Palästina positionieren, aber nicht ganz genau wissen, wo der Gaza-Streifen, was die Westbank ist.

Für viele ist der Punkt oder der Gedanke: Palästinenser*innen geht es schlecht, das sind die Unterdrückten, Israelis geht's gut, das sind die Unterdrücker, die haben die Macht, die haben ein starkes Militär… Das ist eine extrem vereinfachte Wahrnehmung. Ein Faktor dabei sind sicherlich die sozialen Medien, die auf Likes ausgerichtet sind und in denen es zugleich einen sehr starken Zwang gibt, zu allem eine Meinung haben zu müssen. Ein weiterer Faktor ist auch die eins zu eins Übertragung US-amerikanischer Diskurse auf andere Ecken der Welt. So wird zum Beispiel von White Supremacy im Nahen Osten gesprochen. Jedoch muss man sich extrem gut auskennen in dieser Region, um inhaltlich darüber sprechen zu können, wessen Supremacy jetzt wo vorhanden ist. Diese vereinfachte Gegenüberstellung von ‚Unterdrückern' und ‚Unterdrückten' bezieht weder den historischen Kontext mit ein, noch die gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort.

»Wir haben noch einen langen Weg vor uns«

Warum tun sich Bewegungen, denen es um die Kritik patriarchaler Verhältnisse geht, so schwer damit, eine patriarchale Organisation wie die Hamas zu verurteilen?

► Es ist eine Verharmlosung von Extremismus, wie die Hamas in diesem Rahmen verstanden wird: als dumme Männer, die sich gegen diese Unterdrückung nicht besser zu helfen wissen als mit Terror. Dass dahinter aber ein Milliarden schwerer aus dem Iran finanzierter Apparat steht, wird oft unterschlagen. Das hat auch mit einem orientalistischen Denken zu tun: Man traut den Menschen dort nicht zu, ihren Antisemitismus zu hinterfragen.

Was ist Euer Rezept bei Keshet diesem vereinfachten, verzerrten Bild vom Nahostkonflikt etwas entgegenzusetzen?

► Der erste Schritt ist, ganz genau darauf zu achten, wo man sich informiert. Das heißt bei aljazeera.com zu wissen, dass es sich um ein von einem katharischen Scheich finanziertes Medium handelt. Ein weiterer Schritt wäre eine Beschäftigung mit der Geschichte. Es ist wichtig zu differenzieren, keine einfachen Wahrheiten zu akzeptieren, wie etwa Plakatsprüche. Tief in sich rein zu horchen und zu gucken: ist meine Sicht darauf jetzt gerade informiert und wichtig genug, um sie in die Welt hinaus zu schreien? Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist auch wichtig. Enge Freund*innen von mir, bei denen ich eigentlich dachte, dass wir schon relativ weit wären in diesem Kontext, haben sich nach dem 7. Oktober und nach vielen Dingen, die ich online erklärt und aufgezeigt habe, bei mir gemeldet und gesagt »Krass, Rosa, ich habe gerade nochmal diesen Text gelesen und diese Doku geschaut und mir war gar nicht bewusst, wie alt Antisemitismus ist oder in welchen Formen er sich zeigen kann!«

Und dann müssen wir auch Gleichzeitigkeiten aushalten können. Etwa, dass der 7. Oktober passiert ist und dass Menschen in Gaza und Menschen in Israel unter diesem Krieg leiden. Das ist kein Widerspruch.

► *Das Interview führte Kathi King (iz3w).*

An queeres Leben glauben

LGBTIQ-Aktivismus in Mombasa

Filmstill aus »Stories of Our Lives«, 2014 © The Nest Arts Company Limited

In Kenia wird die Stimmung gegenüber queeren Menschen feindlicher, nicht zuletzt aufgrund des evangelikalen Einflusses und dem aktuellen Bemühen um eine verschärfte Gesetzgebung. In der Küstenstadt Mombasa setzt sich die LGBTIQ-Community dafür ein, eigene Räume für Empowerment zu schaffen – und manchmal auch für ihren Glauben.

von **Antonia Vangelista**

► »Pema« ist Suaheli für »einen guten Ort« oder »einen Ort des Trostes«. Die gleichnamige Organisation aus Mombasa meint es damit ernst. Vor Ort, hinter einem hohen Metalltor, treffe ich im einstöckigen Haus von PEMA etwa zwanzig junge Erwachsene. Alle sind Mitglied bei PEMA. Mustafa ist einer von ihnen und erzählt: »Ein Video mit mir auf der Seite von PEMA ging viral. So kam es zum Coming-Out gegenüber meinem Vater, denn auch er hat das Video gesehen. Er schrieb mir: 'Warum unterstützt Du LGBTIQ-Zeug?' Ein Jahr zuvor hätte ich gezittert vor Angst.«

Mustafa Wekesa, Dylan Kiwenga und V-Jay Jammeh* sind gesprächig und berichten mir bei meinem Besuch in Mombasa, wie ihnen PEMA Mut gemacht hat. So verdankt Mustafa Wekesa es der Arbeit von PEMA, dass er seinem Vater erwidern konnte, er sei selbst Teil der LGBTIQ-Community. Sein Vater hat viele Fragen gestellt: »Kann Dir geholfen werden? Vielleicht kann dich ein Doktor ändern, so dass du wieder Mädchen magst?« »Ich habe ihm die Wahrheit gesagt: Ich hatte alles Mögliche versucht, um mich zu ändern, und es hat nicht funktioniert.« Er gesteht, er habe sich sogar von der Community ferngehalten und sie stigmatisiert, bevor er herausgefunden habe, dass auch queere Menschen einen Platz in Kenia haben. »Die Gesellschaft dort draußen denkt, queer zu sein, sei eine Wahl. Aber so ist es nicht. Wer nicht so selbstbewusst ist, und keinen Zugang zu queeren Organisationen hat, kann leicht verwirrt werden. Die Person lässt sich vielleicht zu einer Konversionstherapie überreden, weil ihr das Wissen fehlt«, ergänzt Dylan Kiwenga.

PEMA wurde 2008 gegründet, als ein schwuler junger Mann in Mombasa unter nicht näher bekannten Umständen verstarb. Da er von seiner Familie verstoßen worden war, taten sich schwule und bisexuelle Männer zusammen, um für ihren Bekannten eine würdevolle Ruhestätte zu errichten. Aus dieser Gruppe entstand die Organisation, die mittlerweile für alle queeren Menschen offen ist. Bei den Treffen sind auch lesbische Frauen, nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen sowie trans Personen anwesend. »Durch PEMA lernen wir viel. Es gibt eine Kampagne zu unseren Rechten und zu mentaler Gesundheit. Wir werden hier sehr ermutigt«, so Mustafa Wekesa. Bei V-Jay Jammeh war es anders: »Ich habe mich geoutet wegen des Drucks zu Hause: 'Heirate, bekomm Kinder', all das... Ich meinte: 'Ich kann Kinder bekommen, aber einen Mann werde ich nicht heiraten.' Tatsächlich bin ich mittlerweile non-binäres Elternteil von Zwillingen.«

PEMA sensibilisiert Akteur*innen aus Religion, Kultur, Politik und dem Privatsektor für die Situation und die Rechte von sexuellen

Minderheiten. Das ist dringend nötig, denn die Situation von queeren Menschen in Kenia spitzt sich zu, wie ein kürzlich veröffentlichter Bericht von Amnesty International beschreibt. Von gleichen Rechten ist Kenia ohnehin weit entfernt: Aktuell wird Homosexualität als Straftat geahndet. Betroffenen droht bis zu 14 Jahren Gefängnis. Das Nachbarland Uganda ist bekannt als Ort mit extrem diskriminierender Gesetzgebung (Seite 38). Seit 2023 müssen Homosexuelle dort in schweren Fällen mit der Todesstrafe rechnen und jegliche Unterstützung, Aufklärungsarbeit und Versammlungen von queeren Menschen werden weiter erschwert. Unter Einfluss dieses Beispiels hat auch ein Abgeordneter des kenianischen Parlaments vergangenen April einen Vorschlag für ein ähnliches Gesetz unterbreitet. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die kenianische Regierung zu verpflichten, LGBTIQ-Geflüchteten Asyl aufgrund ihrer Sexualität oder sexuellen Orientierung zu verweigern. Noch ist Kenia das einzige Land in der Region, das Geflüchtete aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität aufnimmt. Als Meilenstein wurde 2023 gefeiert, dass der Oberste Gerichtshof die National Gay and Lesbian Human Rights Commission als NGO anerkannte. Gleichzeitig hat die dadurch erzeugte Aufmerksamkeit auch dazu geführt, dass queere Menschen verstärkt durch Hassreden und Gewalt bedroht wurden.

PEMA will die eigenen Mitglieder weiterbilden und ermächtigen, etwa durch Informationen zu ihren Rechten und sexueller Gesundheit sowie durch Räume für persönlichen Austausch. Im November 2023 findet bei PEMA und anderen Organisationen das queere Out-of-Film-Festival statt. Ein weiteres Angebot sind Workshops, in denen sich jeweils christliche und muslimische Mitglieder die Schriftstellen anschauen, die immer wieder gegen sie verwendet werden: In welchem Kontext wurden sie geschrieben? Können sie auch anders interpretiert werden? Sie tauschen sich darüber aus, was und wie sie als queere Menschen glauben können und wollen.

Queerness und Religion

► Mustafa W. erzählt, seine Mutter sei Christin, sein Vater Muslim und er selber sei mit beiden Religionen aufgewachsen – und wurde schließlich Muslim. »Im Islam gibt es viel Unterdrückung gegen marginalisierte Gruppen, daher waren Religion und ich zunächst wie Öl und Feuer.« Nachdem er bei einem Workshop von PEMA teilgenommen hatte, der sich an muslimische Mitglieder richtete, schloss er Frieden: »Ich habe den menschlichen Aspekt von Religion verstanden, statt den politischen.«

Die religiösen Führungspersonen benutzen Religion für politische Absichten, zum Beispiel zur Stigmatisierung von queeren Personen und um Leute zu manipulieren. »In Moscheen erzählen sie uns, mit diesen Taten kommen wir in den Himmel und mit jenen in die Hölle. Bei PEMA habe ich eher gelernt, wie ich mich innerlich und persönlich verändern kann.« Religion spielt für viele Kenianer*innen eine große Rolle: Mehr als 80 Prozent sind christlich, eine*r von zehn ist muslimisch, Atheist*innen gibt es offiziell kaum. In Mombasa sind, wie an anderen Orten der Küste, Kopftücher und Gebetsrufe präsenter als im Inland. Vertreter*innen verschiedener Religionen und Konfessionen sind häufig an vorderster Front, wenn sie in Kirchen und Moscheen gegen queere Menschen hetzen – und finden bei vielen Gehör. Auch ausländische Gruppen, etwa Evangelikale aus den USA, sollen laut Amnesty International die Stimmung gegen LGBTIQ-Personen befeuern und die Regierung unterstützen. Präsident William Ruto und seine Frau besuchen selbst eine der immer populäreren evangelikalen Kirchen.

In diesem Umfeld beschäftigen sich Mitglieder von PEMA nicht nur mit ihrem persönlichen Glauben. Sie treten auch an Imame, Priester*innen und andere Führungspersonen heran, um sie über queeres Leben aufzuklären. Wenn sich die PEMA-Mitglieder nach einer Kennenlernphase selbst als queer outen, bleibt das nicht ohne Wirkung. Allerdings kommt ein Outing nur in Frage, wenn sich die Betroffenen sicher fühlen. Auch Imame und evangelikale Geistliche durchlaufen das Programm von PEMA. Ein Geistlicher berichtet, er habe selbst früher gegen queere Menschen gehetzt. Seine Vorurteile seien sehr viel größer gewesen als sein Wissen. Und ein Imam sagt, aus religiöser Überzeugung heraus habe er sich schon immer für die gleiche Menschenwürde für alle eingesetzt. Dieses Engagement hat er nach dem Kontakt mit PEMA verstärkt. Seine Gemeinde hat ihn daraufhin rausgeschmissen. Aktuell predigt er unbezahlt in wechselnden Moscheen. Bei dem Programm diskutieren PEMA-Mitglieder und Religionsvertreter*innen auch gemeinsam die religiösen Schriften. Einige haben sich mit der Zeit von religiösen Institutionen entfernt, jedoch das eigene spirituelle Leben gestärkt.

»Ein Jahr zuvor hätte ich gezittert vor Angst.«

»Ich bin gläubig, auch wenn ich nicht so religiös bin. Es hat angefangen, als ich die Kirche wechseln musste. Ich hörte auf, zu einer bestimmten Kirche zu gehen, weil die Leute dort darüber tratschten, dass ich schwul bin. Die gleiche Geschichte hat sich in der nächsten Kirchengemeinde wiederholt, bis ich mir gesagt habe: Ich muss aufhören zur Kirche zu gehen. Die Leute betrachten dich dort als einen Ausgestoßenen.« V-Jay versteht sich als Muslim*in, sei aber eher spirituell: »Ich halte mich nicht an alles, was meine Religion sagt oder will.«

Die Mutter von V-Jay dachte, Gebete könnten ihr Kind verändern. »Sie war nicht barsch, sie hat mich bloß gefragt: 'Wirst du dich verändern, wenn ich für dich bete? Wirst Du dich in Typen verlieben?' Ich habe geantwortet: 'Ich werde sogar mit dir beten, Mama, aber verändern werde ich mich nicht.'« Mittlerweile begleitet sie V-Jay, um sich für queere Rechte einzusetzen. Und die zu Beginn sehr homophobe Tante empfiehlt V-Jay inzwischen queere Filme auf Netflix. Nicht alle haben so viel Glück. Viele mussten nach ihrem Coming-Out zu Hause ausziehen, wenngleich sie auf die Reaktionen ihrer Familien gut vorbereitet wurden. Immer wieder erfahren queere Personen Morddrohungen und müssen an einen anderen Ort ziehen, um zu überleben.

* *Namen von der Redaktion geändert.*

Mehr Infos: https://pemakenya.org/

► **Antonia Vangelista** besuchte PEMA im November 2023.

»Die Gefahren folgen dir auf dem Fuß«

Sean Shibolo Awali über LGBTIQ-Verfolgung in Uganda

Bereits vor der Verschärfung des Anti-Homosexualitätsgesetzes 2023 in Uganda wurden Schutzräume für LGBTIQ-Personen aufgelöst, Übergriffe und Festnahmen häuften sich. Bei wiederholten Verstößen droht nach dem neuen Gesetz die Todesstrafe. Der Jurist Sean Shibolo Awali, Gründer der ugandischen Organisation TRIUMPH, hält das für verfassungswidrig.

iz3w: *Wie ist die Situation in Uganda, seit das Anti-Homosexualitätsgesetz 2023 verschärft wurde?*

Sean Shibolo Awali: Das Gesetz betrifft nicht nur Homosexuelle, sondern nahezu jede Person in Uganda. Nach der Verschärfung werden Menschen aufgefordert, als Mitwissende »homosexuelle Handlungen« zu denunzieren.

Bei TRIUMPH beobachteten wir bereits seit Februar 2023, wie Uganda geradezu zu einem Wespennest homophober Aktivitäten wurde: Queere sichere Orte wurden attackiert und aufgelöst. Queere Personen und Organisationen, die diese unterstützen, wurden zuerst angegangen, und zwar von einer Aufsichtsbehörde, die für zivilgesellschaftliche Organisierung zuständig ist.

Aus derselben Behörde wurde ein interner Bericht über queere Organisationen geleaked. TRIUMPH wurde darin beispielhaft erwähnt. Im gleichen Dokument empfahl die Behörde dem Parlament, ein Gesetz zu erlassen, das die Förderung von Homosexualität unter Strafe stellt, denn die existierenden Gesetze seien nicht ausreichend. Auch sollte über die leitenden Personen eine Akte angelegt werden, um zu verhindern, dass sie anderen Organisationen beitreten können.

Während das neue Gesetz diskutiert wurde, nahmen gewalttätige Übergriffe zu. Nationale Sicherheitskräfte, aber auch Landbesitzer*innen konnten nun gegen jede beliebige LGBTIQ-Person vorgehen, die in deren Mietwohnungen lebt. Physische Gewalt nahm vor allem gegenüber trans Personen zu. Es gab Verhaftungen, zahlreiche Anzeigen und Prozesse. In einem Fall könnte der betroffenen Person nach dem neuen Gesetz die Todesstrafe drohen.

Wann und warum hat Homophobie in Uganda diese Dimension der Gewalt entwickelt?

► Es gibt die Behauptung, LGBTIQ-Rechte und Homosexualität seien eine europäische Importware. Als Menschenrechtsverteidiger*innen sagen wir, dass es nicht die Homosexualität ist, die eingeführt wurde, sondern die Homophobie. In den Gemeinschaften gibt es lokale Begriffe, um LGBTIQ-Personen zu bezeichnen. Das allein zeigt, dass sie in der vorkolonialen Gesellschaft auch einen Platz hatten. Und in der Tat gab es vor den 2000er-Jahren keine derart gewalttätigen homophoben Übergriffe wie heute und keine öffentlichen homophoben Reden.

Das erste Anti-Homosexuellengesetz wurde während der britischen Kolonialherrschaft eingeführt. Homosexualität wurde als Straftat festgeschrieben. Ab 2008 und 2009 nahmen die öffentlichen Debatten zu, insbesondere vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Politiker*innen wollten so von den wahren Problemen und ihren nicht eingehaltenen Versprechen ablenken. Im Wahlkampf spielen sie Homosexualität zu einer existentiellen Bedrohung für die Gesellschaft hoch, die Bevölkerung fängt an, daran zu glauben.

Diese Politisierung der Homosexualität wurde zugleich durch externe Einflüsse gestärkt. Um das Jahr 2014 tauchten in Uganda Figuren wie der ultra-konservative amerikanische Evangelikale Scott Lively auf. Sie predigten gemeinsam mit lokalen Geistlichen. Sie wollten die vermeintlich ‚gesunde Familie' stärken und schufen eine Atmosphäre homophober Gewalt. Dabei veröffentlichten sie sogar Namen und Wohnort von angeblichen LGBTIQ-Personen. Und sie forderten dazu auf, diese zu töten. Diese beiden Ereignisse beflügelten eine homophobe Debatte.

Der Film »Call me Kuchu« (2012) über David Kato Kisule erregte weltweite Aufmerksamkeit für LGBTIQ-Personen in Uganda. Darin geht es um homophobe Hetze in den Medien. Der Film zeigt die Gefahren des ersten Anti-Homosexualitätsgesetzes, das 2014 von den Gerichten verworfen wurde. Wie verhalten sich die Medien gegenwärtig?

► Das stimmt, unser Kollege Kato – möge er in Frieden ruhen – war eines der ersten Opfer dieser Gewalt. Eine Boulevardzeitschrift hatte damals mit »Hängt sie« getitelt, sie wurde per Gerichtsentscheid aufgelöst. Doch damit konnte die Anti-LGBTIQ-Haltung der Medien nicht aufgehalten werden. Heute haben vor allem Soziale Medien an Einfluss gewonnen. Eine Sensationsberichterstattung über angebliche sexuelle Beziehungen findet vor allem dort statt. Zwei Männer wurden auf TikTok einer schwulen Beziehung und eines Sexualaktes beschuldigt und dann dafür ins Gefängnis gebracht.

Was Fernsehen, Hörfunk und Printmedien betrifft, beobachte ich eine leichte Veränderung. Da werden LGBTIQs manchmal einfach als Minderheit bezeichnet. Es gibt auch vereinzelt Medien, die Interviews mit LGBTIQ-Anwält*innen bringen. Noch vor drei Jahren war die Berichterstattung sehr viel aggressiver und verurteilender. Doch die Medien verbreiten Informationen zu dem Thema noch immer nicht so, dass ihre Leser- oder Hörerschaft über die LGBTIQ-Rechte informiert ist. Sie wählen noch immer einen Unterton, der Vorurteile stärkt und Hass verbreitet.

Können NGOs queere Menschen nach der aktuellen Gesetzeslage überhaupt begleiten, ohne sich strafbar zu machen?

► Ein Bericht von Convening for Equality, ein Bündnis, das sich in Reaktion auf das Anti-Homosexualitätsgesetz gegründet hatte, belegt: Die Situation ist sehr schwierig. Viele LGBTIQ-Personen versuchen, das Land zu verlassen. Die meisten erhalten kein Visum und gehen ins Nachbarland Kenia, in die Flüchtlingslager von Kakuma im Nordwesten. Doch auch dort finden Übergriffe statt. Viele zivile Organisationen, die mit HIV-Positiven oder Aidskranken arbeiten, mussten schließen, andere mussten ihre Angebote reduzieren oder anpassen. Selbst eine medizinische Versorgung von LGBTIQ-Personen kann strafrechtlich verfolgt werden, man macht sich damit der Förderung von Homosexualität verdächtig.

David Kato und seine Mutter, Lydia Mulumba Nalongo | Filmstill aus »Call me Kuchu«, 2012 © Katherine Fairfax Wright

Wie können Queers rechtlich vor Übergriffen geschützt werden?
► Viele Betroffene denken in einer bedrohlichen Lage zunächst nicht darüber nach, in welches Land sie fliehen könnten. Sie kennen die Herausforderungen oder Gesetzeslagen in diesen Ländern nicht, sie wissen nicht, was sie dort erwartet. Daher ist der einzig gangbare Weg, auch für uns Menschenrechtsverteidiger*innen, betroffene Personen an einen anderen Ort in Sicherheit zu bringen, im eigenen Land oder in der jeweiligen Stadt. Doch die Gefahren folgen dir auf dem Fuß, trotz Vorkehrungen.

Viele Betroffene haben ihren Job verloren oder sind aufgrund der Homophobie wohnungslos. Oder ihre Eltern haben sie enterbt, weil die ihrerseits befürchten, selbst von den Nachbarn belästigt und von der Gemeinde ausgeschlossen zu werden. Betroffene zu unterstützen bedeutet also vielerlei. Sie brauchen sofort Hilfe. Doch wir können nicht allein auf kurzfristige Lösungen setzen, wir brauchen eine langfristige Lösung, und das ist nichts anderes als die Abschaffung dieses Gesetzes.

Wie groß ist der Spielraum, der zur Verteidigung bleibt?
► In der gültigen Verfassung Ugandas steht in Paragraph 4 klar geschrieben: Die Menschenrechte sind garantiert. Also auch das Recht, frei von Folter und ohne Diskriminierung zu leben, das Recht auf Privatleben und vieles andere. Auf Basis dieses rechtlichen Rahmens sind wir in der Lage, Wege zu finden, die queere Gemeinschaft zu unterstützen und können gerichtlich gegen Verurteilungen vorgehen. Dennoch ist das extrem hart, schon deshalb, weil das Gesetz Wege findet, anwaltschaftliche Hilfe für die Betroffenen auszuschalten. Die Anwält*innen, die eine Beschwerde beim Verfassungsgericht gegen das Anti-Homosexualitätsgesetz eingereicht hatten, sind Mitte Dezember in einem vollen Saal vor einem Richtergremium erschienen, und haben eine Sammelbeschwerde überreicht.

Fox Odoi, Jurist und früherer Berater von Präsident Museveni, ist einer der Beschwerdeführer vor dem Verfassungsgericht. Er setzt sich trotz Spott, Verhöhnung und Erpressung von Seiten der Abgeordneten und der Öffentlichkeit dafür ein, dass die Verfassung eingehalten wird und tritt für Meinungsfreiheit ein. Wir warten nun darauf, dass der Klage stattgegeben wird, das wäre für mich der Beginn einer langfristigen Lösung.
Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass das Verfassungsgericht nicht über die Legalität von Menschenrechten entscheiden, sondern diese nur bestätigen kann. Sie sind angeboren. Wie immer das Urteil auch ausfällt, Deutschland sollte als einflussreiches Geberland nicht aufhören, für Menschenrechte in Uganda einzustehen.

»Nicht die Homosexualität ist in Uganda eingeführt worden, sondern die Homophobie«

Queer Emergency Aid Uganda forderte das Auswärtige Amt im Oktober dieses Jahres auf, schnell und unbürokratisch humanitäre Visa für 177 gefährdete Personen auszustellen. Wie ist der aktuelle Stand?
► Deutschland hat bisher keine humanitären Visa ausgegeben, weder für direkt Betroffene noch für Menschenrechtsverteidiger*innen wie mich, und es hat keine Schritte unternommen, um dem Statement der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Louise Amtberg, etwas folgen zu lassen. Sie hatte unter anderem die Ausweitung von Schutzprogrammen gefordert. Aber wir hören nicht auf, an Deutschland zu appelieren, die Empfehlungen der ugandischen Verteidiger*innen ernst zu nehmen und tägig zu werden.

► *Das Interview führte und übersetzte Martina Backes (iz3w).*

Ukrainische Teilnehmer*innen und queere Angehörige der ukrainischen Streitkräfte beim CSD Berlin 2023 | Foto: Kirill Kasakov

»Die Ehe für alle könnte vielen helfen«

Queere Ukrainer*innen kämpfen gegen die Invasion und für Rechte

In der Ukraine wirkt eine Auswirkung des Krieges paradox: Die Akzeptanz von LGBTIQ-Personen steigt. Queers sind vom russischen Angriff besonders bedroht und kämpfen sichtbar gegen den Aggressor. Zugleich engagieren sie sich auch nach innen gegen ihre Diskriminierung.

von **Svetlana Boltovska**

► Die Ukraine war 1991 die erste Sowjetrepublik, die Homosexualität entkriminalisierte. Dem jedoch stehen einige antiqueere Gesetzentwürfe nach russischem Vorbild in der Amtszeit von Präsident Wiktor Janukowytsch (2010 bis 2014) gegenüber. Die Gesetze sollten sogenannte homosexuelle Propaganda verbieten. Ein solcher Entwurf wurde im Oktober 2012 im ukrainischen Parlament, dem Rada, sogar in erster Lesung einstimmig angenommen. Die Stimmung im Land war oftmals konservativ.

Zehn Jahre später, im Juni 2022 startet auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Präsidenten eine Online-Petition für die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Innerhalb von wenigen Wochen sammelt sie über 28.000 Unterschriften. Im März 2023 startet erneut eine Petition, diesmal für die eingetragene *Ehe für alle*. Auch sie ist erfolgreich, denn es kommen wieder über die 25.000 Unterschriften zusammen, die es für eine Parlamentsvorlage braucht. Noch im Jahr 2015 bekam eine ähnliche Petition nur 456 Unterschriften. Im Sommer 2022 nimmt der ukrainische Botschafter in Schweden Andrij Plachotniuk offiziell am Stockholm Pride teil. Und im Juli 2023 läuft der neue Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, am Christopher Street Day mit dem ukrainischen LGBTIQ-Block durch Berlin. Wie können diese ungewöhnlich schnellen Fortschritte in einem Land stattfinden, das sich eigentlich seit fast zehn Jahren im Krieg mit dem viel stärkeren Russland befindet?

Queer in der postsowjetischen Ukraine

► Seit den Maidan-Protesten ab November 2013, die man in der Ukraine »Revolution der Würde« nennt, erstarkt die ukrainische Zivilgesellschaft. Ein Teil davon sind auch LGBTIQ-Organisationen, von denen es bereits 2014 über vierzig gibt. Sie veranstalten in Kyiv und in anderen Städten erste Pride-Events. Die Zahl der Teilnehmer*innen der Umzüge steigt trotz Übergriffe von rechtsradikalen und religiösen Extremist*innen kontinuierlich an. Außerdem führen die Organisationen ein regelmäßiges Monitoring der Situation von LGBTIQ-Personen durch und betreiben Advocacy-Arbeit zur Aufklärung der Bevölkerung. Infolgedessen wird 2015 ein Antidiskriminierungsgesetz erlassen, das Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Alter, Nationalität, Rasse, Behinderung, HIV-Status sowie sexueller und geschlechtlicher Identität verbietet.

Am Ende der Maidan-Proteste nutzt die Russische Föderation die instabile politische Lage im Nachbarsland und besetzt die Halbinsel Krim. Zudem stiftet Russland noch 2014 einen Krieg in der Ostukraine und installiert zwei prorussische sogenannte Volksrepubliken in Donezk und Luhansk.

Die Lage von LGBTIQ-Personen in den annektierten Gebieten verschlechtert sich dramatisch. Der sogenannte Russkij Mir (die Russische Welt) duldet keine Diversität. Auf der Krim tritt das russische Gesetz zum Verbot der Propaganda von Homosexualität in Kraft. Alle LGBTIQ-Clubs und Treffpunkte werden geschlossen. Homophobie ist auch eine gezielte Politik in den ‚Volksrepubliken' Donezk und Luhansk, die Strafen für Homosexualität in ihre ‚Verfassungen' aufnehmen. Im Juni 2014 überfallen und zerstören bewaffnete Paramilitärs einen Schwulenclub in Donezk. Das LGBTIQ-Menschenrechtszentrum Nasch Svit (Unsere Welt), das 1998 in Luhansk gegründet wurde, und andere ukrainische LGBTIQ-Organisationen registrieren seit dem Frühjahr 2014 Entführungen, Verhaftungen, Folter und sogar Erschießungen queerer Menschen im besetzen Donbass. Queere Menschen, vor allem Aktivist*innen, müssen fliehen, um ihr Leben zu retten. Die ukrainische NGO Insight, die seit 2008 LGBTIQ-Personen unterstützt, muss 2014 in Kyiv eine Notunterkunft für LGBTIQ-Flüchtlinge aus dem Donbass und der Krim eröffnen.

Während die Welt seit März 2014 der Annexion der Krim und dem Donbass-Krieg eher passiv zusieht und sogar der ukrainische Staat sich zunächst weigert, diesen Krieg als Krieg zu benennen, führt die Mehrheit des Landes ihr gewohntes Leben fort. Erst der große russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022, der permanente Beschuss und weitere Landnahmen verändern schlagartig das gesamte ukrainische Leben – bis heute. Für queere Menschen verändert sich die Situation in den ukrainisch und den russisch dominierten Territorien spiegelverkehrt: hier mehr Akzeptanz, dort Verfolgung.

Die trans Frau und Anwältin Oksana Surchok aus Donezk/Kyiv kämpft in einer Panzereinheit
Foto: Privat Oksana Surchok

Ukrainische Aktivist*innen berichten ...

► Olena Shevchenko ist Leiterin der NGO Insight, Europa-Repräsentantin der NGO ILGA World und Co-Vorsitzende der Europäischen Lesben*-Konferenz. Auch nach Beginn des russischen Angriffskrieges arbeitet sie weiter in Kyiv. 2023 wird Olena Shevchenko vom US-amerikanischen Time Magazin für ihre Menschenrechtsarbeit als eine der zwölf Frauen des Jahres ausgezeichnet. Im September 2023 antwortet sie der iz3w auf die Frage, wie sich das Leben seit dem 24. Februar 2022 verändert hat: »Die Lage der LGBTIQ-Menschen ändert sich so, wie die Lage jeder anderen gesellschaftlichen Gruppe, die keinen gesetzlichen Schutz hat. Stellen Sie sich vor, der Staat erkennt Ihre Familie, Ihre gemeinsamen Kinder, Ihr gemeinsames Eigentum nicht an. Und dann wird dieser Staat zusätzlich von einem Aggressor angegriffen, aber Sie können auf nichts zählen. Auch auf keine Unterstützung, die manchen anderen Vertriebenen angeboten wird, etwa staatliche Hilfen für Familien mit Kindern.«

Die Mitarbeiterin der feministischen, LGBTIQ-inklusiven Stiftung *Inscha* (Die Andere), Maryna Usmanova, musste mit ihrer queeren Familie 2022 aus Cherson vor der russischen Besatzung fliehen. Heute engagiert sie sich in Deutschland in der Ukraine-Hilfe sowie in der dortigen ukrainischen LGBTIQ-Community. Sie sagt zur Lage nach dem Überfall: »Als die russische Armee meine Heimatstadt Cherson besetzte, wurde dort buchstäblich eine Jagd auf LGBTIQ-Menschen eröffnet. Ich kenne junge Männer, die von Russen gefoltert wurden. Unsere NGO registriert Fälle der Gewalt. Einer davon ist der eines jungen Mannes, dem die Russen beide Beine durchgeschossen haben, weil sie in seinem Smartphone eine Dating-App für Schwule gefunden hatten.«

> »In Cherson wurde buchstäblich Jagd auf LGBTIQ-Menschen gemacht«

Für die Ukraine selbst stellt Maryna Usmanova regionale Unterschiede fest, die sich abschleifen: »In Kyiv sind die Menschen mehr an die Vielfalt gewöhnt, während sie in Lviv konservativer sind. Aber der Zustrom der Menschen aus dem Süden, Osten und Norden gleicht die Unterschiede aus. In einigen Orten der Westukraine hat sich die Bevölkerung verdoppelt. Überall werden Advocacy-Prozesse durchgeführt. Die Istanbuler Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt wurde von der Regierung in Kraft gesetzt und die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften rückt heran. Dies ist ein paradoxer Fall, weil die abscheuliche Homophobie des Angreifers zur Verbesserung der Einstellung gegenüber LGBTIQ-Menschen in der ukrainischen Gesellschaft beiträgt. Im Moment sehe ich Unterstützung für die LGBTIQ-Gemeinschaft selbst von Leuten, von denen ich es nie erwartet hätte.«

... über LGBTIQs im Krieg ...

► Tatsächlich zeigt eine gemeinsame Statistik des Zentrums *Nasch Svit* und des Kyiv International Institut of Sociology eine langfristig steigende Akzeptanz von LGBTIQ-Personen. Während 2016 nur 33 Prozent der Befragten für die Gleichberechtigung von Queers waren, so sind es inzwischen doppelt so viele. Die Beteiligung queerer Menschen am aktiven Widerstand im Krieg gegen Russland, vor allem als Armeeangehörige, beschleunigt diese Veränderung. Obwohl weiterhin einzelne queerfeindliche Gewaltdelikte bekannt werden, rechnen 68 Prozent der Ukrainer*innen den vielen kämpfenden LGBTIQ-Personen ihr Engagement gegen die russische Invasion hoch an.

Olena Shevchenko erklärt dazu: »In den ukrainischen Streitkräften dienen sehr viele LGBTIQ-Menschen. Über 400 haben sich schon öffentlich geoutet. Die Zahl kann man ruhig auf zehn multiplizieren. Die Mehrheit outet sich nicht, weil sie Angst hat, weil sie keine zusätzlichen Probleme haben möchte, weil sie in einer homophoben Umgebung aufgewachsen ist.« Maryna Usmanova ergänzt: »Unter denjenigen, die ich persönlich kenne, sind sechs schwule Männer aus Cherson, die in den Streitkräften dienen, und

ein trans Mann, der im besetzten Cherson in einer Partisanengruppe Widerstand geleistet hat. Unter meinen Facebook-Freund*innen sind drei trans Frauen, die in der Armee an der Front kämpfen. Unter den Dutzenden von queeren Menschen, mit denen ich in Kontakt bin, befinden sich Soldat*innen, Sanitäter*innen, Militärpsycholog*innen und Ausbilder*innen. Dazu kommen viele freiwillige Helfer*innen.«

Alle LGBTIQ-Personen tragen auf unterschiedliche Weise zum künftigen Sieg über Russland in der Ukraine bei, so Maryna Usmanova: »Als Beispiel kann ich die Geschichte eines Baristas aus unser Community im zeitweise annektierten Cherson erzählen. Er hat während der Besatzung Kaffee gekocht, widerwillig auch für russische Besatzer. Nach der Befreiung Chersons überraschte er uns, weil er eine Medaille des ukrainischen Sicherheitsdienstes für seine Informationen erhielt. Denn ein Barista kann eine Menge hören!« Die Auswirkungen seien ermutigend: »Die Ukraine wird im Gegensatz zu Russland immer toleranter. Dutzende von Armeeangehörigen outen sich. Natürlich gibt es Probleme und viele outen sich nicht, aber die Dynamik ist positiv.«

... und in der Öffentlichkeit

► Während in der Russischen Föderation queere Menschen ausgegrenzt werden und seit Januar 2024 als ‚Extremisten' staatlich verfolgt sowie trans Personen alle Familienrechte entzogen werden, werden Queers in der Ukraine immer sichtbarer. Es existiert in der Ukraine ein Verein Ukrainian LGBTIQ Soldiers and our Allies (Ukrainische LGBTIQ Streitkräfteangehörige für gleiche Rechte). Der Verein wurde 2018 nach der »Wir waren hier«-Fotoausstellung von Anton Schebetko gegründet. Die Ausstellung erzählte von Schwulen, Lesben und trans Personen, die als Freiwillige oder Soldat*innen im Kriegsgebiet im Donbass kämpften. Ihre Gesichter wurden dabei nicht gezeigt. In einer TV-Sendung über die Ausstellung outete sich allerdings der erste Donbass-Kriegsveteran Viktor Pylypenko. Im Sommer 2018 nahmen bereits 30 LGBTIQ-Veteran*innen offen an der Kyiv-Pride teil. Ihr Block wurde von Viktor Pylypenko und der offen lesbischen Freiwilligen Nastja Konfederat angeführt.

Der Verein vereinigt heute queere Armeeangehörige und Freiwillige, egal ob geoutet oder nicht. Er betreibt außerdem die Website lgbtmilitary.org.ua sowie mehrere Chats und Gruppen mit Tausenden von Followern in sozialen Netzwerken. Dort finden sich immer neue Fotos und Storys sowie leider auch Todesanzeigen. Der Verein sieht seine Aufgabe in der »Verteidigung der Ukraine gegen die russische Invasion an der Front«, aber auch in »der Verteidigung der Demokratie und Gleichberechtigung für alle«.

Rechtliche Absicherung

► In der Kriegszeit, wenn jeder Tag der letzte sein kann, wurde die legislative Ermöglichung der Ehe für alle zum wichtigsten Ziel der ukrainischen LGBTIQ-Bewegung. Es geht vor allem um Rechte im Krieg: dass LGBTIQ-Personen wie alle Verheirateten das Recht haben, ihre*n Partner*in im Krankenhaus zu besuchen, deren Leiche aus der Leichenhalle abzuholen, sie zu beerdigen und gegebenenfalls einen Anspruch auf Entschädigung zu haben. Bis jetzt ist dies gesetzlich jedoch noch nicht erlaubt.

Olena Shevchenko schildert die Problematik so: »Unsere Gesellschaft ist heute bereit, gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu unterstützen, Hassverbrechen gesetzlich zu verfolgen, und auch für die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehe ist sie bereit. Das Problem ist die Gesetzgebung, die Parlamentsabgeordneten und der Präsident. Sie alle denken, diese Akzeptanz sei vielleicht nur temporär und sie könnten dadurch womöglich ihre konservativen Wähler*innen verlieren. Es ist schon traurig. Allein die Einführung eingetragener Lebenspartnerschaft könnte so vielen Menschen sehr helfen. Wie viele sind bereits gefallen? Wie viele haben ihre Angehörigen verloren?« Es gehe den Menschen, die einander lieben, darum als Familie anerkannt zu werden: »Es gibt lesbische Frauen, die wegen ihrer Kinder in andere Staaten flüchten. Sie haben jetzt standesamtlich geschlossene Ehen aus diesen Staaten. Ich kenne Dutzende solcher Eheschließungen im Ausland. Und sie wollen irgendwann zurück. Aber was können wir ihnen hier anbieten? Gar nichts!« Die Regierung denke hier überhaupt nicht daran: »Der Staat ignoriert die eigenen Staatsbürger*innen. Diese Menschen werden dieses Land wiederaufbauen. Schafft doch die Voraussetzungen! Es kostet den Staat kein Geld. Er soll nur allen gleiche Rechte geben, das ist alles! Man muss nichts erfinden. Man muss nichts ändern, nur die Diskriminierung abschaffen...«

Die Ehe für alle wäre so die bestmögliche Variante der rechtlich gefestigten Verbindung. Olena Shevchenko bezieht sich noch einmal auf die zwei oben erwähnten Petitionen: »Die erste war zur Homo-Ehe. Der Präsident antwortete: Im Prinzip nein, die Verfassung definiert die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau und man darf die Verfassung während des Krieges nicht ändern. Das Ministerkabinett solle jedoch schon einmal einen Gesetzentwurf für die eingetragene Lebenspartnerschaft vorbereiten. Doch es gibt bereits acht solcher Gesetzesentwürfe! Jetzt geht es um einen Gesetzesentwurf für zivile Partnerschaften, der gar nicht schlecht ist. Wir warten zwar auf die Ehe für alle, aber wir unterstützen auch diesen Gesetzesentwurf. Doch er liegt brach, weil es keinen politischen Willen dafür gibt.« Das sei unhaltbar: »In den letzten zehn Jahren hat sich die Ukraine sehr verändert. Die Zivilgesellschaft hat sich für uns positiv entwickelt. Doch die Jahre des Totalitarismus und der Sowjetzeit haben ihre Spuren hinterlassen. Diversität anzuerkennen fällt vielen Menschen noch schwer. Trotzdem sehe ich vor allem bei den jüngeren Generationen Veränderungen. Wir haben gute Perspektiven in einem Land, das selbst einen Kampf für seine Rechte und Freiheiten gegen einen äußeren Aggressor führt und jetzt versteht, was diese Freiheit und Rechte bedeuten.«

> Es gibt eine steigende Akzeptanz von LGBTIQ-Personen

Maryna Usmanova sieht ebenfalls Veränderung: »Vor zehn Jahren gab es in meiner Heimatstadt noch Wahlplakate mit der Aufschrift ‚Die EU bedeutet Homo-Ehe! Wenn du dagegen bist, stimme für die Zollunion mit Russland!' Als man früher in Kyiv die ersten Pläne für eine Pride-Veranstaltung besprach, wurde so etwas in anderen Städten nicht einmal erwogen. Die meisten von uns dachten über eingetragene Lebenspartnerschaft: ‚Leider nicht zu meinen Lebzeiten'. Aber 2022, vor dem Angriff, war ich bereits an der Planung des siebten jährlichen Prides in Cherson beteiligt. Außerdem liegt der Gesetzentwurf über zivile Partnerschaften jetzt dem Parlament vor und hat gute Chancen, angenommen zu werden.«

► **Svetlana Boltovska** ist Ethnologin. Seit 2010 beschäftigt sie sich journalistisch und wissenschaftlich mit der Ukraine.

»Würde deine Familie dich töten?«

Eine queere Liebesgeschichte aus Pakistan

Joyland ist ein bewegendes Porträt einer zerrissenen und zugleich traditionsloyalen Familie. Das Beziehungsgeflecht der Beteiligten ist entlang der Widersprüche zwischen individuellen Erfahrungen und vorherrschenden Traditionen stetig in Bewegung.

von **Lilith Raza**

Filmstill aus »Joyland«, 2022 © FILMPERLEN

► Familie Rana lebt in der pakistanischen Provinz Punjab im eher ärmeren Zentrum von Lahore. Rana Amanullah ist der verwitwete und im Rollstuhl sitzende Familienpatriarch (Salmaan Peerzada). Bei ihm leben seine zwei Söhne und deren Frauen und Kinder im gemeinsamen Haushalt.

Der älteste Sohn Saleem (Sohail Sameer) und seine Frau Nucchi (Sarwat Gilani) haben drei Töchter und sie werden gerade zum vierten Mal Eltern einer Tochter. Der Großvater wünscht sich einen Enkelsohn, der den Familiennamen weiterführt. Noch keinen Nachwuchs haben sein jüngerer Sohn Haider (Ali Junejo) und seine Frau Mumtaz (Rasti Farooq).

Als Haider einen Job als Tänzer in einem erotischen Theater bekommt, nimmt die Familiengeschichte eine Wendung. Seinem Vater erzählt Haider, er arbeite als Manager. Denn sein wahrer Job als Background-Tänzer für die Performerin Biba (Alina Khan), die als trans Frau in den Pausen auftritt, gilt nicht als ‚anständige' und respektable Arbeit. Die Familie drängt nun die Ehefrau Mumtaz, ihre Arbeit als Kosmetikerin aufzugeben, weil Haider plötzlich Geld nach Hause bringt und sich nicht mehr um den Haushalt kümmern kann. Mumtaz gibt ihre Arbeit auf, obwohl das der internen Abmachung des Paares widerspricht. Denn entgegen der pakistanischen Gepflogenheit (die Männer entscheiden zumeist, ob die Ehefrauen arbeiten gehen dürfen) gab Haider seiner Frau das Wort, sie arbeiten zu lassen. Mumtaz, neben Biba die einzige emanzipierte Frau, leidet unter dem Verrat ihres Mannes, der sich dem Diktat des Vaters beugt, und sie leidet unter dem Gefühl der Vernachlässigung. Als Mumatz auch noch schwanger wird und einen Sohn erwartet, wird sie von Depressionen ergriffen. Zu diesem Zeitpunkt ist Haider längst in seine Chefin verliebt und auf der Suche nach sich selbst.

»Würde deine Familie dich töten, wenn sie die Wahrheit erfahren würde?« fragt Biba. Und Haider scheint sich zunächst nicht sicher, ob er seinem Begehren tatsächlich nachgeben soll. Die Liebesgeschichte zwischen Haider und Biba ist eine in der pakistanischen Filmindustrie zuvor nie dargestellte, verschwiegene Liebe zwischen trans Frauen und cis Männern – auch wenn sie der Realität etlicher Menschen in Pakistan entspricht.

In Joyland gibt es keine eindeutige Hauptfigur. In sehr vielen Szenen und bei allen Figuren des Films wird der enorme Druck deutlich, unter dem die Mehrheit der pakistanischen Familien steht. Der Film weckt das Interesse des Publikums auch deshalb, weil kein Familienmitglied ohne ein Geheimnis oder geheimes Begehren bleibt. Dabei wird zum einen die Tabuisierung von Queerness in der pakistanischen Gesellschaft behutsam thematisiert. Zum anderen schafft jede Rolle ein Angebot, sich mit einer der Personen zu identifizieren – auch damit zieht der Film das Publikum in seinen Bann. Einerseits zeigt der Film die Lust und das Begehren von Frauen im Haus, ohne sich um die religiösen Gebote zu kümmern. Andererseits thematisiert er die Gefahren, denen trans Frauen ausgesetzt sind – ohne sie in eine Opferrolle zu drängen. Die komplexe queere Realität in Pakistan wird in diesem Film sichtbar und sie spielt sich auf vielen Ebenen ab. So geht der Regisseur Saim Sadiq in seinem Spielfilmdebüt, für das er 2022 die Queere Palme gewann, differenziert mit gesellschaftlichen Tabuthemen um. Der Kuss einer trans Frau, die Selbstbefriedigung einer cis Frau, der erotische Tanz im Zentrum des westlichen Punjabs in der Islamischen Republik, das sind Realitäten, die in diesem Film zu sehen sind.

Im Film wird vor allem die Transgender-Community sichtbar gemacht. Das Wort trans hat seine Wurzeln im lateinischen Sprachraum. In Pakistan hingegen wird wertschätzend von »Khawaja Sira« gesprochen (in Südasien allgemein oft von Hijras). Seit 2018 hat Pakistan eines der progressivsten Transgender-Gesetze der Welt, wonach jede Person ihr Geschlecht selbst bestimmen kann. Allerdings versucht das konservativ-islamistische Lager seit Mai 2023, die Selbstbestimmung des Geschlechtes zu kippen. Auch deshalb ist es gut, dass Joyland – wenngleich nach Zensuren – in Pakistan für die Kinos freigegeben wurde. In einem offiziellen Programm lief der Film dennoch nicht. Und »die zensierten Szenen reichten von bestimmten Dialogen bis hin zu Tänzen und anderen wichtigen Teilen der Geschichte«, so Alina Khan.

Gegen Ende wird es melodramatisch, alles geht schief. Diese Eskalation wäre nicht nötig gewesen, denn auch ohne große Dramatik wäre man den Figuren gerne noch etwas gefolgt. Doch vielleicht ist das dramatische Ende auch als subtile Kritik zu verstehen. Wirkliche Freiheit wäre in den Augen des pakistanischen Publikums eine sehr utopische Vorstellung gewesen. Diese wird im Film zumindest angedeutet, als Haider auf die Frage, ob er Angst habe, selbstsicher meint: »Nein, ich will es so.«

► **Lilith Raza** ist Fachreferentin beim Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) für den Bereich LGBTIQ und Flucht und lebt in Köln. In der iz3w 390 erschien ihr Artikel »Wo sollen wir hin?« über Lebensrealitäten queerer Menschen in Pakistan.

Mobiles Kino in Ghana in den 1950er-Jahren
Foto: Information Services Department, Ghana

Filmplakate v.l.n.r:
»Afrika spricht!« von Walter Futter, USA 1930
»Tunisian Victory« anglo-amerikanischer Propagandafilm von Frank Capra, GB/USA 1944
»Hinter Haremsgittern« von Florián Rey, Deutschland/Spanien 1940

Der afrikanische Patient

Das Kino in Afrika krankt an seiner Kolonialgeschichte

Der Film in den afrikanischen Ländern war zuerst ein Legitimationsmedium des Kolonialismus. Im Zweiten Weltkrieg rangen die Alliierten und die Achsenmächte per Filmvorführungen um Kriegsunterstützung in Afrika. Der Frühling des afrikanischen Kinos im Umfeld der Unabhängigkeitsbewegungen um das Jahr 1960 herum war kurz. Heute ist die Produktion von Kinofilmen in Afrika marginal und wird dort kaum zur Kenntnis genommen.

von **Oliver Schulten**

► Mit der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten ab 1960 kam auch die Frage nach dem Umgang mit dem Medium Film in Afrika auf. Führende Politiker*innen und Filmemacher*innen, wie Kwame Nkrumah in Ghana und Pedro Pimenta in Mozambique, stellten fest, dass es eigentlich kein afrikanisches Kino gab und dieser Markt vom Ausland beherrscht wurde.

Heute ist die Situation kaum besser. Zwar gibt es ein vielfältiges afrikanisches Kino, das auf internationalen Festivals vertreten ist (iz3w 399) oder eine produktive nigerianische Filmindustrie, die vor allem populäre Home-Video- und später TV- und Streaming-Produktionen auf den Markt brachte. Aber diese Vielfalt täuscht, denn dem stehen drei nachhaltige Probleme gegenüber: Erstens wurde der Film ursprünglich allein zur Legitimation des Kolonialismus in den Kontinent eingeführt. Im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich daraus übrigens ein cineastischer Stellvertreterkrieg zwischen dem faschistischen Deutschen Reich und Italien einerseits und den Alliierten andererseits. Zweitens gelang es auch später nie, eine unabhängige potente Kinofilmproduktion in afrikanischen Ländern zu verankern. Und drittens gibt es in den afrikanischen Ländern fast keine Kinos und damit auch fast kein Kinopublikum.

Auch im Jahr 1960 war die Problematik so gelagert. Vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA beherrschten den Markt. Dies sollte sich zukünftig ändern: Fortan sollten Filme von und für Menschen in Afrika produziert werden. Es sollten Filme über alle sprachlichen, politischen und soziokulturellen Grenzen hinweg entstehen und Darsteller*innen aus Afrika die Hauptrollen übernehmen. Zusätzlich sollten die ‚Lügen des weißen Mannes' entlarvt sowie den Menschen in Afrika ihre Geschichte zurückgegeben

werden. Der afrikanische Film sollte gleichberechtigt in der internationalen Filmszene vertreten sein und den Filmschaffenden ihr Einkommen gewähren. Dies sollte mit Hilfe der UNESCO und aufgrund fehlender eigener Finanzmittel auch mit Hilfe der ehemaligen Kolonialmächte realisiert werden. Die Finanzierung von Filmen und die Ausbildung von Filmemacher*innen hatten dabei Priorität. Die neugegründete Pan-African Filmmakers Federation (FEPACI) sollte dem Nachdruck verleihen und auf internationalen Treffen, wie 1970 in Tunis oder 1990 in Harare, wurde an der Umsetzung gearbeitet. Um diese Anliegen besser zu verstehen, ist ein Blick auf die Entwicklung des Films in Afrika nötig.

Als die Bilder laufen lernten

► Das neue Medium kam mit dem Kolonialismus nach Afrika. Dabei fanden die ersten Filmvorführungen fast zeitgleich in Europa und Afrika statt. So drehten die Brüder Lumière, die Erfinder des Films mit der weltweit ersten Filmvorführung im Dezember 1895 in einem Pariser Café, noch im gleichen Jahr Kurzfilme in Nordafrika. Ein Jahr später waren sie in Algier aktiv und brachten dort nicht zuletzt die ersten rassistisch geprägten Szenen auf die Leinwand. Bis 1903 produzierten sie hundert Filme in und über Afrika, mit Titeln wie »Neger tanzen in den Straßen« (1896) oder »Ashanti-Neger« (1897, aufgenommen in Lyon). 1905 beschäftigten die Lumières den einheimischen Algerier Felix Mesguich als Kameramann, der aber keinen inhaltlichen Einfluss bekam.

Wie sahen die Filme über Afrika aus? Bereits ab 1907 drehte die internationale, teils im südwestdeutschen Freiburg ansässige Filmfirma Raleigh & Robert eine Filmreihe »Die Viktoriafälle« im heutigen Zimbabwe und Sambia. Der Kolonialhistoriker Wolfgang Fuhrmann verweist darauf, dass die Werbeanzeige für die Filme betont, sie zeigten, wie sich die deutsche Industrie »in allernächster Zeit dieser enormen Wasserkräfte bemächtigt, um Elektrizität im Innersten Afrikas zu erzeugen«. Die Filme hießen »Die Wilden beim Eisenbahnbau« oder »Die Sittenverbesserung eines Negers«. Wie schon die Titel besagen, wurden die ‚zivilisatorischen Leistungen' der Europäer*innen gelobt und den Schwarzen abgesprochen.

Das afrikanische Filmpublikum der anfangs mobilen Vorführungen sollte im kolonialpolitischen Sinne erzogen werden. Dabei glaubte man, dass Afrikaner*innen nicht in der Lage wären, das Filmgeschehen von der Realität zu unterscheiden. Die Filmprogramme sollten schlicht gestaltet werden. So wurden einerseits dem Publikum in Afrika hauptsächlich amerikanische Western, Cartoons und Charlie-Chaplin-Filme gezeigt. Andererseits war der frühe Film über Afrika, der vorwiegend in Europa gezeigt wurde, geprägt von Bildern wie dem vom ‚herrenlosen Land', das nur erobert werden muss, von gefährlichen ‚Wilden', ‚afrikanischen Kannibalen' und ‚sexhungrigen Arabern', von Exotismus wie dem ‚Orient' mit seinen ‚Harems-Frauen' oder den unzivilisierten ‚Rassen', die ihre ‚Stammeskriege' führen. Das europäische Publikum konnte dabei in der Vorstellung eines christlichen Zivilisationsauftrags schwelgen.

Afrikanisches Kino im Zweiten Weltkrieg ...

► Die 1930er- und 1940er-Jahre waren geprägt vom Faschismus. Gerade für die Überseeterritorien des prodeutschen Vichy-Frankreichs wie Madagaskar oder dem französischen Sudan, für Mussolinis italienisches Imperium in Libyen und Nordostafrika sowie für Südafrika veränderte dies die koloniale Filmproduktion. Faschistische Propaganda war allgegenwärtig und in den Kinoräumen wurde die ‚Rassentrennung' ausgebaut. Zur inhaltlichen Kontrolle erließ etwa 1934 der Generalgouverneur in Französisch-Westafrika ein Dekret, wonach es nur mit der Genehmigung der Verwaltungen erlaubt war, Filme in Afrika zu drehen und zu zeigen. Afrikaner*innen selbst war es verboten, Filme zu produzieren. Dieses sogenannte Laval-Dekret blieb bis 1960 in Kraft.

Es gab Gegenkräfte. Der Schriftsteller Amadou Hampâté Bâ berichtete vom Widerstand der lokalen Autoritäten und Imame gegen eine Filmaufführung in der malischen Kleinstadt Bandiagara im Jahr 1935. Der lokale Kommandant des État français hatte die Ältesten aufgefordert, sich auf dem Marktplatz einen französischen Propagandafilm anzusehen. Um nicht der ‚weißen Verführung' zur erliegen, verboten die Chiefs und Imame, dass Kinder und Frauen kamen. Außerdem schlossen alle Anwesenden während des Films die Augen. Solche Szenen wiederholten sich im November 1951 im senegalesischen M'Boumba. Einheimische lokale Eliten wie auch der antikoloniale Rassemblement Démocratique Africaine forderten anstatt Propagandaveranstaltungen den Ausbau des Schulsystems.

Der Zweite Weltkrieg war eine Zäsur. Die ersten europäischen Aktivitäten in Afrika waren nun die Rekrutierung von Soldaten sowie von Arbeiter*innen für die Kriegsindustrie, den Bergbau und die Versorgung der Fronten mit Nahrungsmitteln. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs verdreifachte sich die Zahl der in ganz Afrika produzierten Filme. Ein Trend, der sich in der Nachkriegszeit fortsetzte. Tunesien wurde zum Drehort für Propagandafilme der Alliierten im Kampf gegen die Deutschen in Nordafrika. In Algerien produzierte der Service de Diffusion Cinématographique (SDC) Filme für Vichy-Frankreich. Von 1943 bis 1948 wurden damit über eine Millionen Menschen in Algerien erreicht.

> Das unabhängige Kino sollte die ‚Lügen des weißen Mannes' entlarven

In Madagaskar wurden Kinos dagegen zu Zentren des antikolonialen Widerstandes. Die Kinos wurden für oppositionelle Versammlungen genutzt. Am 31. Dezember 1940 gab es in einem Kino in Diego-Suarez während der Vorführung von Nachrichtenfilmen tosenden Applaus, sobald britische Truppen im Kampf gegen Vichy-Frankreich zu sehen waren. Ähnliches ereignete sich bei einer Vorführung am 9. August 1941 im REX-Kino in Majunga, das daraufhin geschlossen wurde. Bei weiteren Vorführungen war stets die Polizei anwesend.

... bringt neue Filmkooperationen ...

► Die Beteiligung von marokkanischen Truppen am spanischen Bürgerkrieg wurde bereits 1939 filmisch kommentiert. Die antirepublikanischen spanischen Spielfilmprojekte »Aixa's Song« und »Moroccan Ballad Book« wurden in den Berliner UFA- und Tobis-Studios als deutsch-spanische Produktionen gedreht. Zu dieser Zeit suchte die spanische Regierung die Nähe zu Hitler-Deutschland, in der Hoffnung, weiteres Land in Afrika zu erhalten. Die deutschen Filmgesellschaften hofften, den spanischen Markt zu erschließen. Vor diesem Hintergrund geht es in »Aixa's Song«, auf Spanisch »La canción de Aixa« und auf Deutsch »Hinter Haremsgittern«, kinoüblich hoch her: Eine begehrte Kabarettsängerin aus der

Hauptstadt Spanisch-Marokkos wird zum Zankapfel zwischen alteingesessenen berberisch-kabylischen Familien und verfeindeten Stammesfürsten. Es gibt Reiterparaden, Lieder und den »Tanz der Schleier«. Die Sängerin hegt Selbstmordabsichten, aber dann wird alles gut.

Auch der spanische Film »Harka« des Regisseurs Carlos Arévalo, gedreht 1941 in Marokko, unterscheidet klar zwischen ‚weißen', spanischen Helden und ‚barbarischen Afrikanern/Arabern'. Zugleich entstanden in Spanisch-Guinea, dem heutigen Äquatorial-Guinea, die ersten Filme. Dabei wurde die erfolgreiche Missionierung der ‚Heiden' thematisiert und Liebesbeziehungen zwischen ‚weißen' Frauen und ‚schwarzen' Männern verdammt. Noch in den 1950er-Jahren regulierte hier ein Apartheidsystem den Zutritt zu den Kinos: ‚Weiße' und ‚Farbige' mussten getrennt in die Filmtheater gehen. Dieses System lässt sich ebenso für Mozambique und dem Belgischen Kongo nachweisen.

... und Propagandafilme hervor

► Im britisch kolonisierten Zambia wurde zur Mobilisierung gegen den deutschen Kriegsfeind in Kurzfilmen von den Kriegsfronten berichtet. Der Northern Rhodesia Information Service (NRIS) organisierte mobile Vorführungen. Bald fuhren über sechs mobile Vorführwagen auch in kleine Dörfer. Zusätzlich zeigten 15 Open-Air-Theater, reserviert für Afrikaner*innen, Filme. Unter anderem wurde im August 1945 in Luanshya der Horror der nationalsozialistischen Konzentrationslager vorgeführt. Es kam zu Protesten, vor allem, weil Kinder nicht vor der Gewaltdarstellung gewarnt worden waren. Im britischen Protektorat Botswana wurden Filmaufnahmen gemacht, um diese den Soldaten aus Botswana im Mittleren Osten und in Ägypten zu zeigen. Daneben stellten Propagandafilme die koloniale Entwicklung positiv dar: Erfolge im Gesundheitswesen, im öffentlichen Bau, der politischen Bildung und in der Landwirtschaft. Im Land selbst fanden mobile Vorführungen in Kirchen und Hallen statt. In Ostafrika fanden die Vorführungen meist auf Spiel- oder Marktplätzen statt. So konnten jeweils bis zu 3.000 Zuschauer*innen angezogen werden. In Zambia konnten im Jahr 1942 etwa 17.000 Afrikaner*innen wöchentlich in den Minenzentren durch den NRIS und etwa 80.000 auf dem Land erreicht werden. In Kenia sollen zwischen Juli 1940 und April 1944 mehr als eine Millionen Menschen erreicht worden sein. Ob und wie diese Propaganda tatsächlich zum Erfolg der Alliierten im Weltkrieg beigetragen hat, ist unklar.

Im Zusammenhang mit der Besetzung Äthiopiens durch das faschistische Italien wurden dort italienische Propagandafilme gedreht. Der »Duce« Benito Mussolini ließ dafür die Educational Cinematographic Union (Istituto Luce) gründen. In den größeren Städten Äthiopiens wurden mehrere Kinos eröffnet, alleine vier in Addis Abeba. Sie waren nach ‚Rassen' aufgeteilt. Zwischen 1938 und 1939 waren zusätzlich zehn Lastkraftwagen der Firmen Fiat und Pirelli in Italienisch-Ostafrika unterwegs, um mobile Filmvorführungen anzubieten. Keiner der Filme wurde in den Landessprachen des Publikums gezeigt. Bis 1940 existierten in Äthiopien, Eritrea und Somalia 55 Filmtheater mit 60.000 Sitzen. Das *Hamasien* in Asmara, das *Benadir* in Mogadischu, das *Imperiale* in Assab und das *Eritreo* in Massawa waren nur für Afrikaner*innen reserviert; das *Excelsior* in Asmara und das *Roma* in Addis Abeba waren hingegen nur für ‚weiße' Gäste geöffnet. Die ‚Rassentrennung' in den Kinos führte schließlich zum Bankrott der Theater, da zu wenige ‚Weiße' kamen. Zusätzlich wurden Produktionen von den Zensurbehörden verboten, weil sie beispielsweise zur »Rassenschande« aufrufen würden. Sogar Filme wie das Garibaldi-Drama »1860« wurden verboten, welches den Freiheitskampf Italiens gegenüber dem Habsburger-Reich zeigt. Es könnte ja den Freiheitsdrang in Afrika unterstützen.

Das Kino ist nicht dekolonisiert

► Der koloniale Film sollte den kolonialen Anspruch in Afrika untermauern. Er sollte zudem die kolonisierenden europäischen Gesellschaften einigen. Als Negativfolie wurde dafür eine imaginäre barbarische Welt vorgeführt. Der Zugang zum Film jenseits propagandistischer Vorführungen blieb Menschen in Afrika über Jahrzehnte verwehrt. ‚Rassentrennung' und Zensur bestimmten das Kino in Afrika bis weit in die 1950er-Jahre hinein. Mit den aufkommenden Freiheitsbewegungen änderte sich das kurzzeitig, was zu einem Aufschwung des eigenständigen afrikanischen Films führte. Und bis heute bringt der afrikanische Film jährlich spannende Produktionen (iz3w 348, 392 u.a.) und wichtige postkoloniale Filmemacher wie Moussa Touré oder Ousmane Sembène hervor. Aber bald erschwerten neue autoritäre Machthaber das freie Filmschaffen in der postkolonialen Zeit erneut. Mit der aufkommenden Fernseh- und Videoindustrie, Geldmangel und fehlender internationaler Unterstützung setzte bereits zu Beginn der 1990er-Jahre ein früher Niedergang des afrikanischen Kinos ein.

> Es gibt in Afrika wenige Kinos und deshalb kaum Kinopublikum

Heute existieren nur wenige gut funktionierende Kinos in Afrika und die Dominanz der finanzkräftigen Staaten in Europa und der USA behindern die Entwicklung eines eigenständigen Filmschaffens. Hinzu kommen die Abschottungspolitiken Europas und der USA, die ein freies Reisen für afrikanische Filmschaffende erschweren. Zudem werden selbst die Filme aus Afrika größtenteils nur im Ausland gezeigt und nicht in den Herkunftsländern selbst. Schätzungen aus dem Jahr 2017 besagen, dass es in ganz Afrika etwa 1.100 Kinos gab, wovon 750 in Südafrika zu finden waren. Zum Vergleich: Allein in Deutschland existierten vor dem Ersten Weltkrieg 3.000 Kinos und Filmtheater und 2022 sollen es noch 1.730 gewesen sein.

Bei den Debatten über das koloniale Erbe Europas ist der populäre Bereich des Films bisher kaum beachtet worden. Aber die Analyse des kolonialen Films kann dabei helfen, die Ursprünge von Vorurteilen und diskriminierenden Haltungen zu verstehen. Bei der Rekonstruktion einer internationalen Geschichte des Rassismus darf das Medium Film nicht fehlen. So begleitet das paternalistische Motiv von den hilfsbedürftigen afrikanischen Kindern, denen westliche Hilfe zuteilwird, den Film seit hundert Jahren. Kannibalen tauchen bis heute in Spielfilmen auf und untermauern Stereotype. Und die heutige Festung Europa fußt auf den unzählig oft konsumierten Bildern der ‚Anderen', die weiterhin im Film unkritisch auf- und angenommen werden.

► **Oliver Schulten** ist Experte für afrikanische Geschichte und hat zwischen 2016 und 2021 die Afrika-Filmtage in Wuppertal organisiert. Eine Langfassung des Artikels findet sich bei Academia: bit.ly/3ScS7Hu

Klassenkampf statt Selflove

► Wenn jede*r an sich denkt, ist an alle gedacht – oder eben auch nicht. Jean-Philippe Kindler dreht in **Scheiß auf Selflove, gib mir Klassenkampf. Eine neue Kapitalismuskritik** diese altbekannte Redensart um: »Wenn jeder nur an sich denkt, ist an niemanden gedacht.« Das klingt nach gewohnter Kapitalismuskritik, aber Kindler geht es um etwas Anderes. Er zielt auf individualistische Tendenzen in der Linken, die es verpasst, systemische Veränderungen einzufordern.

Der Kern seiner Analyse: Es mangelt an einer Perspektive, die das Wohl des Einzelnen in Relation setzt zum Wohl der Allgemeinheit. Stattdessen herrsche eine Obsession mit dem eigenen Selbst, wodurch die Linke ihr eigentliches Ziel, den Kampf gegen eine ausbeuterische Klassengesellschaft, aus den Augen verliere. Linke Forderungen nach Quoten in Führungsebenen mögen für individuelle Lebensläufe vorteilhaft sein. Für Kindler handelt es sich hierbei jedoch um einen vergifteten Kompromiss, der allein dazu führe, dass die Kreise derer, die von den ausbeuterischen Verhältnissen profitieren, diverser werden. Er trifft einen Punkt, wenn er kritisiert, dass für die alleinerziehende Mutter mit Migrationshintergrund und drei Jobs im Mindestlohnsektor wenig gewonnen ist, wenn sie nun die Wohnung einer Schwarzen Vorstandsvorsitzenden putzt statt eines weißen Vorstandsvorsitzenden. Das System der Ausbeutung bleibt in seinem Kern erhalten.

Statt individueller Läuterung brauche es systemische Veränderungen. Kindler schreibt für eine Repolitisierung des guten Lebens, denn psychische Erkrankungen, Klimakrise und Armut sind als Ergebnisse gesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen. Keines davon kann auf individueller Ebene gelöst werden – psychische Erkrankungen nicht durch Glück-Coaches und Selflove-Postulate, die Klimakrise nicht durch individuelle Askese und Armut nicht durch das Engagement Bessergestellter in Tafeln. Vielmehr, so Kindler, muss die Linke einen Weg finden, das System, das diese Probleme konstituiert, zu bekämpfen.

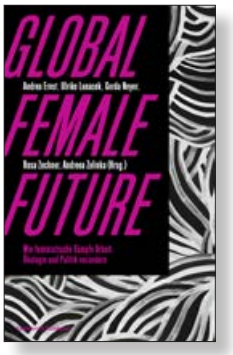
Kindler schafft es mit seinem Text, zugespitzt und in Teilen ironisch an das große Ganze zu erinnern, ohne dabei im Wagenknecht'schen Stil Repräsentation und Diversität an sich in Frage zu stellen. Dass Kindler Anklang findet, scheint zumindest aufgrund der Zielgruppe wahrscheinlich – schließlich versucht er nicht, Neoliberale von Kapitalismuskritik zu überzeugen, sondern Linke an Kapitalismuskritik zu erinnern.

Marco Stöhr

► *Jean-Philippe Kindler: Scheiß auf Selflove, gib mir Klassenkampf. Eine neue Kapitalismuskritik. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 2023. 156 Seiten, 12 Euro.*

Feminismus ohne Grenzen

► Der feministisch-entwicklungspolitische Verein Frauen*solidarität aus Wien feiert mit dem Sammelband **Global Female Future – Wie feministische Kämpfe Arbeit, Ökologie und Politik verändern** sein vierzigjähriges Bestehen. Das Buch vereint eine Vielzahl an Beiträgen zu den Themen (Anti-)Rassismus, Kolonialismus, Gewalt, Reproduktion, Politik, Arbeit, Umwelt und Klima, die von feministischen Aktivist*innen und Mitstreiter*innen aus Nord und Süd verfasst wurden. Die Auswahl der Themen spiegelt die Kontinuität ihrer Relevanz damals, seit der Gründung von Frauen*solidarität, wie heute wider: So sind einige der Themen hochaktuell, obgleich sie bereits im Laufe der letzten vier Dekaden beständig im Rahmen feministischer Debatten problematisiert worden sind.



Die Kürze der Beiträge ermöglichte es den Herausgeberinnen, vielfältige Themen und Perspektiven abzudecken: Es geht etwa um weibliches Gesundheitspersonal in China, den Aktivismus der Tochter der ermordeten Umweltaktivistin Berta Cáceres in Honduras oder um Regisseurinnen aus Simbabwe. Das macht das Buch zu einer kurzweiligen Leseerfahrung. Die Kehrseite davon ist jedoch, dass es teilweise an Tiefe zu den einzelnen Themen fehlt. Auch die Kontexte der einzelnen Artikel, die zu einem besseren Verständnis und Einordnung der teils persönlichen Erfahrungsberichte von feministischen Aktivist*innen hilfreich wären, werden nur angerissen. Darunter leidet der informative Gehalt der Beiträge, jedoch gewinnt das Buch dadurch insgesamt an Breite und ist in all seiner Diversität damit sowohl für Expert*innen als auch für Neueinsteiger*innen interessant.

Bereichert wird das Buch zudem durch die stilistische Vielfalt der Autor*innen aus der ganzen Welt sowie durch unterschiedliche Textgattungen: Anschauliche Fallstudien stehen neben persönlicheren Formaten, hinzu kommen Gedichte und Interviews. Anders als der Titel Global Female Future vermuten lässt, widmen sich die Beiträge eher einer kritischen Bilanz feministischer Kämpfe der letzten 40 Jahre und der Gegenwart. Ebenso kann man sich angesichts der Diversität der dargestellten Perspektiven fragen, ob es nicht treffender wäre, im Plural von Female Futures zu sprechen.

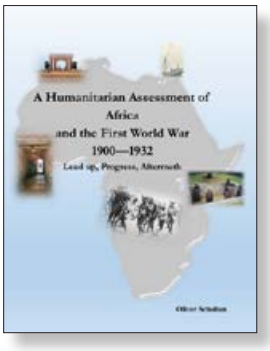
Über Grenzen und Themen hinweg sucht das Buch nach Verbindendem zwischen feministischen Kämpfen gegen Ungleichheit und Diskriminierung weltweit. Es handelt sich um eine lesenswerte Collage von feministischen Momentaufnahmen aus über vier Jahrzehnten.

Nora Pistor

► *Andrea Ernst u.a.: Global Female Future. Wie feministische Kämpfe Arbeit, Ökologie und Politik verändern. Kremayr & Scheriau, Wien 2022. 208 Seiten, 24 Euro.*

Afrika im Ersten Weltkrieg

► Auf 645 Seiten legt Oliver Schulten ein Mammutwerk über die humanitären Folgen des Ersten Weltkriegs für Afrika vor. Wie Anne Samson, eine südafrikanische Historikerin und Koordinatorin der Forschungsverbindung Great War in Africa Association, im Vorwort schreibt, ist das Buch das Ergebnis einer jahrzehntelangen Sammlung und Auswertung von Sekundärliteratur zum Ersten Weltkrieg. Tatsächlich bietet es zahllose, bislang kaum beachtete Informationen über eine der folgenschwersten Epochen in der Geschichte des afrikanischen Kontinents. Wer weiß schon, dass der Erste Weltkrieg in Afrika schätzungsweise vier Millionen Opfer forderte, und dass die Kolonialmächte 2,35 Millionen Afrikaner*innen für Kriegseinsätze rekrutierten, 750.000 davon für Fronteinsätze in Europa, bei denen jeder Zehnte umkam? Allein Frankreich rekrutierte in seinem weltweiten Kolonialreich außerdem bis zu 220.000 Zwangsarbeiter*innen, von denen 135.000 in französischen (Rüstungs-) Fabriken schuften mussten.



Die afrikanischen Kolonien lieferten kriegswichtige Rohstoffe für die Waffenproduktion wie Eisenerze, Nickel, Phosphat und Öl sowie Nahrungsmittel für die Truppen. Die Folgen vor Ort waren Hungersnöte sowie die Zerstörung und Entvölkerung ganzer Regionen. Bis 1918 blieben die Familien der Kolonialsoldaten und Zwangsarbeiter*innen ohne jegliche Unterstützung, und auch nach dem Kriegsende erhielten afrikanische Kriegsheimkehrer von den europäischen Kolonialmächten allenfalls minimale Pensionen – wenn überhaupt. Großbritannien rekrutierte im Ersten Weltkrieg nicht nur eine Million Menschen aus Afrika für Kriegsdienste aller Art, sondern auch 1,5 Millionen aus Indien, von denen 150.000 ebenfalls in Europa zum Einsatz kamen.

Auch das Deutsche Reich nutzte im Ersten Weltkrieg in seinem vergleichsweise kleinen Kolonialreich Hunderttausende für militärische und paramilitärische Kriegsdienste. Selbst Kinder im Alter von nur sieben Jahren mussten in den deutschen Kolonien schwerste körperliche Arbeiten beim Bau von Eisenbahnen und Straßen verrichten. In den besonders ausführlichen Länderkapiteln zu den ehemaligen deutschen Kolonien Togo, Kamerun, Südwest- (Namibia) und Ostafrika (Burundi, Ruanda & Tansania) sind viele weitere kaum bekannte Details über deutsche Kolonial- und Kriegsverbrechen gesammelt. So rekrutierten die Deutschen in Togo zum Beispiel Söldner aus Nigeria und Liberia, um den Widerstand gegen ihre Kolonialherrschaft niederzuschlagen. Dabei wurden rebellierende ethnische Gruppen niedergemetzelt und Hunderte ihrer Hütten niedergebrannt. Gefangene wurden ausgepeitscht, Frauen vergewaltigt und Menschen, die unter der Schlafkrankheit litten, in Lager eingewiesen, in denen deutsche Ärzte medizinische Experimente an ihnen durchführten. Viele Togoer*innen liefen deshalb zu den britischen und französischen Truppen über, als diese Anfang August 1914 einmarschierten, weshalb die Deutschen schon nach drei Wochen kapitulieren mussten.

In Kamerun formierten die Deutschen zur Absicherung ihrer Kolonialherrschaft schon 1894 eine ‚Schutztruppe', für die sie in Benin Sklaven einkauften, die fünf Jahre lang unbezahlte Söldnerdienste leisten mussten. Aufstände gegen die deutschen Kolonialbehörden wurden brutal niedergeschlagen. Um die Bevölkerung einzuschüchtern, wurden Gefangene öffentlich gehenkt sowie Dörfer und Felder zerstört. Nach der Niederschlagung einer Rebellion der Mbidambane mussten diese »600 Arbeiter ausliefern, um die deutschen Kriegskosten zu decken«.

Als der Erste Weltkrieg begann, stockten die Deutschen die ‚Schutztruppe' auf 10.000 Mann auf. Bis zur deutschen Niederlage im Jahr 1916 kämpften 150.000 Kameruner gegen Kolonialsoldaten unter französischem, britischem und belgischem Kommando – Afrikaner gegen Afrikaner. Gelohnt hat es ihnen niemand. Auf den Kriegsgräberstätten in Kamerun sind bis heute nur die Namen der gefallenen deutschen Offiziere auf Grabsteinen zu lesen. Die zahllosen afrikanischen Opfer blieben namenlos.

Allein für Deutsch-Ostafrika sollen neben Zehntausenden Soldaten auch 350.000 Träger und 500.000 Zivilist*innen im Ersten Weltkrieg umgekommen sein, wobei Oliver Schulten selbst mehrfach auf die mangelhafte und oft widersprüchliche Quellenlage verweist, da die Opfer der Kolonisierten nicht systematisch registriert wurden.

Trotzdem bietet sein Buch eine Fülle von erschütternden, wenig bekannten historischen Fakten und ist deshalb allen zu empfehlen, die sich für die Geschichte Afrikas interessieren. Bedauerlich ist nur, dass es bislang nur in englischer Sprache vorliegt. Es bleibt zu hoffen, dass das umfangreiche Standardwerk irgendwann auch in deutscher Sprache erscheint, damit es in dem Land größere Verbreitung findet, das für den Ersten Weltkrieg und seine Folgen in Afrika die Hauptverantwortung trägt. Das Buch ist digital erhältlich über die Homepage der Great War in Africa Association.

Karl Rössel

► *Oliver Schulten: A Humanitarian Assessment of Africa and the First World War 1900 – 1932. Lead up, Progress, Aftermath. GWAA/TSL Publications, Rickmansworth 2023. 645 Seiten, ca. 35 Pfund.*

DEMO MEMO

Ein Spiel für junge und alte Linke und eine Zeitreise in die Geschichte linker Parolen und Demosprüche

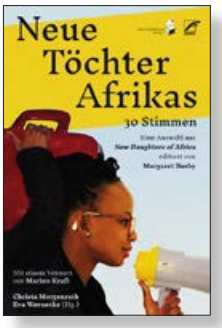
Mit Begleitbooklet
17 Euro + Porto

Bestellbar über:
www.iz3w.org/goodies/demo-memo
oder **info@iz3w.org**

Schwarze Vielstimmigkeit

► In der Anthologie **Neue Töchter Afrikas – 30 Stimmen** versammelt Margaret Busby gemeinsam mit einem Team Schwarzer Frauen aus Deutschland Essays, Gedichte, szenischen Auszüge und Kurzprosa internationaler Schwarzer Schriftsteller*innen.

Die Autor*innen berichten von ihren Erfahrungen mit rassistischen Strukturen, Sexismus, dem kolonialen Erbe und den damit verbundenen generationenübergreifenden Wunden und Wirkmechanismen. Zugleich porträtieren sie intime Beziehungen, beschäftigen sich scharfsinnig mit Identitäten und Traditionen und schreiben von Freundschaft sowie »schwesterlichem Zusammenhalt«. Auch wenn die Autor*innen unterschiedliche Lebensmittelpunkte und Perspektiven in den Sammelband einbringen, so eint sie doch, wie Marion Kraft im Vorwort schreibt, ihre grenzüberschreitende »Annäherung an das persönliche und kulturelle Erbe Afrikas«. Der Sammelband vereint dabei Analogien und Synergien, aber auch Dissonanzen individueller und kollektiver Erfahrungswelten. Diese Auseinandersetzungen reichen von aktuellen Bezügen bis hin zur Aufarbeitung historischer kolonialer Gewaltpraktiken. Dabei nähern sich die Schriftsteller*innen auf unterschiedliche Weise ihrer afrikanischen Diaspora und treten einem oft homogenisierenden Bild von Schwarzen Frauen entgegen.



Lesley Lokko wirft in ihrem Essay »Nicht mehr als drei, bitte!« einen kritischen Blick auf den internationalen Literaturbetrieb. Dabei enttarnt sie Stereotype und Machtdynamiken und stellt, ähnlich wie Afua Hirsch in ihrem Essay, die Frage, was »Afrikanischsein« bedeutet. Sie kritisiert, dass ein Großteil afrikanischer Literatur außerhalb des Kontinents veröffentlicht wird und stellt die dringende Frage, für welche Leser*innenschaft diese Literatur zugänglich gemacht wird und an wen sie sich richtet. Im Nachwort geben die Übersetzerinnen Aminata Cissé Schleicher und Eleonore Wiedenroth-Coulibaly zudem Auskunft über die sprachlichen Anforderungen der vielfältigen Übersetzungsleistungen aus dem Englischen. Die regionalen, zeitlichen und kreativen Unterschiede sehen sie dabei nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Möglichkeit des Lernens und des Einblicks in vielfältige literarische Formen.

Die stimmliche Vielfalt zeichnet ein facettenreiches Bild der afrikanischen Diaspora Schwarzer Frauen. Es ist es den Mitwirkenden eindrucksvoll gelungen, die Diversität des literarischen Schaffens der Autor*innen abzubilden. Wahrlich eine »literarische Fundgrube«, wie Marion Kraft schreibt.

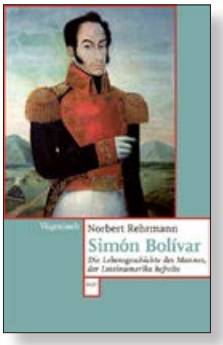
Christin Meusel

► *Christa Morgenrath und Eva Wernecke (Hg.): Neue Töchter Afrikas. 30 Stimmen. Unrast Verlag, Münster 2023. 256 Seiten, 22 Euro.*

Befreier und Despot

► Simón Bolívar ist auch 194 Jahre nach seinem Tod in ganz Lateinamerika – am extremsten in seinem Geburtsland Venezuela – omnipräsent: im politischen Diskurs, natürlich in den Schulen und erst recht in der Literatur, meist mit viel verklärendem Pathos und gerne jenseits der Grenze zum Kitsch. Der 2010 verstorbene Dresdner Kulturwissenschaftler Norbert Rehrmann hat bereits 2009 eine Biographie verfasst, die ein Kontrastprojekt dazu darstellt. Nun wurde die reich illustrierte Biografie des *Libertador* neu aufgelegt.

Was dieses aufwändige Standardwerk so lesenswert macht, ist seine Balance. Einerseits würdigt der Autor Bolívar als militärischen Strategen, politischen Visionär eines geeinten Lateinamerikas und Autor von Verfassungen sowie rhetorisch beeindruckenden Traktaten und Essays. Andererseits benennt er klar dessen finstere Seiten als Despot und Verantwortlichen für Kriegsverbrechen. Rehrmann zeichnet akribisch den Weg eines jungen Mannes aus einem reichen kreolischen Elternhaus nach, der nie eine Universität besuchte, sich aber als rastloser Vielleser eine profunde humanistische Bildung aneignete, intensive Lehr- und Wanderjahre in Europa und den USA verbrachte, ein exzessives, geradezu selbstzerstörerisches Sexualleben führte, und sich im Alter von 22 Jahren für berufen hielt, die Revolution gegen die Herrschaft Spaniens anzuführen. Der Weg bis dahin war jedoch von zahlreichen Rückschlägen gepflastert.



Ausführlich geht Rehrmann auf die Unterstützung ein, die Bolívar aus Haiti erhielt, das 1804 seine Unabhängigkeit und das Ende der Sklaverei erkämpfte. Dabei arbeitet er heraus, wie widersprüchlich dennoch die Einstellung des weißen *Libertador* gegenüber der afrokaribischen und indigenen Mehrheitsbevölkerung Venezuelas und Kolumbiens zeitlebens war. Klar benennt er auch die Kriegsverbrechen, wie Bolívars Befehl, im Februar 1814 über 800 spanische und kanarische Kriegsgefangene exekutieren zu lassen.

Rehrmanns Bolívar ist ein Mann mit außerordentlichen Begabungen aber auch extremen Schwächen. Er zeigt auf, wie dieser an einer guten Regierungsführung scheiterte, weil er nie auf demokratische Entscheidungsprozesse vertraute, sondern an einen autoritär geführten Staat glaubte. Rehrmann gesteht ihm zu, dabei nie auf den eigenen finanziellen Vorteil aus gewesen sein. Das zumindest unterscheidet ihn von dem kleptokratischen Autokraten-Regime in Venezuela, das ihn als »Bolivarische Republik« im Staatsnamen führt.

Jürgen Schübelin

► *Norbert Rehrmann: Simón Bolívar. Die Lebensgeschichte des Mannes, der Lateinamerika befreite. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2023. 224 Seiten, 15 Euro.*

► Von Mitte bis Ende März koordiniert das iz3w die **Internationalen Wochen gegen Rassismus 2024** in Freiburg. Es gibt jede Menge spannende Veranstaltungen, von Workshops über Vorträge bis Theater rund um das Thema Rassismus. Bundesweit finden die Wochen vom 11. bis 24. März statt.
► *www.respect-freiburg.net*
► *www.stiftung-gegen-rassismus.de*

► Am **8. März** ist wieder **Feministischer Kampftag**! Weltweit werden in zahlreichen Städten Aktionen, Demos und Kundgebungen stattfinden. Kommt heraus auf die Straße. Setzt euch gegen das Patriachat und den Kapitalismus und für gleiche Rechte für FLINTA ein!

► Der **Internationale Arbeitskreis** bietet wieder politische **Bildungsreisen** an. Vom 28. März bis 1. April findet eine Exkursion für unter 27 Jährige nach Auschwitz und zu den Gedenkstätten der nationalsozialistischen Massenvernichtung statt. Später im Jahr finden Reisen nach Katalonien, Brasilien und Mexiko für alle Altersgruppen statt.
► *www.iak-net.de*

► Hat meine soziale Herkunft Auswirkungen auf Outing, Freund*innenschaften, Beziehungen oder Erfahrungen in queeren Räumen? Das queer_feministische Kollektiv #lila_bunt bietet vom 12. bis 14. April in Zülpich das Seminar **Queer mit Klasse** an. Es richtet sich an queere Flinta*-Personen, die von Klassismus betroffen sind.
► *www.lila-bunt-zuelpich.de*

► Wie war die DDR für Menschen, die aus dem Ausland kamen? Das Projekt **Ossi-Ausländer**, das als Web-App abrufbar ist, macht sieben Lebensgeschichten von Menschen, die in die DDR eingewandert sind, interaktiv erlebbar. In audiovisuellem Format und auf biografischen Interviews beruhend, verschafft die App einen Einblick in die Migrationsgeschichte eines Landes, das es nicht mehr gibt.
► *www.ossi-auslaender.de*

► **Land-Wirtschaft** heißt eine Tagung, auf der literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die agrarische Arbeit vorgestellt werden. Vom 6. bis 8. März gibt es im LWL-Museum Zeche Zollern in Dortmund Vorträge und Diskussionen rund um dieses Thema.
► *www.hsozkult.de/event/id/event-131918*

Foto: Marco Verch CC BY 2.0 Deed

Vorschau: iz3w 402

Multiple Krise

► Eine Pandemie, ein Angriffskrieg, Energiepreiskrise, Inflation und natürlich die Klimakrise … Eine Krise scheint die nächste zu jagen und die Folgen der vorangegangenen zu verschärfen. Ist das eine Ansammlung von Krisen – oder eine zusammenhängende Vielfachkrise? Haben wir es vorwiegend mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise von 2008 zu tun? Ist die Krise im Globalen Süden nicht älter? Wie wirken sich diese Krisen weltweit aus? Auf der Suche nach Antworten schauen wir unter anderem nach Indien, Argentinien und China.

contraste
zeitung für selbstorganisation
473 41. JAHRGANG FEBRUAR 2024 4'50 EUR
PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST & KULTUR

SCHWERPUNKT
Obdachlosigkeit überwinden
www.contraste.org

Herausgeberin
► Aktion Dritte Welt e.V.
informationszentrum 3. welt
Kronenstraße 16a (Hinterhaus)
D-79100 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 740 03, Fax: 0761 / 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Donnerstag 10 bis 15 Uhr
www.iz3w.org

Redaktion
► Martina Backes, Katrin Dietrich, Annalena Eble, Robert Gather, Julian Gericke, Nikolas Grimm, Andrea Jung, Kathi King, Rosaly Magg, Julia Reiff, Winfried Rust, Larissa Schober, Jana Senf, Sarah Wehrle

Copyright
► bei der Redaktion und den Autor*innen

Vertrieb für den Buchhandel
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Postfach 9, D-35463 Fernwald (Annerod), Fax: 0641/943 93-93, service@prolit.de

Satz und Gestaltung
► Büro MAGENTA, Freiburg

Herstellung
► schwarz auf weiss, Freiburg
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Jahresabonnement (6 Ausgaben)
► **Inland:** € 42,- (für Geringverdienende € 34,-)
Förderabonnement ab € 60,-
► **Ausland:** € 52,- (für Geringverdienende € 44,-)
Förderabonnement ab € 70,-
► **Online:** € 36,- (ermäßigt € 28,-)
Förderabonnement ab € 60,-
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes, sonst automatische Verlängerung.
Siehe auch iz3w.org/abo
► Aboverwaltung: abo@iz3w.org

Konto (Aktion Dritte Welt e.V.)
► GLS Bank (D)
Konto-Nr. 791 338 7600, BLZ 430 609 67
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck: »Spende« auf das Konto der Aktion Dritte Welt e.V. bei der GLS-Bank
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 402
► Druckfertige Vorlagen: 10.04.24

*Für die Inhalte von Anzeigen und Beilagen in der iz3w sind allein die jeweiligen Urheber*innen verantwortlich.*

Impressum

RESPEKT STIFTEN!

Stiftung für die Menschenrechte
von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*
und intergeschlechtlichen Menschen

IBAN: DE64 3702 0500 0005 0100 00
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft

www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

Weltbürger:innen-Steuer für globale Gerechtigkeit

Wir fördern bewusstseinsbildende Arbeit im Inland und Selbsthilfeprojekte im Ausland - macht mit!

asb

Aktion Selbstbesteuerung e.V.
- Friede durch gerechte Entwicklungspolitik -

www.aktion-selbstbesteuerung.de

Christian Wagner

Gestalttherapie
Traumatherapie
Supervision

Jean-Calas-Weg 4
13127 Berlin

und online

Telefon 030/22 43 60 72
praxis.christian.wagner@posteo.de
www.christianwagner.org

isw *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*

analysen. fakten. argumente.

29. isw-forum

DIE KRISEN IN DER KAPITALISTISCHEN WELT
Staatliche Regulierung und die gesellschaftlichen Gegenkräfte

Birgit Mahnkopf
Die Systemkrise des fossilen Kapitalismus – ihre Folgen für Natur, Wirtschaft und Politik in Europa

Thomas Sablowski
Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus und die Strategien der Herrschenden in Deutschland

Kathrin Gerlof
Gesellschaftliche Gegenkräfte für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft

Schutzgebühr: 3,00 Euro

isw REPORT NR. 136
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Referate des 29. isw-forums

Birgit Mahnkopf
Thomas Sablowski
Kathrin Gerlof

report 136
Dezember 2023
28 Seiten
3,00 EUR + Vers.

isw – Institut f. sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München. fon 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 1/24 u.a.:

- Stephan Krull: »Da war mehr drin!« – Über den Tarifabschluss in der Stahlindustrie
- Freddy Adjan, Johannes Specht: »Wachsen in der Krise« – Das Tarifgeschehen 2023 aus Sicht der NGG
- Laura Six, Julius Paul, Ann-Kathrin Hoffmann, Marvin Hopp: »Der lange Weg« – Studentische Beschäftigte nach der Tarifrunde (TvL): Eine erste Bewertung
- Thomas Gehrig.: »Potemkin'sche Seminare, Teil 2« – Von den Zweifeln eines prekären Bildungsarbeiters im Bildungssystem
- Werner Voß: »Wir sind dann mal weg!« – Über den Zustand der Reifenindustrie in Deutschland

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

graswurzel revolution
GWR 486 – Februar 2023

100 JAHRE FREIES RADIO

Probeexemplar kostenlos:
www.graswurzel.net

Kritisch.
Solidarisch.
Unabhängig.

... seit über 50 Jahren!

Jetzt ein Abo bestellen – Print oder PDF!

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

lateinamerika-nachrichten.de

ISSN 1614-0095

▸ iz3w
Kronenstraße 16a
79100 Freiburg

www.iz3w.org

Everybodys Darling
jungle.world